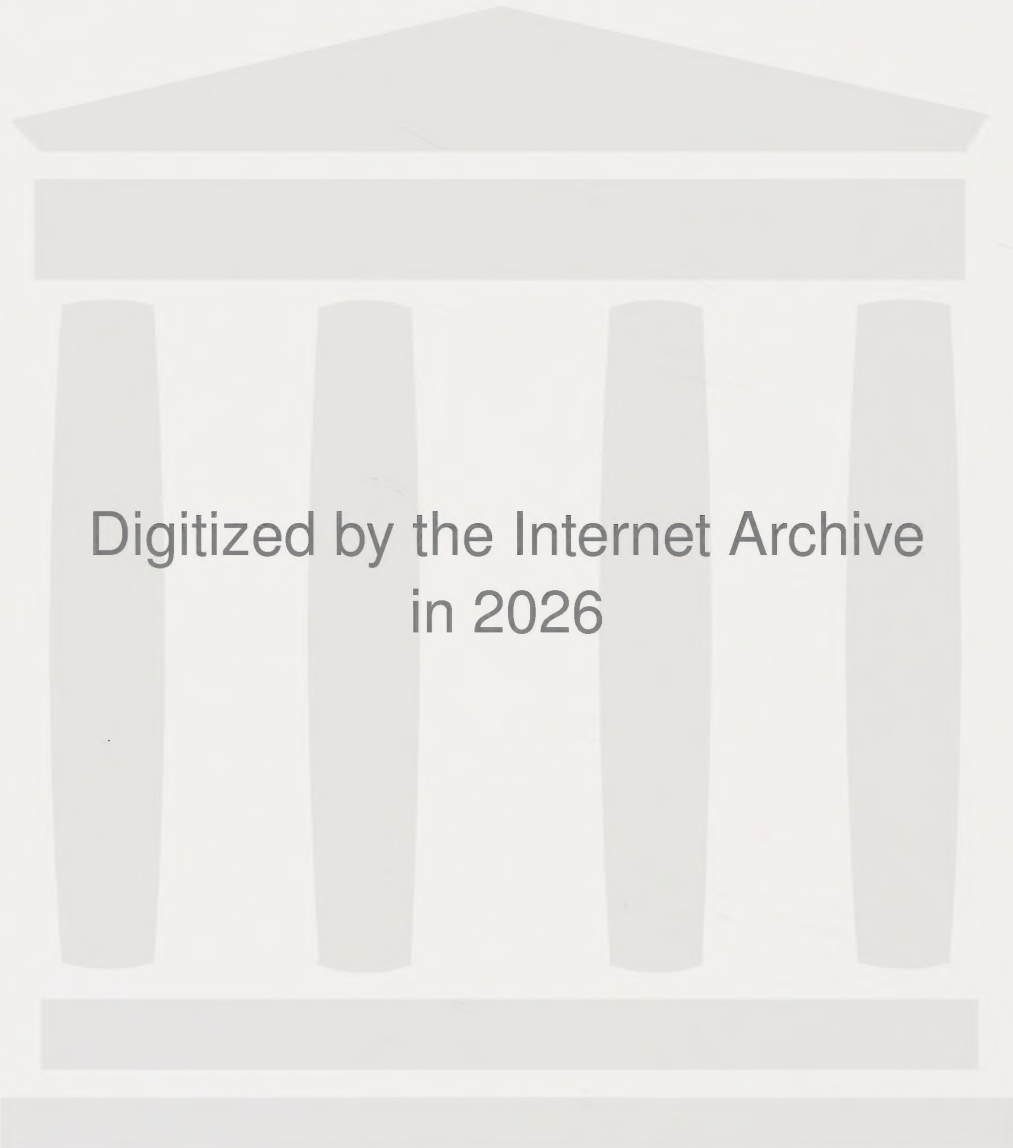




Digitized by the Internet Archive
in 2026

Probleme der Grenzgänger am Hochrhein

Eine Untersuchung des Grenzgängerverkehrs zwischen
Deutschland und der Schweiz unter besonderer
Berücksichtigung der Landkreise Müllheim, Lörrach,
Säckingen, Waldshut und Konstanz

INAUGURALDISSERTATION

zur

Erlangung des akademischen Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften der
Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Albert - Ludwigs - Universität
zu Freiburg/Br.

vorgelegt von

Diplom-Volkswirt Hans Weber
aus Mannheim

1957

Dekan: Professor Dr. Th. Württenberger
Referent: Professor D.Dr. C. von Dietze
Korreferent: Professor Dr. A. Schmitt

VORWORT

Im Bereich des deutsch-schweizerischen Grenzgebietes hat sich in der Nachkriegszeit ein besonderes Problem herausgebildet, das seit einigen Jahren teilweise sehr heftig diskutiert wird: der Grenzgängerverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz.

Wenn bisher nur vereinzelt von Verbänden, Organisationen oder Behörden im Rahmen ihrer Interessengebiete dazu Stellung genommen wurde, so soll in den folgenden Ausführungen in einer sachlichen Darstellung die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs und seine Auswirkungen für das deutsche Grenzgebiet in einem Gesamtüberblick erfaßt werden.

Für wertvolle Anregungen und die freundliche Unterstützung der Untersuchungen sei Herrn Professor D.Dr. C. von Dietze als Referenten der Arbeit an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen. Ebenfalls sei Herrn Professor Dr. A.Schmitt für das in entgegenkommender Weise übernommene Korreferat gedankt.



Inhaltsverzeichnis

Seite

Einführung

Die zwischenstaatliche Pendelwanderung und die Bedeutung von Pendelwanderung und Industrie im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet für den Grenzgängerverkehr	1
--	---

Erster Teil

Entwicklung und heutiger Stand des Grenzgängerverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz im Spiegel der Statistik	7
A. Möglichkeiten der statistischen Erfassung der Grenzgänger nach der Schweiz	7
B. Die zahlenmäßige Entwicklung des Grenzgängerverkehrs bis zu seinem heutigen Stand	12
1) Die Statistik der deutschen Arbeitsämter ..	12
2) Die Statistik des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit ...	17
C. Kreis- und Gemeindestatistik des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz	22

Zweiter Teil

Soziale und berufliche Aufgliederung, Arbeitsorte und arbeitsmarktpolitische Bedeutung der Grenzgänger	29
A. Geschlecht, Alter und Familienstand der deutschen Grenzgänger nach der Schweiz	29
B. Aufgliederung der Grenzgänger nach Wirtschaftszweigen und Berufen	33
C. Einpendlerkantone, Arbeitsorte und Berufsverkehr der Grenzgänger	42
D. Grenzgänger und Arbeitsmarkt	50

Dritter Teil

Ursachen und wirtschaftliche Folgen des konjunkturellen Grenzgängerverkehrs	53
A. Das Lohngefälle Schweiz-Deutschland	53
B. Wirtschaftliche Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz	63
C. Probleme des Gewerbesteuerenausgleichs	70

Vierter Teil

Arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Probleme des Grenzgängerverkehrs	75
A. Die arbeitsrechtliche Stellung des deutschen Grenzgängers in der schweizerischen Wirtschaft	75
B. Die Pflichtversicherungen des Grenzgängers ..	81
1) Das deutsch-schweizerische Sozialversicherungsabkommen	81
2) Die schweizerische Unfallversicherung	83
3) Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	87
C. Freiwillige Versicherungen des Grenzgängers .	93
1) Die Krankenversicherung	93
2) Die Arbeitslosenversicherung	96
3) Betriebliche Sozialversicherung der Grenz- gänger	100
<u>Ergebnis und Ausblick</u>	104

Tabellen-Anhang

Tabelle 1: Die Entwicklung der Pendelwanderung in den südbadischen Grenzkreisen ...	113
Tabelle 2: Zunahme der Pendelwanderung 1955 in v.H. gegen 1950 und 1953	113
Tabelle 3: Pendelwanderer und Grenzgänger in den südbadischen Grenzkreisen	114
Tabelle 4: Wohnbevölkerung und Industriebeschäftigte in den südbadischen Grenzkreisen	114
Tabelle 5: Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz	115
Tabelle 6: Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz (graphische Darstellung)	116
Tabelle 7: Grenzgänger nach der Schweiz in den deutschen Arbeitsamtsbezirken 1955 und 1956	117
Tabelle 8: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des Landkreises Müllheim .	118
Tabelle 9: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des Landkreises Lörrach ..	119
Tabelle 10: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des Landkreises Säckingen .	120
Tabelle 11: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des Landkreises Waldshut ..	121
Tabelle 12: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des Landkreises Konstanz .	122

	Seite
Tabelle 13: Aufteilung der Grenzgänger nach der Schweiz nach Männern und Frauen	123
Tabelle 14: Grenzgänger nach Altersgruppen im Landkreis Müllheim	123
Tabelle 15: Grenzgänger nach Altersgruppen im Landkreis Lörrach	124
Tabelle 16: Grenzgänger nach Altersgruppen in der Stadt Waldshut	124
Tabelle 17: Altersaufbau der Grenzgänger nach der Schweiz in den Landkreisen Lörrach u. Müllheim (graphische Darstellung)...	125
Tabelle 18: Grenzgänger nach Familienstand und Kindern (unter 14 J.) in den Landkreisen Müllheim und Lörrach	126
Tabelle 19: Grenzgänger nach der Schweiz aus den Landkreisen Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut nach den wichtigsten Wirtschaftszweigen	127
Tabelle 20: Grenzgänger nach der Schweiz nach Wirtschaftsgruppen im Arbeitsamtsbezirk Lörrach (graphische Darstellung)	128
Tabelle 21: Deutsche Grenzgänger nach der Schweiz nach Berufsgruppen	129
Tabelle 22: Deutsche Arbeitskräfte in der Schweiz nach Berufsgruppen	129
Tabelle 23: Grenzgänger nach der Schweiz nach Einpendlerkantonen	130
Tabelle 24: Kontrollpflichtige deutsche Grenzgänger nach Berufsgruppen in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau	131
Tabelle 25: Indexziffer der Bruttostundenverdienste in der Schweiz und Baden-Württemberg	132
Tabelle 26: Indexziffer der Bruttostundenverdienste in der Schweiz und Baden-Württemberg nach Industriegruppen	133
Tabelle 27: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste in der Schweiz und Baden-Württemberg	134
Tabelle 28: Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Facharbeiter in der Schweiz, Baden-Württemberg und Südbaden	135
Tabelle 29: Kaufkraftvergleich Deutschland-Schweiz	136
Tabelle 30: Lebenshaltungskosten in der Schweiz und Deutschland (graphische Darstellung)	137

Literaturverzeichnis

Schrifttum	139
Zeitschriften und Berichte	141
Sonstige Unterlagen	142

Karten-Anhang

1. Einzugsgebiet der Georg Fischer AG. Schaffhausen im deutschen Grenzraum (August 1956)
2. Linienverkehr der öffentlichen Verkehrsmittel im südbadischen Grenzraum 1956
3. Grenzgänger nach der Schweiz (September 1955)

E i n f ü h r u n g

Die zwischenstaatliche Pendelwanderung und die Bedeutung von Pendelwanderung und Industrie im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet für den Grenzgängerverkehr

Mit zunehmender Industrialisierung und dem Ausbau des modernen Verkehrs hat sich die Pendelwanderung zur umfangreichsten und wichtigsten Gruppe der Wanderungsbewegungen überhaupt entwickelt. Im Gegensatz zu den sonstigen Wanderungen umfaßt der Begriff der Pendelwanderung nur die periodischen Wanderungen, die nicht mit einem Wechsel des Wohnsitzes verbunden sind. Hierbei handelt es sich in erster Linie um das t ä g l i c h e Pendeln eines Erwerbstätigen zwischen Wohn- und Betriebsgemeinde, wenn die Arbeitsstätte außerhalb der Wohngemeinde liegt.

Gründe der Pendelwanderung sind neben der Konzentration der Industrie in bestimmten Gebieten die oft ungünstigen Wohnverhältnisse und hohen Lebenshaltungskosten in den vorwiegend städtischen Betriebsgemeinden. Im allgemeinen hängt der Umfang der Pendelwanderung davon ab, ob die besseren Lebensbedingungen in den Pendlerwohngemeinden den zeitlichen und finanziellen Aufwand für die tägliche Fahrt zur Arbeitsstätte in den Augen des Pendlers aufwiegen. Der günstigen Lösung des Wohnungsproblems, den niedrigeren Lebenshaltungskosten und einem möglichen landwirtschaftlichen Nebenerwerb stehen der Geld- und Zeitverlust durch die tägliche Fahrt zum Arbeitsplatz sowie eine gewisse Überforderung der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit gegenüber.

Eine Besonderheit innerhalb der Pendelwanderung bildet die Pendelwanderung über die Staatsgrenze hinweg. Diese weicht zwar in der Entfernung der Wohngemeinde zur Betriebsgemeinde nicht wesentlich oder gar nicht von der innerstaatlichen Pendelwanderung ab, doch ergeben sich durch die Verschiedenheit der benachbarten Staaten auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und öffentlichen Lebens sowie durch die Grenze selbst als Abgrenzung der Staatshoheit neue Probleme.

Die zwischenstaatliche Pendelwanderung wird allgemein als G r e n z g ä n g e r v e r k e h r bezeichnet. Unter einem Grenzgänger ist ein Erwerbstätiger zu verstehen, der im Ausland arbeitet und zu diesem Zweck t ä g l i c h die Grenze überschreitet. In der Bundesrepublik Deutschland standen 1955 rund 20.000 auspendelnden Grenzgängern nur etwa 2.000 einpendelnde Grenzgänger gegenüber.

Grenzgänger in der Bundesrepublik Deutschland

Stand vom 30.Juni 1955

Statistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in:
"Das Arbeitsamt", Nr. 12 - 1955, S.318.

1. Grenzgänger-Auspendler

S t a a t	männl.	weibl.	zus.
Niederlande	1.145	2.587	3.732
Luxemburg	928	40	968
Frankreich	705	59	764
Schweiz	8.911	4.777	13.688
übrige Staaten	328	76	404
insgesamt	12.017	7.537	19.556
=====			

2. Grenzgänger-Einpendler

insgesamt	männl. 1.709	weibl. 337	zus. 2.046
-----------	--------------	------------	------------

=====

(keine Aufteilung nach Herkunftsland vorhanden)

Den Hauptanteil am Grenzgängerverkehr aus der Bundesrepublik in das benachbarte Ausland nimmt mit fast 70 v.H. der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz ein. Schwerpunkte des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz sind die im Süden des Regierungsbezirks Südbaden gelegenen Grenzkreise Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz sowie der durch gute Verkehrsverbindungen an das Grenzgebiet angeschlossene Landkreis Müllheim. Abgesehen von dem in einem besonderen Abschnitt ausführlich dargestellten Lohngefälle Schweiz-Deutschland liegen die Gründe des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz in der gemeinsamen Sprache, der großen Bevölkerungsdichte im unmittelbaren deutschen Grenzgebiet und der Konzentration der nordschweizerischen Industrie am Rhein entlang. Weiterhin haben die historischen Gegebenheiten, soweit sie den schon immer regen Arbeitskräfteaustausch zwischen Deutschland und der Schweiz betreffen, in Verbindung mit der geographischen

Grenzziehung und der engen Verflechtung deutscher und schweizerischer Gebietsteile zu der Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz beigetragen.

Die Entwicklung der Pendelwanderung in den Landkreisen des Untersuchungsgebietes von 1950 bis 1955 zeigt deutlich eine Steigerung des Auspendlerüberschusses (Tabellen 1 und 2). In den Grenzkreisen Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz ist die zunehmende Zahl der Auspendler besonders hoch, während in dem grenzferneren Landkreis Müllheim eine gewisse kontinuierliche Entwicklung festgestellt werden kann. Die unverhältnismäßig hohe Steigerung der Auspendler gegenüber den Einpendlern ist in erster Linie auf das starke Anwachsen des Grenzgängerverkehrs zurückzuführen. Daher ergibt auch eine Untersuchung der die Kreisgrenzen überschreitenden Auspendler einen überwiegenden Anteil der Auspendler nach der Schweiz. Die Gegenüberstellung der Gesamtauspendler über die Kreisgrenzen und der Grenzgänger nach der Schweiz (Tabelle 3) läßt erkennen, welche bedeutende Rolle der Grenzgängerverkehr innerhalb der Pendelwanderung des südbadischen Grenzgebietes spielt. In den Landkreisen Waldshut und Konstanz haben die Grenzgänger mit rund 90 v.H. den größten Anteil an den Auspendlern über die Kreisgrenze aller Landkreise des Untersuchungsgebietes. Hier hängt der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz vielfach von den geographischen Gegebenheiten ab. Im Landkreis Waldshut ist das Gebiet östlich Tiengen von zwei Seiten durch schweizerisches Gebiet begrenzt. Das Zollausschlußgebiet mit den Gemeinden Jestetten, Lottstetten und Altenburg ist von allen Seiten von schweizerischem Gebiet umgeben und nur durch einen schmalen deutschen Gebietsstreifen mit dem Landkreis Waldshut verbunden. Im westlichen Teil des Landkreises Konstanz liegt die deutsche Exklave Büsingen und am Austritt des Rheins aus dem Bodensee erstreckt sich bei Stein a.Rh. schweizerisches Gebiet über den Rhein hinaus weit in den Landkreis Konstanz hinein. Die Kreisstadt Konstanz selbst ist in ihrem auf dem südlichen Ufer des Untersees gelegenen Hauptteil ganz von schweizerischem Hoheitsgebiet umgeben. Auch in den Landkreisen Lörrach und Säckingen ist ein überwiegender Anteil der Grenzgänger an den Auspend-

lern über die Kreisgrenze festzustellen. In allen unmittelbar an die Schweiz angrenzenden Landkreisen Südbadens übt die Nähe der schweizerischen Betriebsgemeinden und die dichte Besiedlung der Grenzzone einen großen Einfluß auf die Richtung der Pendelwanderung aus. Zwar liegt der Anteil der Grenzgänger nach der Schweiz an den Auspendlern über die Kreisgrenze im Landkreis Müllheim gegenüber den Grenzkreisen sehr niedrig, doch muß hierbei berücksichtigt werden, daß die Grenzgänger hier zum Teil einen weiten Anfahrtsweg bis in das eigentliche Grenzgebiet haben und neben dem benachbarten Elsaß die Nähe der Stadt Freiburg die Richtung der Pendelwanderung bestimmt. Ohne den Landkreis Müllheim würde sich der durchschnittliche Anteil der Grenzgänger an den Auspendlern über die Kreisgrenzen in den übrigen Untersuchungskreisen noch über 72 v.H. hinaus erhöhen. Aber auch so bleibt die Tatsache bestehen, daß von vier Auspendlern über die Kreisgrenzen drei als Grenzgänger nach der Schweiz pendeln.

Im Zusammenhang mit dem Grenzgängerverkehr scheint eine kurze Betrachtung der Industrie im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet angebracht. Ein Vergleich der Industriebeschäftigten (in Betrieben mit 10 und mehr Arbeitnehmern) mit der Wohnbevölkerung - der an sich naheliegendere Vergleich mit den Erwerbspersonen ist mangels entsprechender Zahlen nicht möglich - gibt Aufschluß über die Industrialisierung der Landkreise des Untersuchungsgebietes (Tabelle 4). Bedeutungsvoll in Hinblick auf den Grenzgängerverkehr ist der Tatbestand, daß in einigen Grenzkreisen bei zunehmender Bevölkerung und steigender Zahl von Industriebeschäftigten der Anteil der Industriebeschäftigten an der Wohnbevölkerung im Zeitraum von 1950 bis 1955 abgenommen hat. Ein Vergleich der Zahlen von 1953 und 1955 ergibt ein erhebliches Zurückbleiben der Zunahme der Industriebeschäftigten gegenüber der Zunahme der Wohnbevölkerung in den Landkreisen Lörrach, Säckingen und Waldshut. Auch hier machen sich die Folgen des sich stark ausdehnenden Grenzgängerverkehrs bemerkbar, da viele Industriebeschäftigte ihren Arbeitsplatz im deutschen Grenzgebiet aufgegeben haben und in die schweizerische Industrie abgewandert sind. Nur in dem grenzferneren Landkreis

Müllheim und in dem sehr stark industrialisierten Landkreis Konstanz geht die Zunahme der Industriebeschäftigten über die Zunahme der Wohnbevölkerung hinaus.

Zunahme der Wohnbevölkerung und Industriebeschäftigten von 1953 bis 1955 in v.H.

<u>Landkreis</u>	<u>Zunahme der Wohnbevölkerung</u>	<u>Zunahme der Industriebeschäftigten</u>
Müllheim	+ 2,6	+ 5,3
Lörrach	+ 5,9	+ 4,3
Säckingen	+ 4,8	+ 2,8
Waldshut	+ 5,2	+ 4,9
Konstanz	+ 5,9	+ 13,6

Im gesamten deutschen Grenzgebiet ist eine sehr starke Konzentration der Industrie an der Grenze entlang festzustellen. Nur im Landkreis Lörrach mit seiner bedeutenden Textilindustrie im Wiesental und im Landkreis Konstanz mit dem Industriezentrum Singen sind grenzfernere Industriegebiete vorhanden. Der wichtigste Industriezweig des südbadischen Grenzgebietes ist die Textilindustrie, die sich von Lörrach aus über die gesamte Grenzzone bis nach Konstanz erstreckt. Im Landkreis Konstanz dominiert die Metallindustrie, die fast die Hälfte aller Industriebeschäftigten des Kreises aufnimmt. Weiterhin ist in den Landkreisen Lörrach, Säckingen und Waldshut nach der Textilindustrie noch die chemische Industrie von besonderer Bedeutung. Das bedeutendste Industriezentrum des südbadischen Grenzgebietes ist Singen, wo fast 40 v.H. aller Industriebeschäftigten des Landkreises Konstanz Arbeit finden. Im Landkreis Konstanz sind 60 v.H. aller Industriearbeiter in 8 Großbetrieben (mit über 1000 Arbeitnehmern) beschäftigt, während sich die Betriebe in den übrigen Grenzkreisen im allgemeinen in den Größenordnungen bis zu 1.000 Belegschaftsmitgliedern bewegen. Die Konzentration der Industrie in den grenznahen deutschen Gemeinden hat auch zu einer Ballung der Arbeitskräfte in der Grenzzone geführt, die ein gewisses Reservoir für den Grenzgängerverkehr bildet.

Die für den Grenzgängerverkehr bedeutenden schweizerischen Industriebetriebe liegen zum größten Teil direkt an der

Grenze oder in grenznahen Gebieten. In den Kantonen Basel-Stadt und Baselland ist eine weltbekannte chemische Industrie mit einer Reihe von Großbetrieben vertreten. Als weiterer wichtiger Industriezweig wäre in diesen beiden Kantonen die Metallindustrie zu nennen. Im Kanton Aargau befindet sich in der Stadt Baden das Zentrum der schweizerischen Elektroindustrie. Auch die Metall-, Textil- und Schuhindustrie sind in diesem Kanton als weitere wichtige Industriezweige anzuführen. Die Stadt Winterthur im Kanton Zürich ist Sitz der Schwerindustrie und die Stadt Schaffhausen das bedeutendste Zentrum der schweizerischen Metallindustrie. Vorwiegend Textilindustrie findet sich im Kanton Thurgau.

Da sich der bedeutendste Teil der schweizerischen Industrie - abgesehen von der Uhrenindustrie - in der der Bundesrepublik Deutschland benachbarten Grenzzone befindet, üben die schweizerischen Betriebe des Grenzgebietes einen sehr großen Einfluß auf die Richtung der Pendelwanderung im südbadischen Grenzgebiet aus. Ein s t r u k t u r e l l e r Grenzgängerverkehr war dort, wo die deutschen Arbeitskräfte des Grenzgebietes keine Arbeitsmöglichkeit auf deutscher Seite fanden oder zu einem deutschen Betrieb einen längeren Anfahrtsweg hatten als zu einem schweizerischen, schon immer vorhanden. Doch hat der Arbeitskräftebedarf der schweizerischen Wirtschaft, der in der bestehenden Hochkonjunktur durch inländische Arbeitskräfte nicht mehr zu decken ist, in Verbindung mit den hohen schweizerischen Löhnen zu einer k o n j u n k t u r e l l e n Ausdehnung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz geführt, die weit über den Umfang des strukturellen Grenzgängerverkehrs hinausgeht.

Erster Teil

Entwicklung und heutiger Stand des Grenz- gängerverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz im Spiegel der Statistik

A. Möglichkeiten der statistischen Erfassung der Grenzgänger nach der Schweiz

Die statistische Erfassung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, da der Grenzgänger auf deutscher Seite keiner Melde- oder Registrierpflicht unterliegt. Zudem hat er noch die Möglichkeit, schon seit geraumer Zeit nur mit dem Reisepaß, ohne daß er eine Grenzkarte beantragen muß, täglich die Grenze zu überschreiten. Die Grundlage für die Erfassung der Grenzgänger auf deutscher Seite bilden die Zählungen der Arbeitsämter sowie die Angaben der Gemeinden der deutschen Grenzkreise im Rahmen der Meldungen für den Gewerbesteuerausgleich an das Regierungspräsidium Südbaden. In der Schweiz werden die deutschen Grenzgänger durch die kantonalen Arbeitsämter bei der Arbeitsaufnahme erfaßt.

Die deutschen Arbeitsämter führen in ihren Haupt- und Nebenstellen Grenzgängerkarteien. Soweit sie Erwerbstätige in die Schweiz vermitteln oder diese selbst ihre Arbeitsaufnahme in der Schweiz mitteilen, können die Grenzgänger sofort in die Kartei eingestellt werden. Da sich jedoch der überwiegende Teil der Grenzgänger auf private Stellenvermittlung hin oder durch Zeitungsannoncen die Arbeit in der Schweiz selbst sucht, können diese von den deutschen Arbeitsämtern nicht direkt erfaßt werden. Daher sind die Dienststellen der deutschen Arbeitsämter auf die Durchschriften der Arbeitsbewilligungen und Mitteilungen über die Beendigung der Arbeitsverhältnisse durch die schweizerischen kantonalen Arbeitsämter angewiesen. Auf Grund von Vereinbarungen mit den deutschen Arbeitsämtern senden die schweizerischen kantonalen Arbeitsämter Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau regelmäßig solche Meldungen. Das kantonale Arbeitsamt Schaffhausen verweigert jedoch nach wie vor diese Amtshilfe. Da außerdem anzunehmen ist, daß von den

schweizerischen Arbeitsämtern nicht alle Veränderungen des Grenzgängerverkehrs genauestens gemeldet werden, kann die Grenzgängerkartei und damit die Statistik der deutschen Arbeitsämter keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit erheben. Die deutschen Arbeitsämter verfügen auch über keine Kontrollmöglichkeit. Jedoch gibt, mit gewissen Einschränkungen, die Statistik der deutschen Arbeitsämter über die laufenden Veränderungen des Grenzgängerverkehrs in der Richtung der Entwicklung im allgemeinen ein richtiges Bild.

Eine Verfolgung der Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ist auf Grundlage der Statistik der schweizerischen Arbeitsämter nicht möglich, da diese erst seit 1955 eine gesonderte Auszählung der deutschen Grenzgänger vorgenommen haben. Diese Meldungen der kantonalen Arbeitsämter werden vom schweizerischen Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zusammengefaßt und in einer eigenen Statistik veröffentlicht. Bisher waren die deutschen Grenzgänger zusammen mit den deutschen Arbeitskräften erfaßt worden, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, also keine Pendelwanderer über die Grenze sind. Von den kantonalen Arbeitsämtern Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau liegen die Zahlen der deutschen Grenzgänger für 1955 und 1956 vor. Das kantonale Arbeitsamt Schaffhausen war jedoch nicht bereit, die statistischen Unterlagen über Grenzgänger, die in den Kanton Schaffhausen pendeln, zur Verfügung zu stellen. Es besteht aber die Möglichkeit, die Zahl der deutschen Grenzgänger nach der Schweiz im Jahre 1956 genau festzustellen, da erstmalig in diesem Jahre das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit eine Statistik veröffentlichte, die die deutschen Grenzgänger gesondert aufweist. Bisher wurden vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit zwar die Grenzgänger erfaßt, waren jedoch nicht nach der Nationalität getrennt worden, so daß für die vergangenen Jahre kein Vergleichsmaßstab vorliegt. Die statistischen Unterlagen des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die sich auf die Zählungen der kantonalen Arbeitsämter stützen, dürften vollständig und zuverlässig sein, da eine Arbeitsaufnahme in der Schweiz ohne die Genehmigung der

Arbeitsämter nicht möglich ist. Allerdings ist die Möglichkeit der Schwarzarbeit gegeben, aber nach den von den kantonalen Arbeitsämtern gegebenen Informationen hält sich diese in geringen Grenzen.

Aus den schon angeführten Gründen der nicht möglichen genauen Erfassung der Grenzgänger durch die deutschen Arbeitsämter erklärt sich auch die erhebliche Differenz zwischen der deutschen und der schweizerischen Statistik. Ein weiterer Grund für die schwierige Erfassung der Grenzgänger auf deutscher Seite ist die große Fluktuation im Grenzgängerverkehr. Als Beispiel sei hier die Stadt Waldshut angeführt. Aus Waldshut pendelten im September 1955 insgesamt 600 Grenzgänger und im September 1956 insgesamt 901 Grenzgänger nach der Schweiz. Von den 901 Grenzgängern im September 1956 waren namentlich etwa 300 Grenzgänger festzustellen, die im September 1955 nach der Schweiz pendelten. Es konnte also innerhalb eines Jahres ein Abgang von 300 und ein Zugang von rund 600 Grenzgängern ermittelt werden.

Eine Aufteilung des Grenzgängerverkehrs nach den Landkreisen im südbadischen Grenzgebiet ist an Hand der Grenzgängerkarteien der deutschen Arbeitsämter möglich. Zum größten Teil decken sich die Gebiete der Arbeitsamtshaupt- und Arbeitsamtsnebenstellen mit den Landkreisen oder es lassen sich zwei oder mehrere Nebenstellen so zusammenfassen, daß die Gesamtstatistik für den betreffenden Landkreis aufgestellt werden kann. Eine Aufteilung nach Gemeinden ist nur durch Auszählung der einzelnen Karten der Grenzgängerkarteien der Arbeitsämter möglich, da die Grenzgängerkarteien lediglich als Namenskarteien geführt werden. Jedoch sind derartige Auszählungen zu einem bestimmten Zeitpunkt kaum möglich. Bis die oft in die tausende von Karten gehenden Karteien nach Gemeinden registriert sind, ist durch die laufenden Veränderungen, die sich infolge der großen Fluktuation des Grenzgängerverkehrs ergeben, meist bereits eine Veränderung eingetreten. Vielfach können die Grenzgänger auch nicht nach Gemeinden erfaßt werden, da lediglich nach den Meldungen der schweizerischen Arbeitsämter Name und Beruf, eventuell noch das Lebensalter und der Familienstand, festzustellen sind.

Eine weitere Grenzgängerstatistik führt das Reg.Präs.Südbaden-Landesplanung in Verbindung mit den Meldungen über die Pendler der einzelnen Gemeinden als Grundlage für den Anspruch auf Gewerbesteuer ausgleich. Hier wird, vor allem in größeren Gemeinden, auf die Grenzgängerkarteien der deutschen Arbeitsämter zurückgegriffen, so daß auch bei diesen Gemeinden die Einschränkung der Erfassungsmöglichkeit der Arbeitsämter gilt. Einzelne Gemeinden registrieren ihre Grenzgänger bei der Ausgabe der Lohnsteuerkarten und in kleineren Gemeinden sind die Grenzgänger dem mit der Erfassung Betrauten meist persönlich bekannt. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß auch die Gemeindestatistik der Grenzgänger des Regierungspräsidiums Südbaden keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Genauigkeit erheben kann. Allerdings ist durch die Zählungen der Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs in den einzelnen Gemeinden eine längere Zeit hindurch zu verfolgen und das geographische Einzugsgebiet der Grenzgänger nach der Schweiz einigermaßen genau zu bestimmen.

Weitere Möglichkeiten, die Grenzgänger zu ermitteln, sind beispielsweise noch bei den Paß- und Finanzämtern vorhanden. Aber einmal ist seit der Aufhebung des Grenzkartenzwanges auch bei den Paßämtern eine genaue Kontrolle nicht mehr möglich und andererseits wird bei diesen, wie auch bei den Finanzämtern, aus technischen und verwaltungsmäßigen Gründen von einer Erfassung der Grenzgänger abgesehen. Eine Zählung der Grenzgänger wäre auch für bestimmte Stichtage an den Grenzübergangsstellen möglich. Zwar wird die Gesamtzahl der Grenzübertritte vermerkt, jedoch sind hierbei die Grenzgänger nicht gesondert ausgewiesen. Eine Erfassung auf diesem Wege wäre auch nur durch amtliche Zählungen möglich. Im Rahmen dieser Arbeit und der gegebenen Möglichkeiten scheidet aber diese Erfassungsmöglichkeit aus.

Für die Untersuchungen über den Grenzgängerverkehr wäre es sehr interessant und aufschlußreich, wenn die Möglichkeit eines Vergleichs mit der Zahl der Grenzgänger

in der Vorkriegszeit bestände. Leider sind die Unterlagen über den Grenzgängerkehr bis 1945, soweit vorhanden, mit Kriegsende verlorengegangen oder vernichtet worden. Nach Schätzungen der zuständigen Behörden hat sich die Zahl der deutschen Grenzgänger nach der Schweiz in der Vorkriegszeit etwa um 2.000 bewegt und ist im Gegensatz zur Nachkriegszeit immer verhältnismäßig konstant geblieben, abgesehen von den durch die Jahreszeit bedingten saisonalen Schwankungen. Diese Zahl von etwa 2.000 Grenzgängern der Vorkriegszeit dürfte, mit dem der allgemeinen Steigerung der Zahl der Arbeitskräfte entsprechenden Zuwachs, etwa den strukturellen Grenzgängerkehr umfassen, der sich aus der allgemeinen geographischen Lage der schweizerischen Betriebsgemeinden und der deutschen Wohngemeinden ergibt.

B. Die zahlenmäßige Entwicklung des Grenzgängerverkehrs bis zu seinem heutigen Stand

1) Die Statistik der deutschen Arbeitsämter

Die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz läßt sich an Hand der statistischen Unterlagen der Arbeitsämter Lörrach und Konstanz für die ihnen zugehörigen Arbeitsamtsbezirke verfolgen. Der Arbeitsamtsbezirk Lörrach umfaßt die Landkreise Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut. Nur acht Gemeinden im nördlichen Teil des Landkreises Müllheim gehören zum Arbeitsamtsbezirk Freiburg. Sie sind jedoch im Rahmen des Grenzgängerverkehrs ohne Bedeutung, da dort 1955 und 1956 lediglich je 16 Grenzgänger ermittelt werden konnten. Der Arbeitsamtsbezirk Konstanz umfaßt den Landkreis Konstanz sowie die südlichen Teile der Landkreise Stockach und Überlingen. In diesen beiden Landkreisen werden die Räume Meßkirch und Pfullendorf nicht durch das Arbeitsamt Konstanz erfaßt, da sie zu einem anderen Arbeitsamtsbezirk gehören. Der Grenzgängerverkehr ist aber selbst in den südlichen Teilen der Landkreise Stockach und Überlingen sehr gering, so daß auf die Erfassung der nördlichen Räume Meßkirch und Pfullendorf verzichtet werden kann.

Genauen Aufschluß über die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz in den Arbeitsamtsbezirken Lörrach und Konstanz ermöglicht die vierteljährliche Auszählung der Grenzgänger durch die beiden Arbeitsämter. Da die Zählungen der Grenzgänger beim Arbeitsamt Konstanz erst seit Ende 1948 erfolgen, kann die Gesamtentwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz nur von diesem Zeitpunkt an verfolgt werden. Um auch einen Teil der Entwicklung des Grenzgängerverkehrs von 1946 ab darstellen zu können, wird in der Zahlenstatistik (Tabelle 5) und der graphischen Darstellung (Tabelle 6) der vierteljährlichen Auszählungen der Arbeitsamtsbezirk Lörrach, in dem die Zählungen der Grenzgänger schon im Jahre 1946 begannen, noch einmal gesondert ausgewiesen.

Aus der graphischen Darstellung der Entwicklung des Grenzgängerverkehrs (Tabelle 6) kann abgelesen werden, daß der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz bis Ende 1948 eine rasche Aufwärtsentwicklung zeigt, um dann in den beiden folgenden Jahren, bedingt durch den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, leicht abzusinken. Mit Beginn der Hochkonjunktur wächst der Grenzgängerverkehr innerhalb des Jahres 1951 fast um das Dreifache und steigt nach einer kurzen Stagnation laufend weiter an. In der stetigen Entwicklung von 1952 bis 1956 sind die saisonalen Schwankungen innerhalb der absoluten Steigerung des Grenzgängerverkehrs deutlich zu erkennen. Sie werden hauptsächlich durch die im Baugewerbe beschäftigten Grenzgänger verursacht.

Die Betrachtung der Gesamtentwicklung des Grenzgängerverkehrs zeigt, daß sich die Zahl der Grenzgänger gerade in den letzten Jahren sehr vergrößert hat. Es wurde schon angedeutet, daß ein struktureller Grenzgängerverkehr immer vorhanden gewesen ist. Dieser strukturelle Grenzgängerverkehr kann, gemessen an der Zahl der Grenzgänger in der Vorkriegszeit mit rund 2.000, durch die Bevölkerungsvermehrung und den Zuzug von Heimatvertriebenen erheblich höher geworden sein. Aber die abnorm hohe Steigerung, die in keinem Verhältnis zu der Bevölkerungsvermehrung steht, läßt den Schluß zu, daß es sich um ein konjunkturrell bedingtes Ansteigen des Grenzgängerverkehrs handelt. Demnach ist der größere Teil des Grenzgängerverkehrs als konjunkturreller Grenzgängerverkehr anzusehen.

Auch das Einzugsgebiet der Grenzgänger hat in den Jahren 1955 und 1956 in Südbaden eine bedeutende Erweiterung erfahren. Um einen vollständigen Überblick zu gewinnen, müssen für den heutigen Stand auch die entfernter liegenden Arbeitsamtsbezirke mit einbezogen werden. So kommen hier zu den Arbeitsamtsbezirken Lörrach und Konstanz noch die Arbeitsamtsbezirke Freiburg, Villingen und Ravensburg hinzu. Tabelle 7 gibt Aufschluß über den Umfang des Gesamtgrenzgängerverkehrs nach der Schweiz.

In den Arbeitsamtsbezirken Freiburg, Villingen und Ravensburg pendeln die Grenzgänger vornehmlich aus den Kreisen Freiburg-Stadt, Freiburg-Land, Neustadt, Donaueschingen und Tettnang nach der Schweiz. Ist die Zahl der aus diesen Kreisen kommenden Grenzgänger im Vergleich zur Gesamtzahl auch nicht hoch, so kann doch an Hand der Statistik des Gesamtgrenzgängerverkehrs für 1955 und 1956 (Tabelle 7) die Erweiterung des Einzugsgebietes in Südbaden und Südwürttemberg festgestellt werden. Auch hier läßt sich wieder die konjunkturelle Veränderung des Grenzgängerverkehrs ablesen, da es sich bei den neu hinzukommenden Grenzgängern um Erwerbstätige handelt, die eine weite Strecke von ihrer Wohngemeinde in Deutschland zur Betriebsgemeinde in der Schweiz zurücklegen müssen.

Der Grenzgängerverkehr aus der Schweiz in das Gebiet der deutschen Bundesrepublik hält sich in sehr geringen Grenzen. Im Gebiet der Arbeitsamtsbezirke Lörrach und Konstanz waren im September 1956 nur 238 schweizerische Grenzgänger gemeldet. Die Aufteilung der schweizerischen Grenzgänger auf die einzelnen deutschen Landkreise geht aus der folgenden Tabelle hervor.

Grenzgänger aus der Schweiz nach
der Bundesrepublik Deutschland

Stichtag: 30. September 1956

Zählungen der Arbeitsämter Lörrach und Konstanz

Landkreis	männl.	weibl.	zusammen
Lörrach	103	18	121
Säckingen	29	7	36
Waldshut	45	3	48
Konstanz	24	9	33
insgesamt	201	37	238
=====			

Bei den schweizerischen Grenzgängern nach der Bundesrepublik handelt es sich, wie durch Stichproben in den Karteien der Arbeitsämter festzustellen war, zum größten Teil um höhere Angestellte. Bei diesen wiederum über-

wiegt der Anteil der technischen Fachkräfte. Diese schweizerischen Einpendler sind meist bei schweizerischen Zweigbetrieben oder Tochterunternehmungen auf deutschem Gebiet im Auftrage der Stammfirmen in leitender Stellung tätig und beziehen im allgemeinen ihr Gehalt in Schweizer Franken von der Stammfirma in der Schweiz. Soweit sich ermitteln ließ, schwankte die Zahl der schweizerischen Grenzgänger in den letzten Jahren weder absolut noch saisonal mehr als 10 v.H. nach oben oder unten.

Im Rahmen einer Abhandlung des Grenzgängerverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz verdient auch der Grenzgängerverkehr nach Frankreich eine kurze Beachtung. Hierbei sind jedoch nur die Gebiete erfaßt, die in den Bereich des Arbeitsamtes Lörrach und damit in das Untersuchungsgebiet des Grenzgängerverkehrs Deutschland - Schweiz fallen. Gemessen am Grenzgängerverkehr Deutschland-Schweiz hat der Grenzgängerverkehr Deutschland-Frankreich in den Landkreisen Lörrach und Müllheim nur unerhebliche Bedeutung. Jedoch ist auch hier in den letzten Jahren eine rasche Zunahme zu verzeichnen gewesen. Nach dem Kriege war zunächst eine Arbeitsaufnahme in Frankreich, auch aus politischen Gründen, den deutschen Grenzgängern sehr erschwert worden und zudem der Anreiz höherer Löhne, wie in der Schweiz, nicht gegeben. Erst seit 1956 werden auch den deutschen Grenzgängern die erheblichen sozialen Zulagen gewährt, die die französische Sozialgesetzgebung vorsieht. Damit wurde der deutsche Grenzgänger dem französischen Arbeitnehmer gleichgestellt. Der Stand des Grenzgängerverkehrs nach Frankreich geht aus folgender Tabelle hervor:

Grenzgänger nach Frankreich

Stichtag: 30. September 1956
Zählungen des Arbeitsamtes Lörrach

<u>Landkreis</u>	<u>männl.</u>	<u>weibl.</u>	<u>zusammen</u>
Lörrach	102	9	111
Müllheim	143	3	146
insgesamt	245	12	257
=====	=====	=====	=====

Nach den Informationen der deutschen Arbeitsämter ist ein großer Teil der deutschen Grenzgänger nach Frankreich im Baugewerbe tätig und arbeitet auf Baustellen im benachbarten Elsaß. Die Knappheit von Arbeitskräften im französischen Baugewerbe ist durch die Abwanderung der vorwiegend nordafrikanischen Arbeitskräfte bedingt, die im Verlauf der politischen Krisen in Nordafrika in die Heimat zurückgekehrt sind und eine empfindliche Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen haben. Um diese Lücke aufzufüllen, wurden den deutschen Grenzgängern die bis 1956 nur in geringem Umfang gewährten Familien- und Kinderzulagen zugestanden, um sie zur Arbeitsaufnahme in Frankreich zu bewegen.

Bei den genannten Zahlen der Grenzgänger nach Frankreich darf jedoch nicht übersehen werden, daß es sich im Untersuchungsgebiet nur um einen Teil der deutsch-französischen Grenze und demzufolge auch nur um einen Teil des Grenzgängerverkehrs nach Frankreich handelt. Der Gesamtgrenzgängerverkehr nach Frankreich hat infolge der den Grenzgängern jetzt in vollem Umfang gewährten Sozialzulagen auch erheblich zugenommen und wird wahrscheinlich weiter ansteigen. Im Frühjahr 1957 waren allein in der Stadt Straßburg etwa 1.500 deutsche Grenzgänger beschäftigt. Dagegen hält sich der Grenzgängerverkehr aus Frankreich in die Bundesrepublik in verhältnismäßig geringen Grenzen.

2) Die Statistik des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit

In der Erörterung der Möglichkeiten der statistischen Erfassung der Grenzgänger ist schon dargelegt worden, daß die Zählungen der schweizerischen Arbeitsämter und die Zusammenfassung dieser Zählungen durch das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit die deutschen Grenzgänger erst seit 1956 gesondert ausweisen. Daher ist es auch nach der schweizerischen Statistik nicht möglich, die zahlenmäßige Entwicklung der deutschen Grenzgänger in den letzten Jahren zu verfolgen. Im Vergleich zu dem Grenzgängerverkehr und um die besondere Stellung der Schweiz als Arbeitgeber zahlreicher ausländischer Arbeitskräfte zu beleuchten, soll zunächst einmal der Zusammenhang zwischen den gesamten Fremdarbeitern und den Grenzgängern in der Schweiz aufgezeigt werden.

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit führt seit 1949, gestützt auf die Angaben der kantonalen Arbeitsämter, alljährlich Mitte Februar Erhebungen über die kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte durch. Da die Beschäftigung von Fremdarbeitern erfahrungsgemäß starke Saisonschwankungen aufweist, wird eine Zählung, die sich nur auf einen Monat des Jahres beschränkt, den tatsächlichen Bestand an ausländischen Arbeitskräften nicht gerecht. Infolgedessen sind seit 1955 zusätzlich Zählungen der Fremdarbeiter auch im August durchgeführt worden, so daß für die Jahre 1955 und 1956 nunmehr die Erhebungen für die Monate Februar und August vorliegen. Aus der jahreszeitlichen Entwicklung in den typischen Saisonberufen sowie den Erfahrungen der kantonalen Arbeitsämter bei in einzelnen Kantonen durchgeführten monatlichen Zählungen der Fremdarbeiter wird angenommen, daß der Bestand an kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräften im Februar ein Minimum und im August ein Maximum darstellt. Die in diesem Abschnitt folgenden Tabellen und Zahlenangaben sind den Veröffentlichungen des schweizerischen

Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit in der Zeitschrift "Die Volkswirtschaft", Bern, Heft 10 - 1955 und Heft 10 - 1956, entnommen.

Bestand der kontrollpflichtigen ausländischen
Arbeitskräfte in der Schweiz

Monatsmitte	Männer	Frauen	zusammen
Februar 1955	70.542	95.668	166.210
August 1955	160.269	110.880	271.149
Februar 1956	90.328	104.206	194.534
August 1956	203.488	122.577	326.065

Aus der vorstehenden Übersicht ergibt sich, in Vergleich mit dem jeweiligen Monat des Vorjahres, eine starke Zunahme der Fremdarbeiter in der Schweiz von 1955 bis 1956. Die Aufgliederung nach dem Geschlecht läßt erkennen, daß die saisonalen Schwankungen bei den männlichen Arbeitskräften bedeutend sind, während sie bei den weiblichen Arbeitskräften eine geringe Rolle spielen. Weiterhin zeigt der Vergleich der Erhebungen vom August 1956 mit dem gleichen Monat des Vorjahres eine Zunahme der männlichen Arbeitskräfte um 27 v.H., während die Zunahme der weiblichen Arbeitskräfte nur 11 v.H. ausmacht. Infolgedessen ist auch der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Fremdarbeiter von 41 v.H. im August 1955 auf 38 v.H. im August 1956 zurückgegangen.

Im Zusammenhang mit den Fremdarbeitern soll auch kurz auf die Zusammensetzung der ausländischen Arbeitskräfte nach ihren Nationalitäten eingegangen werden. Die Fremdarbeiter aller Nationalitäten, mit Ausnahme der Österreicher, haben von 1955 bis 1956 zugenommen, am stärksten die Italiener. Die italienischen Fremdarbeiter stehen auch weitaus an erster Stelle und stellten im August 1956 insgesamt 63 v.H. des gesamten Fremdarbeiterbestandes der Schweiz, während der Anteil der Deutschen etwa 20 v.H. und der Österreicher nur rund 10 v.H. betrug. Jedoch sind 47 v.H. aller italienischen Arbeitskräfte Saisonarbeiter, deren Aufenthalt in der Schweiz auf maximal 9 Monate beschränkt ist. Während die gesamten

ausländischen Saisonarbeiter nur etwa ein Drittel des Gesamtbestandes an Fremdarbeitern in der Schweiz ausmachen, beträgt der Anteil der italienischen Saisonarbeiter an allen ausländischen Saisonarbeitern fast 90 v.H.

Kontrollpflichtige ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz nach Staatsangehörigkeit

Heimatstaat	Mitte August 1955	Mitte August 1956
Deutschland	59.208	69.198
Frankreich	8.140	9.028
Italien	162.343	206.860
Österreich	35.441	33.915
Übrige Staaten	6.017	7.064
insgesamt	271.149	326.065

Eine Betrachtung des Grenzgängerverkehrs aus dem Ausland nach der Schweiz zeigt, daß auch hier im Jahre 1956 gegenüber 1955 ein erheblicher Zuwachs zu verzeichnen ist. Mitte August 1955 waren 30.292 und Mitte August 1956 insgesamt 36.873 Grenzgänger in der Schweiz kontrollpflichtig gemeldet, was einem Zuwachs von über 20 v.H. entspricht. Eine Aufteilung nach Nationalitäten ist erstmalig für August 1956 vorhanden.

Grenzgänger in der Schweiz nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht

Stand: Mitte August 1956

Heimatstaat	Männer	Frauen	zusammen
Deutschland	15.169	7.741	22.910
Frankreich	2.652	890	3.542
Italien	3.448	3.980	7.428
Österreich	1.089	1.756	2.845
Übrige Staaten	101	47	148
insgesamt	22.459	14.414	36.873

Aus der Aufteilung der Grenzgänger nach der Staatsangehörigkeit geht hervor, daß die deutschen Grenzgänger, auf die 62 v.H. der gesamten Grenzgänger nach der Schweiz entfallen, dominieren. Hier beträgt der Anteil der Italiener an den Grenzgängern nur knapp 20 v.H. Während bei den deutschen Grenzgängern die Zahl der männlichen Grenzgänger fast doppelt so hoch liegt wie die Zahl der weiblichen Grenzgänger, überwiegen bei den Italienern und Österreichern die weiblichen Grenzgänger, die bei den Österreichern rund 60 v.H. aller Grenzgänger ausmachen. Besonders niedrig liegt der Anteil der weiblichen Grenzgänger bei den Franzosen mit nur 25 v.H. der Grenzgänger aus Frankreich.

Um einen Überblick über die gesamten in der Schweiz beschäftigten deutschen Arbeitskräfte im Jahre 1956 zu gewinnen, sei hier noch nach der Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit eine Aufstellung nach Saisonarbeitern, Nichtsaisonarbeitern und Grenzgängern herangezogen.

Deutsche Arbeitskräfte in der Schweiz

Stand: Mitte August 1956

Bewilligungs- kategorie	Männer	Frauen	zusammen
Saisonarbeiter	4.683	1.589	6.272
Nichtsaisonarbeiter	16.273	23.743	40.016
Grenzgänger	15.169	7.741	22.910
insgesamt	36.125	33.073	69.198
=====			

Hierbei dürfte die Feststellung interessant sein, daß der größte Teil aller in der Schweiz beschäftigten deutschen Arbeitskräfte einen festen Arbeitsplatz hat. Die Saisonarbeiter, deren Aufenthalt in der Schweiz, abgesehen von den Grenzgängern, befristet ist, stellen nur einen geringen Teil. Der Anteil der Grenzgänger an den gesamten in der Schweiz beschäftigten Arbeitskräften des betreffenden Staates liegt bei den Deutschen und Franzosen besonders hoch und auch weitaus

höher als bei den anderen Nationalitäten. Diese Tatsache erklärt sich sowohl aus der Grenzziehung zwischen der Schweiz und den ihr benachbarten Staaten, als auch vor allem aus der Konzentration der Industrie in der Nordschweiz und der Lage der angrenzenden ausländischen Wohngemeinden.

C. Kreis- und Gemeindestatistik des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz

Die Kreis- und Gemeindestatistik des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ist insofern von Bedeutung, als sich daraus das Einzugsgebiet der Grenzgänger und ihre Aufteilung auf die einzelnen Landkreise und Gemeinden ablesen läßt. Hierbei sind nur diejenigen Kreise berücksichtigt, bei denen der Grenzgängerverkehr eine bedeutende Rolle spielt. Es handelt sich um die Landkreise Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz. Der Landkreis Müllheim ist mit berücksichtigt worden, obgleich sich die aus diesem Kreis auspendelnden Grenzgänger noch in bescheidenem Rahmen halten. Die Einbeziehung des Landkreises Müllheim dient dazu, den Stand und die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs in einem grenzfernen Kreis zu beleuchten. Außerdem hat sich gerade in der Richtung Basel-Freiburg der Grenzgängerverkehr sehr weit in das Hinterland ausgedehnt.

Eine Kreis- und Gemeindestatistik des Grenzgängerverkehrs ist bisher nur vom Reg.Präs. Südbaden - Landesplanung anlässlich der Zählungen der Pendelwanderer für den Gewerbesteuerausgleich aufgestellt worden, und zwar für die Jahre 1950, 1953 und 1955. Die jährliche Aufstellung der Grenzgänger in den einzelnen Landkreisen seit 1946 kann allerdings nur mit Hilfe der Zählungen der Arbeitsämter vorgenommen werden. Hierbei sind die Angaben der einzelnen Nebenstellen auf die Kreise umgelegt worden, was um so leichter ist, als größtenteils die räumliche Begrenzung der Arbeitsamtsnebenstellen mit der Ausdehnung der Landkreise zusammenfällt. Kleine Abweichungen ergeben sich durch die Zugehörigkeit einzelner Gemeinden eines Landkreises zu einem anderen Arbeitsamt und die Einbeziehung von Gemeinden eines fremden Landkreises in eine Arbeitsamtsnebenstelle, die einen bestimmten Landkreis umfaßt.

Die Zählungen der Arbeitsämter und des Regierungspräsidiums weichen, teilweise sogar erheblich, voneinander ab.

Die Gründe dafür sind bereits in den Möglichkeiten der statistischen Erfassung der Grenzgänger erläutert worden.

Bei der Verfolgung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz seit 1945 in der Aufteilung nach Landkreisen ist die Darstellung des Landkreises Konstanz erst ab 1948 möglich, da die Zählungen der Grenzgänger vom Arbeitsamt Konstanz erst in diesem Jahre begonnen wurden. Einen Überblick über die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz in den Landkreisen des Untersuchungsgebietes vermittelt die folgende Tabelle:

Grenzgänger nach der Schweiz aus den Landkreisen Müllheim, Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz

Stichtag: 30. September

Zählungen der Arbeitsämter Lörrach und Konstanz

Jahr	Müllheim	Lörrach	Säckingen	Waldshut	Konstanz
1946	--	430	208	582	
1947	--	860	447	1.179	
1948	--	1.592	515	1.197	755
1949	--	1.463	414	973	645
1950	--	1.253	349	803	696
1951	126	2.897	1.148	2.821	1.791
1952	206	3.293	1.286	3.190	1.615
1953	226	3.391	1.304	3.425	1.881
1954	251	3.921	1.364	3.783	2.230
1955	389	4.710	1.502	4.806	2.651
1956	515	5.719	1.921	5.106	2.995

Der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz hat seit 1951, abgesehen von dem leichten Rückgang vorübergehender Art im Landkreis Konstanz, in allen Landkreisen stark zugenommen. In 10 Jahren hat sich der Bestand an Grenzgängern bis zum Jahre 1956 in den Landkreisen Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut auf das Zehn- und Mehrfache erhöht. Im Landkreis Konstanz ist die Entwicklung zwar erst seit 1948 zu verfolgen, aber auch hier wird

die Zunahme des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz seit 1946 einen ähnlichen Verlauf genommen haben wie in den anderen Landkreisen des Grenzgebietes. Auf die leicht rückläufige Tendenz des Grenzgängerverkehrs in den Jahren 1948 bis 1950 ist bei der Darstellung der Gesamtentwicklung des Grenzgängerverkehrs schon eingegangen worden.

Die Bedeutung der Aufteilung der Grenzgänger nach ihren Wohngemeinden ist darin zu suchen, als hier an Hand der geographischen Lage der Gemeinden abgelesen werden kann, wie weit sich das Einzugsgebiet des Grenzgängerverkehrs in das Hinterland des deutschen Grenzgebietes ausdehnt. Damit wird auch Aufschluß gegeben über die Gebiete und Gemeinden, aus denen die Grenzgänger vorzugsweise in die Schweiz pendeln.

Zunächst kann bei einer allgemeinen Betrachtung der durch den Grenzgängerverkehr besonders betroffenen Gemeinden gesagt werden, daß sich die wichtigsten Auspendlergemeinden der Grenzgänger entlang der deutsch-schweizerischen Grenze von Lörrach bis nach Konstanz erstrecken. Im Landkreis L ö r r a c h haben vor allem die in Grenznähe gelegenen Gemeinden Haltingen, Weil, Lörrach, Grenzach, Wyhlen und Herten die höchsten Zahlen an Grenzgängern aufzuweisen. Der Anteil dieser Gemeinden an der Gesamtzahl der Grenzgänger des Kreises macht über zwei Drittel aus. Ähnlich liegen die Verhältnisse im Landkreis S ä c k i n g e n , wo in den am deutschen Rheinufer liegenden Gemeinden Rheinfelden, Säckingen und Laufenburg ebenfalls über zwei Drittel aller Grenzgänger des Kreises ihren Wohnsitz haben. Auch im Landkreis W a l d s h u t pendelt der überwiegende Teil aller Grenzgänger aus den unmittelbar an der Grenze gelegenen Gemeinden Albbruck, Dogern, Waldshut, Rheinheim, Lienheim und Hohentengen nach der Schweiz. Ein weiteres bedeutendes Grenzgängerzentrum befindet sich im östlichen Teil des Kreises mit den Gemeinden Tiengen, Oberlauchringen und Erzingen. Die besondere Lage des Jestetter Zipfels bewirkt, daß aus den dort

gelegenen drei Gemeinden 1956 über 600 Grenzgänger nach der Schweiz pendelten. Im Landkreis K o n s t a n z ist ebenfalls der Hauptgrenzgängerverkehr entlang der Grenze zu finden. Im westlichen Teil des Kreises, in dem deutsche und schweizerische Gebietsteile eng verzahnt sind, bilden vor allem die deutsche Exklave Büsingen und die Gemeinden Gailingen, Gottmadingen, Rielasingen, Öhningen und Wangen bedeutende Zentren des Grenzgängerverkehrs. Brennpunkt des Grenzgängerverkehrs ist die Stadt Konstanz, die mit ihrem Hauptteil auf dem schweizerischen Bodenseeufener liegt und fast die Hälfte aller Grenzgänger des Kreises stellt.

Ein wichtiges Einzugsgebiet der Grenzgänger ist auch das Wiesental im Landkreis Lörrach. Hier sind die Gemeinden Brombach, Hauingen, Steinen, Maulburg und Schopfheim zu nennen. Von Basel aus erstreckt sich ein weiteres Einzugsgebiet bis in den nördlichen Teil des Landkreises Müllheim. Eine Richtung verläuft entlang der Bahnlinie Weil-Kandern, die andere entlang der Bahnlinie Basel-Freiburg. Hauptsächlich aus den Gemeinden an der Strecke Basel-Freiburg pendeln sehr viele Grenzgänger nach der Schweiz und im Landkreis Müllheim liegen die wichtigsten Grenzgängergemeinden fast durchweg an dieser Bahnlinie. An der Strecke Basel-Freiburg ist überhaupt die weiteste Entfernung festgestellt worden, die von Grenzgängern nach der Schweiz zurückgelegt wird. Selbst aus der Stadt Freiburg und Umgebung sind Ende 1956 über 100 Grenzgänger nach der Schweiz festgestellt worden.

In den Tabellen 8 bis 12 ist die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs von 1950 bis 1955 bzw. 1956 für jeden Landkreis des südbadischen Grenzgebietes, aufgeteilt nach Gemeinden, dargestellt. Aufgeführt sind allerdings nur die Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern; Gemeinden mit weniger als 10 Grenzgängern dürften im Rahmen einer Gesamtbetrachtung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz unwichtig erscheinen.

Interessante Ergebnisse ergibt die Untersuchung der Gemeinden mit einem hohen Anteil an Grenzgängern auf ihre wirtschaftliche Struktur. Dabei stellt sich heraus, daß in der Hauptsache stark industrialisierte Gemeinden Wohnsitz der Grenzgänger nach der Schweiz sind. Es seien hier vor allem in der Reihenfolge ihres Anteils an Grenzgängern im Jahre 1955 die Städte Lörrach, Konstanz, Rheinfelden, Weil und Waldshut angeführt. Fast die Hälfte aller Grenzgänger der Landkreise des Grenzgebietes wohnt in diesen fünf Gemeinden, die als ausgesprochene Industriezentren angesprochen werden können. Diese Erscheinung liegt einmal darin begründet, daß vor allem Facharbeiter, die nur in stark industrialisierten Gemeinden zu finden sind, nach der Schweiz pendeln. Andererseits ist festzustellen, daß die Arbeitsplätze in den industriellen Gemeinden nach Abwanderung der ortsansässigen Erwerbstätigen von aus dem Hinterland einpendelnden Arbeitskräften eingenommen werden, so daß eine gewisse Verschiebung der Arbeitskräfte über die Grenze stattfindet. Daraus erklärt sich auch der in den grenznahen Industriegemeinden oft vorhandene erhebliche Auspendlerüberschuß. Als Beispiel sei hier die Stadt R h e i n f e l d e n angeführt (1955):

<u>Auspendler</u> insgesamt	1.958
davon Grenzgänger	1.176
<u>Einpendler</u> insgesamt	1.522
davon aus:	
Kreis Lörrach	544
Karsau	315
Minseln	159
Schwörstadt	130

Während also die Erwerbstätigen als Auspendler vorwiegend nach der Schweiz pendeln und vor allem das nahe gelegene Basel aufsuchen, rücken die Arbeitskräfte aus den um- und zurückliegenden Gemeinden in die Arbeitsplätze nach. Weiter kann für die aus Industriegemeinden kommenden Grenzgänger noch angeführt werden, daß viele von ihnen ursprünglich aus anderen Kreisen zugewandert

sind und zunächst eine Arbeitsstelle im Grenzgebiet angenommen haben. Nach Erfüllung der Voraussetzung für eine Grenzkarte durch sechsmonatigen Aufenthalt im Grenzgebiet sind sie dann in die Schweiz abgewandert.

Eine weitere Untersuchung gilt den vorwiegend landwirtschaftlich orientierten Gemeinden. Hier wurde ein Vergleich zwischen dem Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen und den auspendelnden Grenzgängern in den Gemeinden des vom Grenzgängerverkehr am stärksten betroffenen Landkreises Lörrach durchgeführt. Bei diesem Vergleich liegen für die Erwerbspersonen die Zahlen der Volks- und Berufszählung 1950 und für die Grenzgänger die Auszählung der Kartei des Arbeitsamtshauptamtes Lörrach im Jahre 1956 zugrunde. Zwar ist die absolute Zahl der Erwerbspersonen aus dem Jahre 1950 schon veraltet, es kann jedoch angenommen werden, daß der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Erwerbspersonen an den Gesamterwerbspersonen gleich geblieben ist oder sich das Verhältnis sogar zuungunsten der Land- und Forstwirtschaft verschoben hat.

Erwerbspersonen und Grenzgänger
im Landkreis Lörrach

1956 = 5.719 Grenzgänger

Gemeinden mit einem Anteil der Erwerbs- personen in Land- und Forstwirtschaft	Grenzgänger in diesen Gemeinden	in v.H. aller Grenzgänger des Kreises
bis 10 v.H.	3.672	64 v.H.
bis 20 v.H.	4.868	85 v.H.
bis 30 v.H.	5.028	88 v.H.
bis 40 v.H.	5.214	91 v.H.
bis 50 v.H.	5.469	96 v.H.

Die vorliegende Aufstellung läßt erkennen, daß etwa zwei Drittel aller Grenzgänger aus Gemeinden kommen, deren Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft weniger als 10 v.H. der gesamten Erwerbspersonen in dieser Gemeinde ausmachen. Fast alle Grenzgänger im Land-

Lörrach pendeln aus Gemeinden mit einem Anteil der Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft an den Gesamterwerbspersonen von unter 50 v.H. nach der Schweiz.

Zweiter Teil

Soziale und berufliche Aufgliederung,
Arbeitsorte und arbeitsmarktpolitische
Bedeutung der Grenzgänger

A. Geschlecht, Alter und Familienstand der deutschen
Grenzgänger nach der Schweiz

Im Rahmen einer Aufgliederung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz nach sozialen Gesichtspunkten soll zunächst einmal die Aufteilung der Grenzgänger nach ihrem Geschlecht in den Landkreisen Südbadens vorgenommen werden (Tabelle 13). Bei der Gesamtzählung nach Männern und Frauen ergibt sich ein durchschnittlicher Anteil der weiblichen Grenzgänger von etwa einem Drittel am gesamten Grenzgängerverkehr nach der Schweiz. In den Landkreisen Müllheim und Lörrach liegt der Anteil der weiblichen Grenzgänger unter dem Durchschnitt, während er im Landkreis Waldshut und vor allem im Landkreis Säckingen den Durchschnitt übersteigt. Besonders auffallend ist die fast gleiche Zahl der männlichen und weiblichen Grenzgänger im Landkreis Konstanz. Diese Besonderheit des Landkreises Konstanz findet ihre Erklärung darin, daß der überwiegende Teil der Grenzgänger des Kreises in schweizerische Betriebe des Textil- und Bekleidungsgewerbes und der Leder-, Elektro- und feinmechanischen Industrie pendelt, die vor allem weibliche Arbeitskräfte beschäftigen.

An Hand der Kartei des Arbeitsamtes Lörrach (Hauptamt Lörrach, Nebenstellen Müllheim und Zell) wurde eine Auszählung der Grenzgänger der Landkreise Müllheim und Lörrach nach Alter und Familienstand vorgenommen. In einzelnen Gemeinden der Landkreise Müllheim und Lörrach durchgeführte Stichproben bestätigten, abgesehen von unerheblichen Abweichungen, die Richtigkeit der durch die Auszählung gewonnenen Ergebnisse.

Im Landkreis Müllheim liegt der größte Anteil mit 47 v.H. aller Grenzgänger bei den Grenzgängern zwischen 20 und 30 Jahren. Etwa 75 v.H. aller Grenzgänger

des Landkreises Müllheim sind jünger als 35 Jahre, es gehen also vorwiegend junge und voll leistungsfähige Arbeitskräfte als Grenzgänger nach der Schweiz (Tabelle 14).

Fast das gleiche Ergebnis war bei einer Auszählung der Grenzgänger nach dem Lebensalter im Landkreis L ö r - r a c h zu verzeichnen (Tabelle 15). Hier liegt der Anteil der Grenzgänger unter 35 Jahren mit 74 v.H. und der Altersgruppen zwischen 20 und 30 Jahren mit 46 v.H. aller Grenzgänger des Landkreises Lörrach nur 1 v.H. niedriger als der Anteil der entsprechenden Altersgruppen im Landkreis Müllheim. Auffallend ist die bei den weiblichen Grenzgängern im Gegensatz zu den männlichen Grenzgängern verhältnismäßig große Altersgruppe zwischen 16 und 20 Jahren. Diese Tatsache läßt sich dadurch erklären, daß die weiblichen Grenzgänger des Landkreises Lörrach vorwiegend im städtischen Gewerbe der Stadt Basel beschäftigt sind und in diesen Gewerbebezweigen (Handel, Friseur- und Bekleidungsgewerbe, Haushalt) die jungen Mädchen entweder noch in der Ausbildung stehen oder nach einer sehr kurzen Ausbildungszeit bereits ihren Beruf ausüben können.

Eine weitere Untersuchung der Grenzgänger nach Altersgruppen wurde in der Stadt W a l d s h u t durchgeführt (Tabelle 16). Auch hier sind 75 v.H. aller Grenzgänger jünger als 35 Jahre. Bei den Grenzgängern zwischen 20 und 30 Jahren verschiebt sich das Verhältnis etwas im Gegensatz zu den Landkreisen Müllheim und Lörrach, da in Waldshut der Anteil dieser Altersgruppe an den Gesamtgrenzgängern nur 37 v.H. beträgt. Die weiblichen Grenzgänger haben ihren größten Anteil in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren aufzuweisen, was sich auch hier wieder durch die Gewerbebezweige erklärt, in denen sie beschäftigt sind (Schuh-, Bekleidungs- und Elektroindustrie). Hier handelt es sich in erster Linie um Arbeiten, die nach kurzer Anlernzeit und ohne besondere Vorkenntnisse ausgeführt werden können.

Einen optischen Eindruck des Altersaufbaus der Grenzgänger in den Landkreisen Lörrach und Müllheim vermittelt eine graphische Darstellung (Tabelle 17). Eine Auszählung der Grenzgänger der Landkreise Müllheim und Lörrach nach dem Familienstand ergibt, daß etwa zwei Drittel aller Grenzgänger dieser Kreise ohne eigene Familie sind (Tabelle 18).

Die Aufteilung der Grenzgänger nach Alter und Familienstand einschließlich der zum Haushalt gehörenden schulpflichtigen Kinder zeigt, daß in der Hauptsache junge und unverheiratete Arbeitnehmer sich einen Arbeitsplatz in der Schweiz gesucht haben. Zunächst ist einmal der psychologische Grund maßgebend, daß in den jüngeren Leuten noch ein erhebliches Maß von Unternehmungsgeist steckt, der durch den Anreiz, in einem fremden Land zu arbeiten und dort viel Neues kennenzulernen, befriedigt wird. Sie nehmen dafür auch ohne weiteres ein gewisses Risiko in Kauf, das mit der Arbeit im Ausland verbunden ist. Andererseits verlockt auch die bessere Verdienstmöglichkeit zu einer Arbeitsaufnahme in der Schweiz. Dagegen wird ein Arbeitnehmer mit Familie das Risiko einer Arbeit im Ausland nicht so leicht auf sich nehmen, wenn er sich seiner Verantwortung für die Familie und vor allem für die Kinder bewußt ist. In den Tabellen über Alter und Familienstand ist auch festzustellen, daß die Zahl der Grenzgänger sofort sehr stark absinkt, wenn Kinder unter 14 Jahren zur Familie gehören. Die Zahl der Grenzgänger, die 4 und mehr Kinder zu versorgen haben, nimmt kaum 1 v.H. aller Grenzgänger ein. Auffallend ist die hohe Zahl der weiblichen verheirateten Grenzgänger ohne Kinder im Landkreis Lörrach. Umfragen haben ergeben, daß diese nur so lange in der Schweiz zu arbeiten beabsichtigen, bis sie durch Anschaffungen den Haushalt vervollständigen können und noch keine Kinder vorhanden sind.

Eine Umfrage unter den am 1.8.1956 in der Stadt Müllheim ermittelten 86 Grenzgängern (73 Männer, 13 Frauen) ergab, daß der größte Teil der 53 ledigen Grenzgänger

und Grenzgängerinnen bei den Eltern oder einem Elternteil wohnt. Einige der ledigen Grenzgänger, die zu heiraten beabsichtigten und viele der jungverheirateten Grenzgänger wollten auch nur so lange in der Schweiz arbeiten, bis sie sich eine gewisse Einrichtung anschaffen konnten, um dann der besseren sozialen Sicherung halber wieder einen Arbeitsplatz in Deutschland zu suchen. Insbesondere der Anreiz des besseren Verdienstes in der Schweiz hat manchen Erwerbstätigen zu einer, wenn zum Teil auch vorübergehenden, Arbeitsaufnahme als Grenzgänger veranlaßt. Hierbei stehen neben der schon erwähnten Haushaltsgründung und der Anschaffung von Einrichtungsgegenständen - ein Argument, das vor allem von den Flüchtlingen immer wieder angeführt wird - auch Einzelwünsche im Vordergrund, die man auf diese Art und Weise sich zu erfüllen können glaubt (z.B. Motorrad, Kraftwagen, Fernsehapparat, Kühlschrank usw.).

B. Aufgliederung der Grenzgänger nach Wirtschaftszweigen und Berufen

Die Zusammenstellung der Grenzgänger nach den Wirtschaftszweigen, in denen sie in der Schweiz beschäftigt sind, ist nach den bei den Arbeitsämtern vorgeschriebenen 10 Wirtschaftsabteilungen vorgenommen worden. An der Spitze stehen das verarbeitende Gewerbe und die gesamte Metallindustrie. Sehr hoch ist auch der Anteil des Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbes, dem erst mit großem Abstand die übrigen Wirtschaftsabteilungen folgen.

Grenzgänger nach Wirtschaftsabteilungen

Stichtag: 30. September 1956

Zählungen der Arbeitsämter Freiburg, Lörrach, Konstanz, Villingen und Ravensburg

Wirtschaftsabteilung	männlich	weiblich	zusammen
0 Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei	138	43	181
1 Bergbau, Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Energie	355	3	358
2 Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung	4.256	854	5.110
3/4 Verarbeitendes Gewerbe (ohne 2)	2.014	3.114	5.128
5 Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	3.810	241	4.051
6 Handel, Geld- und Versicherungswesen	340	637	977
7 Dienstleistungen	186	802	988
8 Verkehrswesen	38	31	69
9 Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen im öffentl. Interesse	28	67	95
Alle Wirtschaftsabteilungen	11.165	5.792	16.967

Bei den Wirtschaftsabteilungen Landwirtschaft, Bergbau, Steine und Erden, Eisen und Metall sowie Bau- und Baunebengewerbe überwiegen die männlichen Grenzgänger erheblich, was auch dem üblichen Anteil der männlichen Arbeitskräfte in diesen Wirtschaftsabteilungen entspricht. Der Anteil der weiblichen Grenzgänger an den Dienstleistungen mit etwa vier Fünfteln ist auf die große Zahl der im Haushalt und Gastgewerbe der Schweiz beschäftigten deutschen Frauen zurückzuführen. Sie sind hier vor allem als Hausgehilfinnen, Stundenfrauen und Serviertöchter tätig. Auch die Abteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen weist mit etwa zwei Dritteln einen überwiegenden Anteil der weiblichen Grenzgänger auf. Diese arbeiten vorwiegend als Verkäuferinnen im Einzelhandel oder als kaufmännische Bürokräfte. Der gegenüber den Männern höhere Anteil der weiblichen Grenzgänger im verarbeitenden Gewerbe liegt in den Industrie- bzw. Gewerbebezweigen Textil, Bekleidung, Leder und Nahrungs- und Genußmittel begründet.

Um innerhalb der Wirtschaftsabteilungen einen besseren Überblick über die wichtigsten einzelnen Wirtschaftszweige zu gewinnen, ist für die Landkreise Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut eine Einzelauszählung vorgenommen worden. Bei der Metallindustrie stehen hier vor allem die Industriegruppen Elektrotechnik, Maschinen-, Apparate- und Armaturenbau, Eisen- und Metallgießereien sowie die Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie im Vordergrund. Innerhalb des verarbeitenden Gewerbes sind als wichtigste Gewerbebezweige die Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie, das Druck- und Vervielfältigungsgewerbe und das Tischlerhandwerk festzustellen. Im Bau- und Baunebengewerbe überwiegt der Hoch- und Tiefbau, in der Abteilung Handel, Geld- und Versicherungswesen der Handel erheblich. Die Grenzgänger in der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen arbeiten hauptsächlich im Haushalt, im Gaststättenwesen und im Friseurgewerbe, und in der Abteilung Öffentliche Dienste vor allem in der Krankenpflege (Tabelle 19).

Die Aufschlüsselung der Grenzgänger nach Wirtschaftszweigen gibt in Verbindung mit der Unterteilung nach Landkreisen einen gewissen Aufschluß über die diesen Landkreisen gegenüberliegenden Betriebsorte und Industriezentren in der Schweiz.

Im Landkreis L ö r r a c h macht sich die Nähe der Stadt Basel mit ihrem Einfluß auf die Verteilung der Grenzgänger in den einzelnen Wirtschaftszweigen bemerkbar. Der Hoch- und Tiefbau ist besonders stark vertreten, wobei auf die starke Bautätigkeit in Basel und der näheren Umgebung hingewiesen sei. Auch das Handwerk hat als überwiegend städtisches Gewerbe einen bedeutenden Anteil an den Grenzgängern des Landkreises Lörrach. Hier sind vor allem Bäckerei, Fleischerei, Tischlerei, Klempnerei, Schlosserei, Schuhmacherei, Schneiderei und Näherei sowie das Friseurgewerbe zu erwähnen. Auch in den häuslichen Diensten sowie dem Handel und Handelshilfsgewerbe als typisch städtischen Gewerbebezweigen ist die Zahl der Grenzgänger im Landkreis Lörrach im Vergleich zu den übrigen Landkreisen besonders hoch. An Industriezweigen, in denen die Grenzgänger hauptsächlich arbeiten, sind für den Landkreis Lörrach in erster Linie die Metall-, Textil- und Elektroindustrie zu nennen.

Im Landkreis S ä c k i n g e n stehen neben dem Hoch- und Tiefbau, dessen großer Anteil in allen Landkreisen des Grenzgebietes die bedeutende Bautätigkeit in der Schweiz widerspiegelt, die häuslichen Dienste und die Schuhindustrie im Vordergrund. Der große Anteil der Schuhindustrie erklärt sich aus den vielen im Kanton Aargau liegenden Schuhfabriken.

In dem sehr hohen Anteil der Elektrotechnik als Wirtschaftszweig der Grenzgänger des Landkreises W a l d s - h u t ist die große Bedeutung der Stadt Baden im Kanton Aargau als Zentrum der Elektroindustrie und damit als Anziehungspunkt für die deutschen Grenzgänger zu erkennen. Neben dem auch hier wieder bedeutungsvollen Baugewerbe im Kanton Aargau ist mit der bedeutenden Zahl

von in Eisen- und Stahlgießereien beschäftigten Grenzgängern der Einfluß der Stadt Schaffhausen unverkennbar. Auch die erhebliche Zahl von Grenzgängern in der Textil- und Schuhindustrie ist ein Spiegelbild der Betriebe in diesen Wirtschaftszweigen im Kanton Aargau.

Da im Landkreis K o n s t a n z eine Aufgliederung der Grenzgänger lediglich nach Wirtschaftsabteilungen vorgenommen worden ist, fehlt hier die Möglichkeit der Feststellung der wichtigsten Wirtschaftszweige, in denen die Grenzgänger dieses Kreises beschäftigt sind.

Grenzgänger nach Wirtschaftsabteilungen
im Landkreis Konstanz

Stichtag: 30. September 1956

Zählung des Arbeitsamtes Konstanz (Hauptamt Konstanz, Nebenstellen Radolfzell und Singen)

Wirtschaftsabteilung	männlich	weiblich	zusammen
0 Landwirtschaft usw.	16	8	24
1 Bergbau, Steine und Erden, Energie	43	-	43
2 Metall	614	158	772
3/4 Verarbeitendes Gewerbe (ohne 2)	340	1.022	1.362
5 Bau- u. Baunebengewerbe	343	1	344
6 Handel - Geld - Versicherungen	19	48	57
7 Dienstleistungen	67	236	303
8 Verkehrswesen	11	-	11
9 Öffentlicher Dienst	2	20	22
Alle Wirtschaftsabteilungen	1.455	1.493	2.948
=====			

Die Aufgliederung nach Wirtschaftsabteilungen läßt im Landkreis Konstanz einen auffallend hohen Anteil des verarbeitenden Gewerbes erkennen. Daß in dieser Wirtschaftsabteilung mehr als drei Viertel weibliche Grenzgänger beschäftigt sind, deutet auf die Industrie des an den Landkreis Konstanz angrenzenden schweizerischen Gebietes hin (Textil-, Bekleidungs- und Schuhindustrie). Auch die Metallindustrie zieht einen großen Teil der Grenzgänger an.

Eine allgemeine Erfassung der Grenzgänger nach erlernten und ausgeübten Berufen ist nicht möglich, jedoch wurden im Landkreis Müllheim und im oberen Wiesental (Bereich der Arbeitsamtsnebenstelle Zell) Ermittlungen in dieser Richtung durchgeführt.

Im Landkreis Müllheim konnten am 1. August 1956 insgesamt 485 Grenzgänger ermittelt werden, davon 407 Männer und 78 Frauen. Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über die in gelernten und ungelernten Berufen arbeitenden Grenzgänger des Landkreises Müllheim.

<u>Gelernte Berufe</u>		<u>Ungelernte Berufe</u>	
Schlosser	36	Bauhandlanger	85
Maurer	34	Hilfsarbeiter	55
Schreiner	28	Hausgehilfinnen	
Elektriker	23	u. Stundenfrauen	53
Mechaniker	21	Ausläufer	6
Zimmerleute	19		
Maler	15		
Dreher, Schweißer	12	zusammen	199
Installateure	12	=====	
Monteure	11		
Tapezierer, Polsterer	10		
sonstige	65		
zusammen	286		
=====			

Der Anteil der in ihrem Beruf arbeitenden gelernten Grenzgänger an der Gesamtzahl beträgt 59 v.H., jedoch verringert sich diese Zahl noch, wenn die Gruppe der Hausgehilfinnen und Stundenfrauen, die eigentlich außerhalb der Aufgliederung gelernt - ungelernt steht, ausgegliedert wird. Bei den gelernten Berufen liegen die größten Anteile bei den Bau- und Metallberufen, die den Ergebnissen der Grenzgängerstatistik nach Wirtschaftszweigen entsprechen. Die Bedeutung des Baugewerbes für die Grenzgänger wird durch die Zahl der Bauhandlanger bei den ungelernten Berufen deutlich unterstrichen. Die bedeutende Rolle, die das Bau- und Baunebengewerbe innerhalb des Grenzgängerverkehrs spielt, bedingt erfahrungsgemäß einen gewissen saisonalen Grenzgängerverkehr. Hier konnten zwar keine genauen Zahlen ermittelt werden, doch haben Umfragen ergeben, daß ein Teil der im Baugewerbe

beschäftigten Grenzgänger ganzjährig in der Schweiz arbeitet. Sie werden entweder bei Beginn der Frostperiode mit Innenarbeiten beschäftigt oder versuchen, über die Wintermonate als Hilfsarbeiter in anderen Gewerbebezügen unterzukommen.

Die Zahl der nicht in ihrem gelernten Beruf arbeitenden Grenzgänger beträgt 38 (13 v.H. der gelernten Grenzgänger), wovon 24 als Bauhandlanger und 14 als sonstige Hilfsarbeiter tätig sind. Bei näherer Untersuchung stellt sich heraus, daß nur wenige von ihnen in Berufen ausgebildet sind, die ein Unterkommen erschweren (z.B. Küfer, Wagner, Müller, Holzbildhauer) und z.Zt. nicht so nachgefragt sind. Der größere Teil entstammt handwerklichen Berufen, vor allem dem Bau- und Baunebengewerbe. Einzelermittlungen bestätigten, daß viele dieser Grenzgänger zunächst als Hilfsarbeiter oder Bauhandlanger in der Schweiz arbeiten und dann versuchen, in ihrem gelernten Beruf unterzukommen.

Ähnliche Ergebnisse ergab die Untersuchung im oberen Wiesental (nördlich Schopfheim bis Todtnauberg). Hier konnten am 1. Oktober 1956 insgesamt 136 Grenzgänger ermittelt werden, davon 120 männliche und 16 weibliche Arbeitskräfte. Die Grenzgänger dieses Gebietes setzen sich nach gelernten und ungelernten Berufen folgendermaßen zusammen:

gelernte Berufe	74 = 55 v.H.	) Grenzgänger
ungelernte Berufe	62 = 45 v.H.	

Bei den gelernten und ungelernten Berufen dominieren wieder die Bau- und Baunebenberufe sowie die Berufe der Metallindustrie. Der Anteil der 12 nicht in ihrem gelernten Beruf beschäftigten Grenzgänger an allen gelernten Arbeitskräften liegt mit knapp 10 v.H. niedriger als im Landkreis Müllheim.

Auszählungen des Arbeitsamtes Lörrach ergeben die Möglichkeit, im Bereich des Arbeitsamtsbezirkos (Landkreise Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut) einige

Wirtschaftsgruppen mit den in ihnen beschäftigten Grenzgängern in ihrer Entwicklung von 1946 bis 1956 zu verfolgen.

Grenzgänger nach der Schweiz nach Wirtschaftsgruppen
im Arbeitsamtsbezirk Lörrach

Jahr	Grenz- gänger insges.	davon entfallen auf die Wirtschafts- gruppen (bis 1953 Berufsgruppen)				
		Land- wirt- schaft	Bau- gewerbe	Metall	Textil	Chemie
1946	1.220	45	25	137	108	43
1947	2.486	63	47	287	261	18
1948	3.304	55	95	387	212	9
1949	2.850	58	122	323	186	6
1950	2.405	40	110	231	365	7
1951	6.992	101	1.268	1.142	670	73
1952	7.975	93	1.619	1.558	596	35
1953	8.346	135	1.536	1.646	861	30
1954	9.319	132	2.109	2.842	601	69
1955	11.407	142	2.472	3.664	746	142
1956	13.261	148	3.099	4.098	785	166

Zählungen des Arbeitsamtes Lörrach jeweils am 30.9.

Landwirtschaft = einschl. Gärtnerei und Forstwirtschaft
 Baugewerbe = Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe
 Metall = Eisen-u. Metallerzeugung u.-verarbeitung
 Textil = ohne Zellwoll-u. Kunstseidenherstellung
 Chemie = ohne Kunststoffherstellung (Teile)

Die Entwicklung der Wirtschaftsgruppen seit 1946 zeigt, daß vor allem im Baugewerbe und der Metallindustrie die größte Steigerung zu verzeichnen ist, während die anderen Wirtschaftsgruppen nur eine geringere Zunahme aufweisen.

Einen Überblick über die Entwicklung der drei wichtigsten Wirtschaftsgruppen (Baugewerbe, Metall, Textil) im Arbeitsamtsbezirk Lörrach gibt die graphische Darstellung in Tabelle 20.

Auch von schweizerischer Seite aus ist, jedoch erstmalig für 1956, vom Bundesamt für Industrie, Gewerbe

und Arbeit eine Aufteilung der deutschen Grenzgänger nach Berufsgruppen durchgeführt worden. Die schweizerische Gliederung nach Berufsgruppen ist anders aufgebaut als die deutsche Statistik nach Wirtschaftsabteilungen, daher ist eine genaue Gegenüberstellung der deutschen und schweizerischen Statistik nicht möglich. Nur einzelne Wirtschaftsabteilungen bzw. Wirtschaftszweige können den schweizerischen Berufsgruppen gegenübergestellt werden. Der Wirtschaftsabteilung 0 (Landwirtschaft, Tierzucht, Gärtnerei, Forst- und Jagdwirtschaft, Fischerei) entsprechen die Berufsgruppen Landwirtschaft, Gärtnerei und Forstwirtschaft, Fischerei. Die Berufsgruppe Metall- und Maschinenindustrie kann der Wirtschaftsabteilung 2 (Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung) gegenübergestellt werden. In der Berufsgruppe Baugewerbe ist das Baunebengewerbe zum Teil ausgegliedert und unter Holz- und Glasbearbeitung erfaßt, während die deutsche Statistik in der Wirtschaftsabteilung 5 das Bau-, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe zusammenfaßt. Die Berufsgruppen Lebens- und Genußmittel, Bekleidung und Reinigung, Lederindustrie, Holz- und Glasbearbeitung, Textilgewerbe und Graphisches Gewerbe sind in der Wirtschaftsabteilung 3/4 (Verarbeitendes Gewerbe) vereinigt. Die innerhalb dieser Wirtschaftsabteilung vorgenommene Unterteilung nach Wirtschaftszweigen läßt jedoch keinen genauen Vergleich mit den entsprechenden Berufsgruppen der schweizerischen Statistik zu. Dagegen lassen sich die Berufsgruppen Handel und Verwaltung, Hotel und Gastwirtschaft sowie Haushalt im großen und ganzen den entsprechenden Wirtschaftszweigen bzw. -abteilungen der deutschen Statistik gegenüberstellen.

Auf die erheblichen Differenzen zwischen der Statistik der deutschen Arbeitsämter und der Statistik des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit, die natürlich auch bei der Aufteilung nach Wirtschaftsabteilungen bzw. Berufsgruppen auftreten, ist schon an anderer Stelle hingewiesen worden. Es ist jedoch sowohl in der deutschen als auch in der schweizerischen Stati-

stik (Tabelle 21) die überragende Bedeutung der Wirtschaftszweige Metall- und Maschinenindustrie, Bau- und Baunebengewerbe, Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie und häusliche Dienste für den Grenzgängerverkehr nach der Schweiz zu erkennen.

Im Rahmen der Aufteilung nach Berufsgruppen erscheint auch ein Vergleich der Grenzgänger mit den gesamten in der Schweiz beschäftigten deutschen Arbeitskräften von Bedeutung. Der vergleichenden Statistik, die die deutschen Arbeitskräfte in der Schweiz nach Saisonarbeitern, Nichtsaisonarbeitern und Grenzgängern aufschlüsselt, liegt wieder die Veröffentlichung des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit zugrunde (Tabelle 22). Hier zeigt sich, daß in der Industrie die Zahl der Grenzgänger in allen Branchen bedeutend höher liegt als die Zahl der in der Schweiz ansässigen deutschen Arbeitskräfte. Dagegen ist der Anteil der Grenzgänger in den Berufsgruppen der Dienstleistungen (Hotel und Gastwirtschaft, Haushalt) sehr niedrig. Das ist einmal darauf zurückzuführen, daß die schweizerische Industrie sich in der Nähe der deutschen Grenze konzentriert und die von ihr beschäftigten deutschen Arbeitskräfte die Vorteile des Grenzgängerverkehrs wahrnehmen können. Andererseits liegen die Zentren der Dienstleistungsberufe meistens in den Städten der Innerschweiz und den Reise- und Ferienzielen des Alpenlandes. Weiterhin ist mit den Dienstleistungsberufen im allgemeinen freie Kost und Wohnung verbunden, so daß hier die Vorteile des Grenzgängerverkehrs, die vor allem in den im Verhältnis zur Schweiz in Deutschland geringeren Lebenshaltungskosten liegen, nicht ins Gewicht fallen.

C. Einpendlerkantone, Arbeitsorte und Berufsverkehr der Grenzgänger

Neben dem Einzugsgebiet der Grenzgänger auf deutscher Seite in den südbadischen Grenzkreisen kann eine Untersuchung der Einpendlerkantone und Arbeitsorte zur Ermittlung der wichtigsten Einzugsgebiete des Grenzgängerverkehrs in der Schweiz beitragen. Eine Aufteilung der Grenzgänger nach den Kantonen, in die sie pendeln, ist nur auf der Grundlage schweizerischer Statistiken möglich, da von deutscher Seite aus hierüber keine Erhebungen durchgeführt werden.

Die Zahlen der Grenzgänger für die Jahre 1955 und 1956 in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau sind von den zuständigen kantonalen Arbeitsämtern zur Verfügung gestellt worden. Da für den Kanton Schaffhausen vom kantonalen Arbeitsamt Schaffhausen keine Auskünfte zu erhalten waren, sind die Zahlen für diesen Kanton der Statistik des schweizerischen Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit entnommen worden. Allerdings sind bei den Angaben des Bundesamtes für 1955 die Grenzgänger der einzelnen Kantone nicht nach Nationalitäten aufgeteilt. Jedoch darf angenommen werden, daß die besondere geographische Lage des Kantons Schaffhausen Grenzgänger anderer Nationalitäten ausschließt. Die Gesamtstatistik der Grenzgänger des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit weicht von der Zusammenstellung nach Kantonen etwas ab, da die kantonalen Erhebungen an verschiedenen Stichtagen des Monats August durchgeführt wurden.

Die Gegenüberstellung der Grenzgänger in den einzelnen Kantonen in den Jahren 1955 und 1956 läßt erkennen, daß der Grenzgängerverkehr, mit Ausnahme des Kantons Baselland, in allen Grenzkantonen der Schweiz zugenommen hat. Den größten Zuwachs haben die Kantone Basel-Stadt und Aargau mit zusammen über 3.000 Grenzgängern aufzuweisen. Dagegen ist im Kanton Baselland mit 1.200 Grenzgängern eine erhebliche Abnahme festzustellen (Tabelle 24).

Der Rückgang des Grenzgängerverkehrs im Kanton Baselland geht vor allem zu Lasten der im Haushalt beschäftigten Grenzgänger. Während bei den meisten Berufsgruppen eine Zunahme zu verzeichnen ist, sind von 1955 bis 1956 über 700 im Haushalt tätig gewesene Grenzgänger abgewandert. Auch in der Berufsgruppe Landwirtschaft und Gärtnerei läßt sich im gleichen Zeitraum eine Abnahme von 190 Grenzgängern feststellen. Der überdurchschnittliche Zuwachs an Grenzgängern im Kanton Basel-Stadt ist wahrscheinlich zum Teil auf die aus dem Kanton Baselland abgewanderten Grenzgänger zurückzuführen. Die Gründe des Arbeitsplatzwechsels liegen auf der Hand, da in der Stadt im Haushalt höhere Löhne gezahlt werden, die Arbeitsbedingungen meist besser sind als in ländlichen Haushalten und die Stadt Basel von deutscher Seite aus schnell und bequem zu erreichen ist.

Als Einpendlerkanton steht der Kanton Aargau beim Grenzgängerverkehr an der Spitze. Im Jahre 1956 pendelten über 6.800 Grenzgänger in diesen Kanton. Danach kommen in der Reihenfolge die Kantone Basel-Stadt, Baselland, Schaffhausen, Thurgau und Zürich. In Hinblick auf die politische Grenzziehung der Kantone ist allerdings eine andere Zusammenfassung der Einpendlergebiete angebracht. Von den kantonalen Arbeitsämtern erhaltene Informationen haben ergeben, durch Einzeluntersuchungen und Befragungen bestätigt, daß sich der Grenzgängerverkehr im Kanton Baselland fast ausschließlich auf die in unmittelbarer Nähe der Stadt Basel gelegenen Gemeinden des Kantons Baselland konzentriert. Diese Gemeinden können nach ihrer Lage schon als Vororte Basels angesprochen werden. Infolgedessen sind die Kantone Basel-Stadt und Baselland als ein geschlossenes Einpendlerzentrum des Grenzverkehrs anzusehen, in das über ein Drittel aller deutschen Grenzgänger nach der Schweiz pendelt.

Die Tabelle 24 bringt eine Gesamtaufstellung der deutschen Grenzgänger im Jahre 1956 in den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau nach Geschlecht und Berufsgruppen.

Die Aufgliederung nach dem Geschlecht in der schweizerischen Gesamtstatistik des Grenzgängerverkehrs entspricht auch der Statistik der deutschen Arbeitsämter und weist einen Anteil der weiblichen Grenzgänger an der Gesamtzahl von einem Drittel auf. In den Kantonen Basel-Stadt, Aargau, Zürich und Schaffhausen entspricht die Verteilung der männlichen und weiblichen Grenzgänger etwa dem allgemeinen Durchschnitt. Dagegen überwiegt im Kanton Thurgau die Zahl der weiblichen Grenzgänger etwas. Das läßt sich darauf zurückführen, daß die Grenzgänger, die in diesen Kanton pendeln, vorzugsweise im Textil-, Bekleidungs- und Ledergewerbe sowie in der elektrotechnischen und feinmechanischen Industrie beschäftigt sind. Im Kanton Baselland ist über ein Drittel aller Grenzgänger im Baugewerbe tätig, wodurch der bei weitem größere Anteil der männlichen Grenzgänger zu erklären ist.

Bei einer Aufteilung des Grenzgängerverkehrs nach Arbeitsorten in den einzelnen Kantonen tritt die Bedeutung der Stadt Basel und der umliegenden Gemeinden als Zentrum des Grenzgängerverkehrs wieder deutlich in Erscheinung, da dort ein Drittel aller deutschen Grenzgänger nach der Schweiz Arbeitsplätze gefunden hat. Im Kanton Aargau konzentriert sich der Grenzgängerverkehr auf die Metall-, Maschinen- und Elektroindustrie im Raum Brugg-Turgi-Baden, die Bekleidungsindustrie in Zurzach, die Textilindustrie im Raum Untersiggenthal-Turgi-Wettingen, die Möbelindustrie in den Gemeinden Klingnau-Döttingen und die Schuhindustrie in Zurzach, Möhlin, Frick und Dottikon. Hauptanziehungspunkte des Grenzgängerverkehrs im Kanton Zürich sind die Stadt Winterthur und die Gemeinden Rheinau, Bülach, Glattfelden und Pfungen. Der Kanton Schaffhausen weist mit der Stadt Schaffhausen und dem benachbarten Neuhausen ein einziges großes Zentrum des Grenzgängerverkehrs auf. Im Kanton Thurgau ist vor allem die unmittelbar an die Stadt Konstanz angrenzende Stadt Kreuzlingen ein zentraler Arbeitsort des Grenzgängerverkehrs, in den rund die Hälfte aller Grenzgänger des Kantons pendelt. Hier liegt der größte Anteil

bei den weiblichen Grenzgängern in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Weitere Arbeitsorte der Grenzgänger im Kanton Thurgau sind Stein a.Rh., Steckborn, Berlingen, Ermatingen, Weinfelden und Frauenfeld.

In Verbindung mit den Arbeitsorten in der Schweiz verdient auch der Berufsverkehr der Grenzgänger Beachtung. An Hand der Einzugsgebiete des Grenzgängerverkehrs auf deutscher Seite und der Arbeitsorte in der Schweiz läßt sich feststellen, daß ein großer Teil der Grenzgänger, vor allem in den Räumen Basel und Kreuzlingen, wie auch zum Teil in Schaffhausen, zum Arbeitsplatz selten mehr als 10 oder 15 km zurückzulegen hat. Bei den aus Lörrach und Weil nach Basel und aus Konstanz nach Kreuzlingen pendelnden Grenzgängern kann sogar von einer innerstädtischen Pendelwanderung gesprochen werden, denn in vielen Großstädten legen die Pendler oft innerhalb der Gemarkungsgrenzen einen bedeutend weiteren Weg zurück. Ein längerer Anfahrtsweg liegt bei den auf deutscher Seite weiter zurückliegenden Wohngemeinden und den grenzferneren Arbeitsorten der Grenzgänger in der Schweiz vor.

Eine Ermittlung der Anfahrtswege der Grenzgänger wurde in dem am weitesten von der deutsch-schweizerischen Grenze entfernten Landkreis Müllheim durchgeführt. Von den am 1. August 1956 ermittelten 485 Grenzgängern des Landkreises Müllheim waren 323 im Kanton Basel-Stadt, 159 im Kanton Baselland und 4 im Kanton Aargau beschäftigt. Von den 159 Grenzgängern des Kantons Baselland wiederum arbeiteten 133 in Gemeinden bis zu einer Entfernung von 10 km von Basel-Stadtmitte und 11 in Riehen, also diesseits des Rheins.

Anfahrtsweg zur Arbeitsstelle der Grenzgänger
des Landkreises Müllheim am 1.8.1956
 (Mittel Bahn- Straßen- Kilometer)

Anfahrtsweg	Grenzgänger	in v.H.
bis 20 km	53	11
21 - 30 km	171	35
31 - 40 km	179	37
über 40 km	82	17
zusammen	485	100
=====		

Bei der Auswertung der Anfahrtswege der Grenzgänger des Landkreises Müllheim zeigt sich, daß 54 v.H. aller Grenzgänger des Kreises einen Anfahrtsweg zur Arbeitsstelle von über 30 km haben, also täglich 60 und mehr km zurücklegen müssen. Auch die Grenzgänger des oberen Wiesentals, die ausschließlich in Basel und Umgebung arbeiten, haben Anfahrtswege von 30 und 40 km von der Wohngemeinde zur Arbeitsstelle zurückzulegen.

Nach einer Mitteilung der Georg-Fischer A.G. in Schaffhausen legen die dort beschäftigten 730 Grenzgänger, abgesehen von den Arbeitskräften aus dem Jestetter Zipfel und der Exklave Büsingen, im Durchschnitt eine Strecke von 15 bis 20 km von ihrer Wohngemeinde zum Arbeitsplatz zurück. Bei den Grenzgängern der Stadt Waldshut beträgt die Anfahrtsstrecke zum Arbeitsort bei 50 v.H. aller Grenzgänger, die in der Stadt Baden arbeiten, etwa 25 km. Die in Dottikon beschäftigten Grenzgänger der Stadt Waldshut haben sogar über 40 km zurückzulegen. Die längste Anfahrtsstrecke weisen die hauptsächlich in Basel und Umgebung beschäftigten Grenzgänger aus den Kreisen Freiburg-Stadt und Freiburg-Land mit 60 und mehr km auf.

Die Verkehrsverhältnisse liegen in den hauptsächlich von den Grenzgängern befahrenen Strecken im allgemeinen sehr gut. Es wurde schon angedeutet, daß an der Strecke Basel-Freiburg ein reger Grenzgängerverkehr zu verzeichnen ist. Von Freiburg aus ist Basel mit der Bundesbahn in einer knappen Stunde zu erreichen und für die Grenzgänger des Landkreises Müllheim besteht auch die Möglichkeit des Zusteigens in Eil- und D-Züge in Müllheim. Außerdem handelt es sich hier um eine relativ stark befahrene Strecke. Auch die Bundesstraße 3 bietet gute Fahrmöglichkeiten für motorisierte Grenzgänger. Der südliche Teil der Bundesbahnstrecke Freiburg-Basel ist ab Efringen-Kirchen durch Nahverkehrsbetrieb mit dichter Zugfolge ausgestattet. Der Zubringerverkehr von abgelegenen Gemeinden wird durch die Omnibusse der Bundesbahn und der Bundespost bewältigt.

Gute Verkehrsmöglichkeiten bestehen auch aus dem Wiesental nach Basel. Lörrach ist mit einer Linie an das Basler Straßenbahnnetz angeschlossen. Bis Zell bewältigt die elektrifizierte Nahverkehrsstrecke der Bundesbahn den Berufsverkehr nach Basel. Auch die gutausgebaute Bundesstraße 317, die durch das gesamte Wiesental nach Basel führt, trägt zu den günstigen Verkehrsverhältnissen bei.

Auf schweizerischer Seite besteht durch den auf schweizerischem Gebiet gelegenen Badischen Bahnhof der deutschen Bundesbahn eine direkte Umsteigemöglichkeit in die Straßenbahn der Stadt Basel. Mit der Basler Straßenbahn lassen sich außer dem gesamten Stadtgebiet auch die umliegenden Gemeinden Aesch, Allschwil, Binningen, Birsfelden, Muttenz, Neuaesch, Neuallschwil, Pratteln und Reinach, die schon zum Kanton Baselland gehören, erreichen. Andere Orte sind gut mit der Schweizer Bundesbahn und Omnibussen zu erreichen.

Für das übrige Grenzgebiet haben vor allem die Bahnlinien der Deutschen und der Schweizer Bundesbahn, die beiderseits des Rheins entlangführen, für den Grenzgängerverkehr Bedeutung. Hierbei ist besonders günstig, daß die diesseits des Rheins liegende deutsche Bahnstrecke durch schweizerisches Gebiet führt und die Stadt Schaffhausen berührt. Die Anschlüsse der großen schweizerischen Industriegemeinden an das deutsche Straßennetz liegen ebenfalls sehr günstig.

Die Frage nach den Verkehrsverbindungen wirft auch gleichzeitig die Frage nach den von den Grenzgängern benutzten Verkehrsmitteln auf. Eine Ermittlung nach dem Umfang und der Art der von den Grenzgängern benutzten Verkehrsmittel war nicht möglich. Auf Grund von Befragungen einzelner Grenzgänger konnte festgestellt werden, daß im allgemeinen bei längeren Anfahrtstrecken die Bundesbahn bevorzugt wird, soweit eine günstige Anschlußmöglichkeit besteht. Dies gilt vor allem für die Wintermonate, wenn der Straßenzustand die Fahrt für die meist mit Motorrädern ausgestatteten Grenzgänger zu

zeitraubend und gefährlich macht. Es ist anzunehmen, daß ein großer Teil der Grenzgänger Kraftfahrzeuge, vor allem Motorräder, besitzt, da ihnen die günstigen Verdienstmöglichkeiten in der Schweiz eine Anschaffung erleichtern und für die Benutzung der Kraftfahrzeuge erhebliche Steuerfreibeträge gewährt werden. Die Entwicklung der Motorisierung (Motorräder) in den Landkreisen des Grenzgebietes dürfte mit dem Grenzgängerverkehr in Verbindung zu bringen sein.

Motorisierung (Krafträder) in den Landkreisen
Müllheim, Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz

Quelle: Institut für Raumforschung Bonn - Kreismappe

Krafträder insgesamt

Landkreis	1951	1952	1953	1954	1955
Müllheim	1.876	2.368	3.153	3.649	3.896
Lörrach	3.467	4.616	6.492	7.189	7.804
Säckingen	2.258	3.011	4.121	4.669	4.974
Waldshut	2.831	3.649	4.773	5.134	5.528
Konstanz	4.267	5.866	7.891	8.656	9.325

Krafträder je 1000 Einwohner

Landkreis	1951	1952	1953	1954	1955
Müllheim	38,8	47,8	62,4	70,3	75,1
Lörrach	31,3	40,4	55,3	59,2	62,7
Säckingen	43,5	55,7	74,1	81,4	85,3
Waldshut	51,0	64,1	81,7	86,2	90,8
Konstanz	35,5	44,9	58,2	62,4	65,3

Land Baden- Württemberg	33,2	41,5	51,9	57,5	59,9
Bundes- republik	24,5	32,6	40,9	46,4	48,6

Die vorliegenden Tabellen zeigen, daß sich der Kraftradbestand 1955 gegenüber 1951 in allen Landkreisen des Grenzgebietes um mehr als das Doppelte erhöht hat. Der Kraftradbestand je 1.000 Einwohner übersteigt in den Grenzkreisen, zum Teil sehr erheblich, den Landes- und vor allem den Bundesdurchschnitt.

Außer Motorrädern und Mopeds werden in der letzten Zeit auch Kraftwagen von den Grenzgängern für den Berufsverkehr verwendet. Meistens schließen sich mehrere Grenzgänger zusammen, um die Anschaffung und den Unterhalt eines Kraftwagens für Zwecke des Berufsverkehrs rentabel zu machen. So konnten in der Stadt Müllheim drei Personenwagen festgestellt werden, die von vier bis fünf Grenzgängern gemeinsam unterhalten werden.

Ein kombinierter Bahn-Straßen-Verkehr wird oft dort beobachtet, wo der Grenzgänger von seiner Wohngemeinde bis zur nächsten Bahnstation eine größere Strecke zurückzulegen hat. Er benutzt vom Wohnort bis zur Bahnstation, je nach Länge der Strecke, ein Fahrrad, Moped oder Motorrad, das er im Bahnhof abstellt und nach der Rückfahrt auf der Bahn wieder abholt. Manche Grenzgänger ziehen den Berufsverkehr mit der Bundesbahn aus persönlichen Erwägungen vor. Als Argumente werden dabei das bequemere und sichere Reisen sowie die Garantie des Einhalts der Arbeitszeit angeführt. Sie können, da sie auf einen bestimmten Zug angewiesen sind, vom Arbeitgeber nicht zu Überstunden oder einer gewissen Überschreitung der Arbeitszeit angehalten werden. Oft werden dabei auch noch einige Minuten gespart, da der Arbeitgeber, wenn er den Grenzgänger als tüchtige Arbeitskraft schätzt und nicht verlieren will, diesen gern einige Minuten früher gehen und kommen läßt, wenn die Verkehrszeiten des Berufsverkehrs entsprechend liegen.

Für die Grenzgänger besteht auch in gewissem Umfang ein Berufswerksverkehr der schweizerischen Unternehmen und Berufsverkehr privater Omnibusunternehmer, die sich allerdings nicht erfassen lassen. Als Beispiel sei hier nur die Stadt Waldshut angeführt, aus der die Schuhfabrik Bally ihre Arbeitskräfte im Berufswerksverkehr nach Dottikon und zurück fährt. Auch ein Omnibusunternehmer aus Hohentengen führt auf eigene Rechnung einen Berufsverkehr zwischen Waldshut und Glattfelden durch.

D. Grenzgänger und Arbeitsmarkt

In Verbindung mit dem Grenzgängerverkehr nach der Schweiz ist ein kurzer Überblick über den Arbeitsmarkt im südbadischen Grenzgebiet unerlässlich. Hierbei sollen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der Arbeitsamtsbezirke Lörrach und Konstanz (Landkreise Müllheim, Lörrach, Säckingen, Waldshut und Konstanz sowie der südliche Teil der Landkreise Stockach und Überlingen) untersucht werden.

In der Zeit vor und kurz nach der Währungsreform lagen die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt des Grenzgebietes sehr ungünstig, da infolge der Zuwanderung von Heimatvertriebenen und Ausgebombten, in Verbindung mit der durch die Nachkriegsverhältnisse und Demontagen darniederliegenden Industrie, nicht genug Arbeitsplätze vorhanden waren. Zu dieser Zeit waren die Arbeitsämter froh, wenn sie so viele Grenzgänger wie möglich nach der Schweiz vermitteln konnten. Im Jahre 1950 waren z.B. im Arbeitsamtsbezirk Lörrach nur 3 v.H. aller Arbeitnehmer Grenzgänger, deren Anteil sich 1951 auf fast 8 v.H. erhöhte und seitdem laufend weiter ansteigt.

Arbeitnehmer und Grenzgänger im Arbeitsamtsbezirk Lörrach

Quelle: Arbeitsamt Lörrach

Stichtag	Arbeitnehmer insgesamt	Grenzgänger n.d.Schweiz insges.	in v.H.
30.6.1948	57.754	2.205	3,8
30.9.1950	79.542	2.405	3,0
30.9.1951	88.543	6.992	7,9
30.9.1952	92.401	7.975	8,6
30.9.1953	96.580	8.346	8,6
30.9.1954	101.105	9.319	9,2
30.9.1955	105.034	11.407	10,9
30.9.1956	110.036	13.261	12,1

Bei einer Betrachtung des Arbeitsmarktes in den Arbeitsamtsbezirken Lörrach und Konstanz stellt sich heraus, daß im September 1956 den mehr als 16.000 deutschen Grenzgängern nur etwa 2.600 offene Stellen gegenüberstehen. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß nach Lage der

Dinge nur ein sehr geringer Teil der Grenzgänger noch auf deutscher Seite beschäftigt werden könnte. Die Zahl der Arbeitslosen und sonstigen Arbeitssuchenden engt die Anzahl der offenen Stellen noch weiter ein.

Arbeitsmarkt und Grenzgänger in den Arbeitsamtsbezirken Lörrach und Konstanz

Stichtag: 30. September 1956

Quelle: Arbeitsämter Lörrach und Konstanz

Arbeitsmarkt	Arbeitsamtsbezirke	
	Lörrach	Konstanz
Arbeitnehmer insgesamt	110.036	75.603
davon Grenzgänger nach der Schweiz	13.261	2.995
Grenzgänger in v.H. aller Arbeitnehmer	12,1	3,9
offene Stellen	1.528	1.084
Arbeitslose	547	400
sonstige Arbeitsuchende	274	267

Die regionalen Gegebenheiten des Arbeitsmarktes in den Grenzkreisen schränken die Möglichkeiten der Beschäftigung der Grenzgänger auf deutscher Seite sehr ein. Vielfach sind die Hauptauspendlergebiete der Grenzgänger in anderen Gebieten zu finden als dort, wo noch Arbeitsplätze vorhanden sind. Eine Aufteilung nach Arbeitnehmern und Grenzgängern in den Landkreisen des Arbeitsamtsbezirktes Lörrach 1955 zeigt das sehr deutlich.

Arbeitnehmer und Grenzgänger in den Landkreisen des Arbeitsamtsbezirktes Lörrach

Stichtag: 30. September 1955

Quelle: Arbeitsamt Lörrach

Arbeitnehmer und Grenzgänger	L a n d k r e i s e			
	Lörrach	Müllheim	Säckingen	Waldshut
Arbeitnehmer insges.	50.230	11.243	21.972	21.589
im Bez. Beschäftigte	45.055	10.634	20.273	16.601
Grenzgänger insges.	4.710	389	1.502	4.806
in v.H. aller Arbeitnehmer	9,4	3,5	6,9	22,4

In dem geographisch mit der Schweiz sehr eng verflochtenen und industriearmen Landkreis Waldshut liegt der

Anteil der Grenzgänger an den gesamten Arbeitnehmern weitaus höher als in den übrigen Landkreisen. Hier wäre auch die mögliche Unterbringung der Grenzgänger in Arbeitsplätzen auf deutscher Seite am meisten problematisch. Dagegen schneiden die Landkreise Müllheim und Säckingen sowie die Landkreise des Arbeitsamtsbezirks Konstanz, wenn auch zum Teil nur als Gesamtgebiet, noch relativ gut ab.

Sicher hat der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz zu einer fühlbaren Entlastung des Arbeitsmarktes im südbadischen Grenzgebiet beigetragen, aber eine Rückkehr der Grenzgänger nach Deutschland, die ja im Bereich des Möglichen liegt, würde die Arbeitsämter auf deutscher Seite vor unlösbare Aufgaben stellen.

Dritter Teil

Ursachen und wirtschaftliche Folgen
des konjunkturellen GrenzgängerverkehrsA. Das Lohngefälle Schweiz-Deutschland

Bei den Ausführungen über die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs ist schon darauf hingewiesen worden, daß ein Teil der Grenzgänger nach der Schweiz zu den strukturellen Grenzgängern zu zählen ist. Zwar ist dieser strukturelle Grenzgängerverkehr nicht zu erfassen, doch ergibt sich dieser allein schon durch die geographische Lage vieler Gemeinden des südbadischen Grenzgebietes. Die Erwerbstätigen in diesen Gemeinden sind meist schon seit Jahrzehnten auf Arbeitsplätze in der Schweiz angewiesen. Da sich die Industrie beiderseits des Rheins ungleich entwickelt hat, wird durch den strukturellen Grenzgängerverkehr ein gewisser Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt des deutschen Grenzgebietes herbeigeführt. Dies gilt auch besonders für den Ausgleich zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften, da auf deutscher Seite gewisse Strukturmängel in bezug auf männer- und frauenbeschäftigende Industriezweige festzustellen sind. Hier sei auf die Textilindustrie im Wiesental, die chemische Industrie in den Räumen Grenzach-Wyhlen und Wehr und die Metallindustrie in Rheinfelden und Singen hingewiesen. Wanderungen über die Grenze sind daher notwendig und vor allem die deutschen Gemeinden um den Kanton Schaffhausen herum sind ganz zu den strukturellen Grenzgängergebieten zu zählen.

Die konjunkturellen Grenzgänger machen sich in erster Linie das zwischen Deutschland und der Schweiz bestehende Lohngefälle zunutze. Der Anreiz, den das Lohngefälle Schweiz-Deutschland für den Grenzgänger bildet, soll nun in Form eines Lohnvergleichs zwischen Deutschland und der Schweiz untersucht werden.

Zwischen der Lohn- und Gehaltserhebung, die in der Schweiz jährlich einmal durchgeführt wird (Oktober),

und der deutschen Lohnsummenerhebung bestehen geringfügige methodische Unterschiede. Wenn bei den nachfolgenden Untersuchungen aus den Ergebnissen der beiden genannten Erhebungen Schlüsse auf das Lohnniveau gezogen werden, so sind dabei einige Einschränkungen zu beachten.

Bei der deutschen Lohnsummenerhebung werden alle Arbeitskräfte bestimmter Gewerbegruppen nur nach der Qualifikation, nicht aber nach dem Alter gegliedert, erfaßt. Dagegen unterscheidet die schweizerische Statistik zwischen Erwachsenen und Jugendlichen. Als Jugendliche gelten dabei alle Arbeitskräfte, die das 18. (in der Metallindustrie das 20.) Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Bei einer Gegenüberstellung der absoluten Werte einzelner Arbeitergruppen ist deshalb auch der Vergleich nicht ganz genau.

Die Gesamtergebnisse der schweizerischen Statistik gelten nicht nur für die Industrie, sondern auch für Handwerk und Handel sowie für private Verkehrsanstalten. Doch können sie mit den Ergebnissen der deutschen Lohnsummenerhebungen verglichen werden, da der Einfluß der Industrie so groß ist, daß die Durchschnittswerte für alle erfaßten Wirtschaftsbereiche nur etwa 1 v.H. von denen für die Industriearbeiter abweichen.

Die Gliederung in Gewerbegruppen bzw. Erwerbszweige ist in Deutschland und in der Schweiz verschieden. Aus dem Erwerbszweig "Metall- und Maschinenindustrie" wird bei der eidgenössischen Statistik die "Uhren- und Schmuckwarenindustrie" ausgegliedert, während bei der deutschen Statistik der Metallverarbeitenden Industrie auch die Uhrenindustrie zugeordnet ist, die Schmuckwarenindustrie jedoch mit anderen kleineren Gewerbebezweigen zu einer besonderen Gruppe zusammengefaßt wird. Um eine fundierte Beurteilung der Löhne in der Metallindustrie zu gewährleisten, ist es notwendig, außer den Zahlen für den Erwerbszweig "Metall- und Maschinenindustrie" jeweils auch die des Erwerbszweiges "Uhren- und Bijouterieindustrie" zu geben, da sich die Löhne in den einzelnen Erwerbszweigen verschieden entwickeln.

Dem schweizerischen Erwerbszweig "Bekleidung und Ausrüstung" sind auch die Schuhindustrie und die Wirkereien zugeordnet, während bei der deutschen Statistik sowohl die Wirkereien als auch die Ausrüstungsbetriebe zur Textilindustrie gerechnet werden und die Schuhindustrie eine eigene Gewerbegruppe darstellt. Eine gesonderte Berechnung für die Textilindustrie ohne Wirkereien und Ausrüstungsbetriebe ist nicht möglich. Bei allen Vergleichen sind deshalb die Erwerbszweige "Bekleidung und Ausrüstung" und "Textilindustrie" einerseits und die Gewerbegruppen "Schuhindustrie", "Textilindustrie" und "Bekleidungsgewerbe" andererseits heranzuziehen. Die beiden genannten schweizerischen Erwerbszweige zusammen umfassen etwa denselben Teil der Industrie, der deutscherseits in die drei Gewerbegruppen gegliedert wird. Ein Vergleich der Entwicklungstendenzen dürfte trotz Verschiedenheit der Gliederung ohne Bedenken möglich sein. Eine Aussage über die absolute Höhe der Effektivverdienste kann nur mit Einschränkungen gemacht werden.

Die Aufgliederung nach Gewerbegruppen bzw. Erwerbszweigen ist für die - im Grenzgängerverkehr sehr wichtigen - Industriegruppen Textil-Bekleidung-Schuhe und Metall- und Maschinenindustrie vorgenommen worden. Die Entwicklung der Löhne im Baugewerbe läßt sich zwar für Baden-Württemberg und Südbaden verfolgen, doch sind in der schweizerischen Statistik die Löhne des Bau- und Baubergwerbes nicht gesondert ausgewiesen, so daß hier kein Vergleich möglich ist. Allerdings verläuft die Entwicklung der Löhne im schweizerischen Baugewerbe mit der Lohnentwicklung der schweizerischen Metall- und Maschinenindustrie parallel, so daß die Entwicklung der Löhne in der Metall- und Maschinenindustrie gleichzeitig die Entwicklung der Löhne im Baugewerbe widerspiegelt.

Ein Vergleich der schweizerischen Lohnentwicklung mit der Lohnentwicklung in Baden-Württemberg zeigt, daß zwar sowohl in der Schweiz als auch in Baden-Württemberg die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne seit der Vorkriegszeit bis 1955 um etwa 130 v.H. gestiegen sind, daß aber

diese Steigerungen nicht gleichmäßig und in beiden Ländern nicht zum gleichen Zeitpunkt erfolgten. Während in der Schweiz die Löhne in den Jahren 1943 bis 1948 sprunghaft anstiegen und seitdem nur geringfügig erhöht wurden, galt in den genannten Jahren in Baden-Württemberg noch der Lohnstop und erst seit 1950 kann von einer steigenden Tendenz der Löhne gesprochen werden, die noch heute anhält (siehe Tabelle 25).

In beiden Ländern ist zweifellos die Tendenz zu einer Nivellierung der Löhne zu erkennen. Die Indexziffern der Bruttostundenverdienste ungelernter, weiblicher und jugendlicher Arbeiter liegen beträchtlich über denen der gelernten Arbeiter. Während die Anlage der Statistik in Baden-Württemberg einen Schluß auf die Steigerung der Löhne Jugendlicher nicht erlaubt, fällt bei einer Betrachtung der schweizerischen Statistik besonders die enorme Steigerung der Bruttostundenverdienste jugendlicher Arbeiter auf.

Überhaupt ist festzustellen, daß die Indexziffern der Bruttostundenverdienste der Gesamtarbeiterschaft zwar in beiden Ländern nicht sehr verschieden sind, aber bei den einzelnen Arbeiterkategorien - bis auf die gelernten Arbeiter - erhebliche Unterschiede vorliegen. Den scheinbaren Ausgleich bewirkt lediglich die verschiedenartige Zusammensetzung der Gesamtarbeiterschaft.

Von den Indexziffern der Gesamtindustrie kann noch nicht auf die Entwicklung in den einzelnen Industriegruppen geschlossen werden. Deshalb ist eine Aufteilung der Indexziffern auf die einzelnen Erwerbszweige bzw. Gewerbegruppen notwendig (siehe Tabelle 26). Hierbei zeigt sich, daß in der Metall- und Maschinenindustrie sowohl in der Schweiz als auch in Baden-Württemberg eine Erhöhung der Löhne seit der Vorkriegszeit bis 1955 um etwa 126 v.H. festzustellen ist. Jedoch wird die schweizerische Indexziffer, durch den Ausschluß der Uhrenindustrie aus diesem Erwerbszweig bedingt, noch etwas höher anzusetzen sein. In der Textil- und Bekleidungsindustrie liegen die schwei-

zerischen Indexziffern im Durchschnitt rund 10 v.H. höher als in Baden-Württemberg. Bei der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (wegen der geringen Bedeutung für den Grenzgängerverkehr nicht aufgeführt) liegen die Indexziffern mit 222 v.H. (Schweiz) und 220 v.H. (Baden-Württemberg) 1955 in beiden Ländern fast auf gleicher Höhe.

Nachdem ein Vergleich der Indexziffern die allgemeine Entwicklungstendenz aufgezeigt hat, wird eine Untersuchung der Effektiv-Verdienste - deren Höhe letzten Endes für den Grenzgänger entscheidend ist - Aufschluß darüber geben, ob ein Arbeiter in der Schweiz besser bezahlt wird als im südbadischen Grenzraum an entsprechender Stelle.

Das vorhandene statistische Material ermöglicht nur eine Aussage über die effektive Höhe der durchschnittlichen Brutto- S t u n d e n verdienste. Aus der schweizerischen Statistik ist nicht zu entnehmen, wie hoch die effektiven Brutto- W o c h e n verdienste waren bzw. sind. Eine Zusammenstellung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in der Schweiz und Baden-Württemberg zeigt, daß die Löhne in den einzelnen Arbeiterkategorien in der Schweiz bedeutend höher liegen als in Baden-Württemberg. Die größte Differenz ist bei den gelernten Arbeitern zu verzeichnen, wo die schweizerischen Löhne um rund 46 v.H. höher liegen als die entsprechenden Löhne in Baden-Württemberg (siehe Tabelle 27).

Aufschlußreicher wird eine Untersuchung der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in den einzelnen Industriezweigen der Schweiz, Baden-Württembergs und Südbadens, da die Struktur der Gesamtindustrie verschieden ist und die Möglichkeit besteht, daß die schweizerischen Löhne nur deshalb beträchtlich über denen von Baden-Württemberg liegen, weil in der Schweiz Industriegruppen mit höherem Lohnniveau überwiegen. Die verschiedenartige Anlage der deutschen und schweizerischen Statistiken zwingt zu einer Beschränkung des Vergleichs auf die Arbeitergruppe der Gelernten (Facharbeiter), da sie die einzige Gruppe ist, für die vergleichbare Werte vorliegen.

Die Übersicht über die Löhne der Facharbeiter in verschiedenen Industrien der Schweiz, Baden-Württembergs und Südbadens (siehe Tabelle 28) zeigt, daß sowohl die effektiven Stundenlöhne in Rappen als auch die in Pfennig umgerechneten schweizerischen Stundenlöhne erheblich über denen Baden-Württembergs und Südbadens liegen.

Von Bedeutung für den Grenzgängerverkehr ist aber auch die Tatsache, daß die Arbeiter in der Schweiz zwar seit 1949 - in Rappen gemessen - ständig höhere Stundenlöhne erhalten, jedoch der Wert dieser Stundenlöhne - auf Pfennig umgerechnet - von Jahr zu Jahr geringer wurde und erst 1954 wieder angestiegen ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß zur Zeit die Arbeiterlöhne in der Schweiz noch bedeutend höher als in Baden-Württemberg und Südbaden liegen, aber im Laufe der letzten Jahre eine gewisse Annäherung zu verzeichnen ist. Eine Aussage über die Nettoverdienste, die sozialen Leistungen und die Höhe der Abzüge ist nicht möglich, da die verschiedenartigen Verhältnisse in der Schweiz und Baden-Württemberg bzw. Südbaden und die Schwierigkeit, derartige komplexe Tatbestände statistisch zu erfassen, eine Aufstellung von vergleichbaren Zahlenreihen beträchtlich erschweren.

Die dem deutschen Grenzgänger gezahlten schweizerischen Löhne sind den schweizerischen Lebenshaltungskosten angepaßt, denn mit dem gleichen Lohn muß der schweizerische Arbeitnehmer seinen Lebensunterhalt in der Schweiz bestreiten. Daher muß bei einem Vergleich der deutschen und schweizerischen Löhne auch die Verschiedenheit des Preisgefüges in Deutschland und der Schweiz berücksichtigt werden, soweit es die Preise für Güter der Lebenshaltung betrifft. Dieser Vergleich kann allerdings nicht ausschließlich über den offiziellen Wechselkurs vorgenommen werden. Das Statistische Bundesamt hat einen Versuch unternommen, die Lebenshaltungskosten zwischen Deutschland und verschiedenen anderen Staaten, darunter die Schweiz, zu vergleichen (Wirtschaft und Statistik, 6.Jg. NF, Heft 11 - 1954, S.516 ff.). Hier wurden die Preise für eine reprä-

sentative Auswahl von Waren und Leistungen der Lebenshaltung in den zu vergleichenden Ländern beschafft, für jede einzelne Ware und Leistung ein besonderes Preisverhältnis berechnet und für diese Preisverhältnisse aller Waren und Leistungen der Lebenshaltung ein gewogenes arithmetisches Mittel gebildet. Zusätzlich gebildete Zwischengruppen für Ernährung, Wohnung, Bekleidung usw. geben Beurteilungsmaterial für das Gesamtergebnis. Die Berechnung des Kaufkraftverhältnisses ergibt den Ausgabenbetrag, den eine deutsche Haushaltung der mittleren Verbrauchergruppe aufwenden muß, wenn sie in der Schweiz die gleiche Lebenshaltung beibehalten will. Das Verbrauchsschema für die gesamte Lebenshaltung und die einzelnen Gruppen stellt sich folgendermaßen dar (Juli 1952):

DM-Ausgabenbetrag in v.H. des Ausgabenbetrages
in Franken bei gleicher Lebenshaltung

Lebenshaltung gesamt	79,84
Ernährung	74,00
Getränke und Tabakwaren	177,30
Wohnung (Miete Altbau)	78,75
Heizung und Beleuchtung	62,79
Bekleidung	93,63
Hausrat	92,65
Reinigung und Körperpflege	63,68
Bildung und Unterhaltung	80,68
Verkehr	72,53

Da die Preisentwicklung in der Bundesrepublik und in der Schweiz fast gleich verlaufen ist, weicht der DM-Ausgabenbetrag in v.H. des Ausgabenbetrages in Franken bei gleicher Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 1955 kaum von der entsprechenden Zahl im Jahre 1952 ab und liegt für die gesamte Lebenshaltung bei 79,85. Daher ist das Verbrauchsschema auch noch für 1955 anwendbar, wenn auch in einzelnen Gruppen der Lebenshaltung eine Verschiebung eingetreten sein kann, die sich aber im Gesamtergebnis wieder ausgleicht. Eine Zusammenstellung der entsprechenden Lebenshaltungskosten in Deutschland und der Schweiz ermöglicht, nach Umrechnung der schweizerischen Lebenshaltungs-

kosten in DM, die Ermittlung des Kaufkraftgewinns, den ein Grenzgänger in der Bundesrepublik macht (siehe Tabelle 29). Eine graphische Darstellung zeigt die Differenz der einzelnen Gruppen der Lebenshaltungskosten zwischen Deutschland und der Schweiz (siehe Tabelle 30).

Der Berechnung des Kaufkraftvergleichs Deutschland-Schweiz liegen die monatlichen Ausgaben einer Arbeitnehmerhaushaltung mit vier Personen (mittlere Verbrauchergruppe) für die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 1955 zugrunde. Die DM-Ausgabenbeträge für die Gesamtlebenshaltung und die einzelnen Zwischengruppen wurden mit Hilfe des Verbrauchsschemas für den Kaufkraftvergleich auf die entsprechenden Fr.-Ausgabenbeträge bei gleicher Lebenshaltung umgelegt und dann wieder in DM umgerechnet. Die Differenz zwischen den DM-Ausgabebeträgen für die Lebenshaltung in Deutschland und den in DM umgerechneten Fr.-Ausgabebeträgen für die gleiche Lebenshaltung in der Schweiz ergibt den Kaufkraftgewinn. Der Kaufkraftvergleich zeigt, daß ein schweizerischer Arbeitnehmer für die gleiche Lebenshaltung bedeutend höhere Ausgaben hat als ein deutscher Arbeitnehmer. In der Gesamtberechnung der Lebenshaltung ergibt sich für den deutschen Grenzgänger ein Kaufkraftgewinn von rund 20 v.H. In den einzelnen Gruppen der Lebenshaltung liegt der Kaufkraftgewinn bei Heizung und Beleuchtung mit rund 53 v.H., Reinigung und Körperpflege mit rund 51 v.H., Verkehr mit rund 32 v.H. und Ernährung mit 30 v.H. besonders hoch. Lediglich bei der Gruppe Getränke und Tabakwaren ergibt sich ein Kaufkraftverlust von rund 46 v.H. Jedoch wird dieser Kaufkraftverlust durch die dem Grenzgänger zugestandenen Freimengen bei der Einführung zollpflichtiger Waren (z.Zt. täglich 20 Zigaretten, monatlich 250 g Kaffee und 50 g Tee) weitgehend ausgeglichen.

Abschließend kann festgestellt werden, daß die höheren Löhne in der Schweiz und die im Vergleich zu den schweizerischen Löhnen niedrigen Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik dem Grenzgänger einen großen materiellen Vorteil bieten und die Gründe für die Ausdehnung des

Grenzgängerverkehrs weit über den strukturellen Grenzgängerverkehr hinaus wohl in erster Linie bei dem Lohngefälle Schweiz-Deutschland zu suchen sind.

Im Zusammenhang mit den Löhnen soll auch noch kurz die Besteuerung der Grenzgänger erörtert werden. Zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland besteht ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung. Dieses Abkommen vom 15. Juli 1931 (mit Zusatz- und Verhandlungsprotokollen aus den Jahren 1934, 1940, 1943 und 1953) sieht vor, daß Einkünfte aus Arbeit nur in dem Staat besteuert werden, in dem die Tätigkeit ausgeübt wird. Von dieser Regelung sind die Grenzgänger, die ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik haben, ausgenommen. Ihre Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit werden nur im Wohnsitzstaat, also in Deutschland, versteuert. Als Grenzgänger im Sinne des Doppelbesteuerungseinkommens gilt, wer zum Zweck des Arbeitsantrittes täglich die Grenze überschreitet und in der deutschen Grenzzone wohnt, wobei die Tiefe der Grenzzone verschieden ausgelegt wird.

Der Grenzgänger wird zur Einkommensteuer veranlagt. Die zunächst gehandhabte vierteljährliche Steuervorauszahlung ist zu einer monatlichen Vorauszahlung abgeändert worden, um die Steuerzahlung zu erleichtern. Es muß dabei eine Bescheinigung des Arbeitgebers über den Verdienst vorgelegt werden.

Bei der Veranlagung wird von den Finanzämtern darauf gesehen, daß der Grenzgänger als Einkommensteuerpflichtiger nicht schlechter gestellt ist als der Lohnsteuerpflichtige in Deutschland. Hierbei wird im Sinne des Grundsatzes der Steuergerechtigkeit verfahren. Es werden also alle Bestimmungen der Lohnsteuer auch entsprechend auf die Einkommensteuer angewandt, vor allem in Zweifels- und Ermessensfragen.

Steuererleichterungen werden den nichtselbständigen Grenzgängern in der Regel die gleichen gewährt wie einem Lohnsteuerpflichtigen in Deutschland. Dazu gehören auch die Aufwendungen für die Fahrt zur Arbeitsstätte und die

abzugsfähigen Verpflegungsgelder, wenn der Grenzgänger länger als 12 Stunden vom Wohnsitz abwesend ist (Arbeitszeit einschließlich Anfahrtszeit zur Arbeitsstelle). Weiterhin abzugsfähig sind als Sonderausgaben die Pflichtversicherungen, insbesondere die Pflichtbeiträge zur schweizerischen Alters- und Hinterlassenenversicherung. Durch eine Verfügung der deutschen Finanzbehörden können seit September 1956 auch die freiwilligen Beiträge zu betrieblichen Krankenversicherungen, Pensionskassen und ähnlichen sozialen Einrichtungen als abzugsfähige Sonderausgaben geltend gemacht werden. Diese Steuererleichterungen sind in Hinblick darauf gewährt worden, daß dem Grenzgänger die soziale Sicherung durch Abschluß von Privatversicherungen in der Schweiz erleichtert werden soll. Somit haben die Grenzgänger jetzt annähernd die gleichen steuerlichen Vorteile wie die im Inland beschäftigten Arbeitnehmer.

Die Lohnzahlung im Grenzgängerverkehr war durch ein deutsch-schweizerisches Abkommen geregelt. Danach erhielten die Grenzgänger 40 v.H. ihrer Lohnbezüge durch den Arbeitgeber in der Schweiz in Franken ausgezahlt, während die übrigen 60 v.H. des Lohnes vom schweizerischen Arbeitgeber über deutsche und schweizerische Banken zu Gunsten des Grenzgängers in die Bundesrepublik überwiesen wurden. Die Umrechnung der überwiesenen Beträge erfolgte zum amtlichen Devisenkurs. Nach neuesten Informationen kann jetzt jeder Grenzgänger seine Lohnbezüge nach eigenem Ermessen entweder in der Schweiz verbrauchen oder in das Bundesgebiet transferieren.

B. Wirtschaftliche Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz soll noch einmal zum strukturellen Grenzgängerverkehr Stellung genommen werden. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der strukturelle Grenzgängerverkehr in der Hauptsache das Ergebnis der geographischen Lage bestimmter Gebiete und Gemeinden der südbadischen Grenzkreise ist.

Besonders die industriearme Gegend des sogenannten Jestetters Zipfels stellte schon immer ein großes Kontingent der deutschen Grenzgänger nach der Schweiz. Die benachbarten schweizerischen Unternehmen der Kantone Zürich und Schaffhausen zählen ihre Arbeiter aus dieser Grenzzone von jeher zu ihrer Stammbesatzung. Hier ist also ein echter struktureller Grenzgängerverkehr entstanden. Eine Sondererhebung des Arbeitsamtes Lörrach im Juli 1955 in den Gemeinden Jestetten, Altenburg und Lottstetten beleuchtet eingehend die dortige Situation. Insgesamt wurden in den drei Gemeinden zu dem angegebenen Zeitpunkt 1.294 Arbeitnehmer gezählt, wovon 772 als Grenzgänger nach der Schweiz gingen. Es arbeiteten also fast 60 v.H. aller Arbeitnehmer als Grenzgänger in der Schweiz. Da anzunehmen ist, daß noch ein Teil der in Deutschland verbleibenden Arbeitnehmer einer Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft nachgeht, kann gesagt werden, daß der überwiegende Teil der Arbeitnehmer des gewerblichen Sektors seinen Arbeitsplatz in der Schweiz findet. Von den 772 Grenzgängern der Gemeinden Jestetten, Lottstetten und Altenburg gehen 327 in den Kanton Schaffhausen und 445 in den Kanton Zürich. Hierbei überwiegen bei den Grenzgängern im Kanton Schaffhausen die männlichen und beim Kanton Zürich die weiblichen Arbeitskräfte, was wieder mit der Struktur der in den beiden Kantonen hauptsächlich vertretenen Industriezweige zusammenhängt.

Die besonderen traditionellen Grenzgängerbeziehungen des Kantons Schaffhausen zum deutschen Grenzgebiet ergeben

sich einmal aus der geographischen Lage des Kantons, der im Gegensatz zu den übrigen nordschweizerischen Grenzkan-
tonen diesseits des Rheins liegt und weit in deutsches
Gebiet hineinragt. Andererseits ist die deutsche Grenz-
zone um den Kanton Schaffhausen herum seit jeher nach den
Arbeitsmöglichkeiten der Industrie in Schaffhausen orien-
tiert, umso mehr, als auf deutscher Seite kaum Industrie
anzutreffen ist. Am eindringlichsten wird dieser tradi-
tionelle und strukturelle Grenzgängerverkehr im Gebiet
des Kantons Schaffhausen durch die Verhältnisse in einem
einzelnen Betrieb, und zwar den Georg-Fischer-Werken in
Schaffhausen, dokumentiert. Die Georg-Fischer-AG. hatte
im Juni 1955 eine Belegschaft von rund 5.000 Arbeitneh-
mern, wovon 730 deutsche Grenzgänger waren. Diese Grenz-
gänger stammten fast ausschließlich aus der deutschen
Grenzzone rings um den Kanton Schaffhausen und dem Je-
stetter Zipfel. Rund 67 v.H. der bei der Georg Fischer
Aktiengesellschaft beschäftigten Grenzgänger aus Deutsch-
land waren 1955 mindestens drei Jahre bei der Firma tätig
darunter viele mit 10 - 40 Dienstjahren. Oft gehen auch
die Söhne als Grenzgänger in den Betrieb, in dem der Va-
ter schon als Grenzgänger beschäftigt war. Weiterhin wur-
den von den Georg-Fischer-Werken Lehrlinge aus der deut-
schen Grenzzone ausgebildet, die dann später als Fach-
arbeiter im Betrieb Beschäftigung fanden.

Die Auswirkungen des strukturellen Grenzgängerverkehrs
sind vor allem positiver Natur, denn sie bewirken neben
einer völkerverbindenden Integration des deutsch-schwei-
zerischen Grenzraumes eine Entlastung des Arbeitsmarktes
in den industriearmen und geographisch ungünstig gelege-
nen Gebieten der südbadischen Grenzkreise.

Auch die wirtschaftlichen Auswirkungen des Gesamtgrenz-
gängerverkehrs waren, vor allem in den ersten Jahren
nach dem Kriege, durchaus positiv zu werten. Seinerzeit
haben die deutschen Arbeitsämter und die zuständigen Be-
hörden der französischen Besatzungsmacht die Annahme von
Arbeit in der Schweiz sehr erleichtert. Die durch Kriegs-
einwirkungen und Reparationen schwer geschädigte Industri-

des südbadischen Grenzraumes war nicht in der Lage, den in diesen Gebieten wohnenden Arbeitskräften Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Verschärfend wirkte in dieser Situation auch noch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen, Flüchtlingen und Ausgebombten, die ihre Existenz verloren hatten und nach der Erfüllung der erforderlichen Formalitäten die willkommenen Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten wahrnahmen. Von besonderer Bedeutung war der Grenzgängerverkehr in den ersten Nachkriegsjahren als Devisenbringer, der wesentlich zur Verbesserung der deutschen Devisenbilanz beitragen konnte. Über die Gesamteinnahmen an Devisen aus Grenzgängerarbeit liegen keine amtlichen Angaben vor. Doch hat beispielsweise die Georg-Fischer-AG. in Schaffhausen in den Jahren 1946 bis 1952 an Grenzgänger-Lohnanteilen allein schon mehr als 4 Mill. Schweizer Franken auf das deutsch-schweizerische Verrechnungskonto eingezahlt. Seit 1952 haben die jährlichen Einzahlungen der Georg-Fischer-AG. den Betrag von 1,5 Mill. Schweizer Franken nicht mehr unterschritten.

Mit Beginn der Hochkonjunktur und der starken Zunahme des Grenzgängerverkehrs trat jedoch eine sehr schnelle Veränderung der Verhältnisse ein. Der Vorteil des Grenzgängerverkehrs als Devisenbringer verlor an Bedeutung. Der Devisenerlös aus dem Grenzgängerverkehr nimmt nur noch einen kleinen Teil des Gesamtexports der Bundesrepublik nach der Schweiz ein. Außerdem würde durch die Beschäftigung der Grenzgänger auf deutscher Seite die Exportposition des südbadischen Grenzraumes gestärkt werden, wobei ein Teil der sonst aus dem Grenzgängerverkehr erlösten Devisen wieder hereinkäme. Weiterhin ist die Devisenposition der Bundesrepublik so stark, daß die Deviseneinnahmen aus dem Grenzgängerverkehr kaum noch ins Gewicht fallen.

Die zunächst positiven Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs auf dem Arbeitsmarkt haben sich inzwischen ins Gegenteil verwandelt. Solange im südbadischen Grenzraum nicht ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bestanden, wirkte der Grenzgängerverkehr ausgleichend auf den Ar-

beitsmarkt dieses Gebietes. Die konjunkturelle Ausdehnung des Grenzgängerverkehrs brachte vor allem eine Abwanderung der Facharbeiter mit sich, für die im Lohngefälle Schweiz-Deutschland der größte Anreiz zur Arbeitsaufnahme in der Schweiz besteht. Dadurch hat sich der seit über zwei Jahren bestehende Facharbeitermangel in der Industrie noch weiter verschärft.

Die im südbadischen Raum ansässige Industrie versucht, die Abwanderung der Facharbeiter nach der Schweiz durch die Heranziehung von Fachkräften aus anderen Teilen des Bundesgebietes wettzumachen. Jedoch ist hierbei oft die Feststellung gemacht worden, daß diese Fachkräfte, wenn sie mit einem halbjährigen Aufenthalt in der Grenzzone die Bedingungen für einen Arbeitsantritt in der Schweiz erfüllt haben, ebenfalls in schweizerische Betriebe abwandern. Hierbei ergibt das Wohnungsproblem eine weitere negative Auswirkung des Grenzgängerverkehrs, da für diese zugewanderten Facharbeitskräfte zusätzlich Wohnraum beschafft werden muß. Eine weitere Verschärfung im Engpaß des Wohnungsbaus ergibt die Zuwanderung von Arbeitskräften, die, angelockt von den höheren Löhnen in der Schweiz, in das deutsch-schweizerische Grenzgebiet einströmen und später auch ihre Familien nachziehen. An Hand der Karteien der Arbeitsämter des Grenzgebietes konnte festgestellt werden, daß sich der Sog des Grenzgängerverkehrs in Einzelfällen bis in das nördlichste Bundesland Schleswig-Holstein erstreckt. Sehr groß ist auch der Anteil der Sowjetzonenflüchtlinge, die mit Hilfe der hohen schweizerischen Löhne sich schnell wieder eine Existenz aufbauen zu können glauben. Das Problem der Wohnraumbeschaffung wiegt um so schwerer, als die Bautätigkeit in den Landkreisen des deutschen Grenzgebietes zum Teil weit hinter der Bautätigkeit des Bundesgebietes und des Landes Baden-Württemberg zurückbleibt. Einen Vergleich der Bautätigkeit (Zugang an Wohnungen je 1000 Einwohner) in den Jahren 1950 bis 1954 zwischen der Bundesrepublik, dem Land Baden-Württemberg und den Landkreisen Müllheim, Säckingen, Lörrach, Waldshut und Konstanz zeigt die folgende Tabelle:

B a u t ä t i g k e i t

(Wohnungen je 1000 Einwohner)

Quelle: Institut für Raumforschung Bonn - Kreismappe

Gebiet	Ø 1950/51	1952	1953	1954
Landkreis Müllheim	6,6	5,2	7,4	7,7
Landkreis Lörrach	5,8	5,2	11,3	9,0
Landkreis Säckingen	6,0	8,5	8,6	7,9
Landkreis Waldshut	8,9	7,2	9,1	8,4
Landkreis Konstanz	6,8	8,4	9,1	9,8
-----	-----	-----	-----	-----
Land Baden-Württemberg	10,0	9,4	11,2	11,9
Bundesrepublik Deutschland	8,3	9,1	10,5	11,0

Die Übersicht über die Bautätigkeit ergibt, neben dem Zurückbleiben des Zugangs an Wohnungen in den Grenzkreisen gegenüber dem Bundesgebiet und dem Land Baden-Württemberg, auch in einzelnen Landkreisen des Grenzgebietes einen Rückgang, während im Bundesgebiet und im Land Baden-Württemberg ein laufendes Ansteigen der Bautätigkeit zu verzeichnen ist. Zwar sind die Verluste an Wohnraum durch Kriegseinwirkungen in allen Landkreisen des südbadischen Grenzgebietes unerheblich, doch kann der Wohnungsbau im deutschen Grenzgebiet nur zu einem kleinen Teil den Bedarf an Wohnungen decken, der durch die Ausweitung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz entstanden ist.

Da der Grenzgänger-Facharbeiter im allgemeinen seine Ausbildung in deutschen Betrieben und auf deutschen Berufsschulen erhalten hat, sind für diese Ausbildung erhebliche Beträge sowohl vom Staat als auch von der Industrie aufgewandt worden. Die mit öffentlichen Mitteln und Mitteln der deutschen Wirtschaft herangezogenen Facharbeiter wandern oft nach Ablauf des Lehrvertrages nach der Schweiz ab, wodurch die für sie aufgewandten Beträge der deutschen Wirtschaft verloren gehen. Besonders einschneidende Folgen haben diese Auswirkungen für das Handwerk. Während die größeren Industriebetriebe durch innerbetrieblichen Austausch der Arbeitskräfte den Facharbeiterverlust ausgleichen können, indem bisherige Hilfskräfte

angelernt werden und man diese wiederum durch neue Hilfskräfte ersetzt, besteht diese Möglichkeit bei den Handwerksbetrieben nicht. Besonders aus Tischlereien, Schlossereien sowie aus dem Installateur-, Elektro-, Tapezierer- und Polstererhandwerk ist die Abwanderung nach der Schweiz sehr groß. Diese Grenzgänger-Handwerker sind meistens im Bau- und Baunebengewerbe sowie in der Industrie der Bauzulieferung beschäftigt, wo sie im Akkord auf besonders hohe Löhne kommen können. Die deutschen Handwerksbetriebe kommen durch die Abwanderung von Fachkräften sehr schnell in Schwierigkeiten, da es einem Handwerksbetrieb mit z.B. 4 oder 5 Beschäftigten bei Abwanderung von einem oder zwei Gesellen meist nicht möglich ist, die eingegangenen Termine einzuhalten. Eine Angleichung der Löhne an das schweizerische Niveau ist nicht möglich, da diese Betriebe sonst im Konkurrenzkampf unterliegen würden. Schon jetzt ist zu beobachten, daß größere Aufträge von weit vom Grenzgebiet entfernten Firmen billiger ausgeführt werden können als von Firmen des Grenzgebietes, da diese mit höchstmöglichen Löhnen kalkulieren müssen, um die Abwanderung ihrer Beschäftigten nach der Schweiz zu verhindern. Überhaupt liegt das Lohnniveau in einzelnen Wirtschaftszweigen des Grenzgebietes über dem Lohnniveau des Landes Baden-Württemberg, in dem sowieso zum Teil die höchsten Löhne des Bundesgebietes gezahlt werden. Beim Lohnvergleich Deutschland-Schweiz war festgestellt worden, daß z.B. die südbadischen Löhne im Bekleidungs-gewerbe über denen des Landes Baden-Württemberg liegen. Bei einer Ausklammerung des nördlichen Teiles Südbadens, die allerdings nach statistischen Unterlagen nicht möglich ist, würde sich das Verhältnis wahrscheinlich noch zuungunsten des südbadischen Grenzgebietes verschieben.

Auch ein höheres Preisniveau ist im südbadischen Grenzgebiet, gegenüber den anderen Landesteilen des Landes Baden-Württemberg, festzustellen, das auf den Einfluß des Grenzgängerverkehrs zurückzuführen ist. Da hierüber keine statistischen Zahlen existieren, kann diese Tatsache nicht durch statistische Unterlagen belegt werden.

Doch sind in einzelnen Gruppen der Güter und Leistungen der Lebenshaltung, vorwiegend in den Gruppen Wohnung und Ernährung, zum Teil höhere Preise festzustellen als in großstädtischen Gebieten. So liegen z.B. in Lörrach einzelne Preise für Lebensmittel und Wohnung (vor allem möblierte Zimmer) erheblich über denen der Stadt Freiburg. Verstärkt wird die Tendenz zu einem höheren Preisniveau im deutschen Grenzgebiet auch noch durch die Tatsache, daß sehr viele Schweizer des nordschweizerischen Grenzgebietes das Preisgefälle Schweiz-Deutschland ausnutzen und beispielsweise in deutsche Gaststätten zum Essen gehen. Hier brauchen sie für ein Gericht, das sie in der Schweiz 4 bis 5 Franken kosten würde, nur 2 bis 3 DM aufzuwenden.

Die Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz auf kommunaler Ebene sollen im folgenden Abschnitt ausführlich behandelt werden. Insgesamt ist zu den Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs auf wirtschaftlichem Gebiet zu sagen, daß der strukturelle Grenzgängerverkehr vorwiegend positive und der konjunktuelle Grenzgängerverkehr vorwiegend negative Seiten zeigt.

C. Probleme des Gewerbesteuerausgleichs

Nach Art.106 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland fließen die Realsteuern, zu denen die Gewerbesteuer gehört, den Ländern und nach Maßgabe der Landesgesetzgebung den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu. Die Gewerbesteuer wird von den Gemeinden erhoben. Um diejenigen Gemeinden, die für ihre Pendler nach gewerbesteuerpflichtigen Betrieben anderer Gemeinden die gesamten kommunalen Lasten zu tragen haben, nicht einseitig zu belasten, wird ein Gewerbesteuerausgleich zwischen den Wohn- und Betriebsgemeinden der Pendler durchgeführt.

Für Baden-Württemberg hat der Landtag am 10. Dezember 1954 ein Gesetz über den Gewerbesteuerausgleich zwischen Betriebsgemeinden und Wohngemeinden ("Gesetzblatt für Baden-Württemberg", Nr.25 - 1954, Stuttgart 24.12.1954, S.178 ff.) beschlossen. Danach hat die Betriebsgemeinde an die Wohngemeinde für jeden Pendler einen Gewerbesteuer-Ausgleichsbetrag zu zahlen, der nach der Zahl der Arbeitnehmer und nach dem Gewerbesteueraufkommen der Betriebsgemeinde bemessen wird (§1). Als Wohngemeinde gilt im Sinne des Gewerbesteuer-Ausgleichs-Gesetzes der Wohnsitz (gegebenenfalls der gewöhnliche Aufenthalt) des Pendlers und als Betriebsgemeinde die Gemeinde, in dem der Pendler in einem gewerbesteuerpflichtigen Betrieb beschäftigt ist (§2). Die Betriebsgemeinde ist nur dann zum Gewerbesteuerausgleich verpflichtet, wenn zwischen ihr und der Wohngemeinde vom Pendler eine Entfernung von weniger als 70 km Luftlinie zurückgelegt wird (§5). Die Zahlung des Ausgleichsbetrages durch die Betriebsgemeinde entfällt ebenfalls, wenn dieser an eine Wohngemeinde mit nicht mehr als 3.000 Einwohnern für sechs oder weniger Pendler oder an eine Wohngemeinde mit mehr als 3.000 Einwohnern nur für zehn oder weniger Pendler zu zahlen wäre (§6). Bei einem Zusammentreffen von Wohngemeinden und Betriebsgemeinden gleichzeitig werden die Ausgleichsbeträge nach der Zahl der Pendler gegenseitig aufgerechnet (§7). Der Ausgleichsbetrag je Pendler wird berechnet, indem das gesamte Aufkommen der Betriebsgemeinde an

Gewerbesteuer im vorausgegangenen Rechnungsjahr durch die Zahl aller Pendler geteilt wird, die am Stichtag in der Betriebsgemeinde in einem gewerbesteuerpflichtigen Betrieb beschäftigt waren. Von diesem berechneten Betrag beträgt der Ausgleichsbetrag die Hälfte, jedoch höchstens DM 50.- je Pendler (§8). Die §§ 9 - 13 behandeln die Mitteilungspflicht der Betriebe an die Wohngemeinde, die Auskunftspflicht des Arbeitnehmers über Namen und Anschrift des Betriebs, die Anmeldung des Anspruchs auf den Ausgleichsbetrag durch die Wohngemeinde, die Anerkennung des Ausgleichsanspruchs durch die Betriebsgemeinde sowie die Fälligkeit der Ausgleichsbeträge. In den §§ 14 - 19 sind der Härteausgleich, die gegenseitige Auskunftspflicht und die Vereinbarungen zwischen Wohn- und Betriebsgemeinden, der Gewerbesteuerausgleich mit Gemeinden anderer Länder sowie die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen und Verwaltungsverordnungen geregelt. Nach einem Beschluß des baden-württembergischen Landtags vom 7. November 1956 ist die Quote des Gewerbesteuerausgleichs je Pendler auf DM 75.- je Pendler erhöht worden, gültig ab 1. April 1957 für das Rechnungsjahr 1957/58.

Nun entsteht hinsichtlich des Gewerbesteuerausgleichs im Rahmen des Grenzgängerverkehrs ein besonderes Problem für die Wohngemeinden der Grenzgänger im südbadischen Grenzgebiet. Da die Betriebsgemeinden der Grenzgänger im Ausland liegen, ist eine Befriedigung des Anspruchs der Grenzgänger-Wohngemeinden auf Gewerbesteuerausgleich direkt nicht möglich. Vor allem haben die Gemeinden, in denen der Anteil der Grenzgänger an den Gesamtauspendlern sehr hoch liegt, einen spürbaren finanziellen Ausfall zu verzeichnen. Andererseits müssen sie alle kommunalen Lasten wie z.B. Straßenbau, Wohnungsbau, Schulen usw. auch für die Grenzgänger tragen. Sind die Grenzgängerwohnemeinden gleichzeitig Betriebsgemeinden, so sind sie selbst zu Ausgleichszahlungen im Rahmen des Gewerbesteuerausgleichs verpflichtet, können jedoch ihre eigenen Ansprüche auf Gewerbesteuerausgleich nicht geltend machen.

Die Bedeutung der ausfallenden Gewerbesteuerausgleichsbeträge läßt sich am besten bei einer Berechnung für die am meisten betroffenen Gemeinden des süßbadischen Grenzgebietes ermessen. Unter Zugrundelegung der Grenzgängerszahlen vom 20.9.1955 und einem Gewerbesteuer-Ausgleichsbetrag von DM 50.- je Pendler ergeben sich für die einzelnen Gemeinden folgende ausfallenden Gewerbesteuer-ausgleichsbeträge (Gemeinden mit 200 und mehr Grenzgängern):

<u>1955</u>	
Konstanz	80.350.- DM
Lörrach	59.500.- DM
Rheinfelden	58.800.- DM
Weil	38.600.- DM
Waldshut	30.000.- DM
Tiengen	26.650.- DM
Wyhlen	15.850.- DM
Säckingen	15.800.- DM
Jestetten	14.200.- DM
Büdingen	12.050.- DM
Gailingen	11.900.- DM
Lottstetten	10.300.- DM

Aus der vorstehenden Aufstellung ergibt sich, daß vor allem gut industrialisierte Gemeinden - abgesehen von den strukturellen Grenzgängergemeinden Jestetten, Büdingen, Gailingen und Lottstetten - den größten Ausfall an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen zu tragen haben. Dies wiegt für diese Gemeinden um so schwerer, als sie selbst erhebliche Beträge für den Gewerbesteuerausgleich an andere Gemeinden abführen müssen. Für die Stadt Konstanz z.B. ergibt sich folgende Situation (für das Rechnungsjahr 1955) bei einem Ausgleichsbetrag von DM 50.- je Pendler:

eingemommener Gewerbesteuer-	
ausgleich für 300 Auspendler	
in das Inland	DM 15.000.-
zu zahlender Gewerbesteuer-	
ausgleich für 1.903 Einpendler.....	DM 95.150.-
S a l d o	- DM 80.150.-

Die Stadt Konstanz müßte also für das Rechnungsjahr 1955 über DM 80.000.- an Gewerbesteuerausgleichsbeträgen an andere Wohngemeinden abführen. Bei einer Einbeziehung der Grenzgänger in den Gewerbesteuerausgleich hätte die Berechnung der Gewerbesteuerausgleichsbeträge folgendermaßen ausgesehen:

eingennommener Gewerbesteuer-	
ausgleich für 1.907 Auspendler	DM 95.350.-
zu zahlender Gewerbesteuer-	
ausgleich für 1.903 Einpendler	DM 95.150.-
S a l d o	+ DM 200.-

In diesem Falle der Einbeziehung der Grenzgänger hätte die Stadt Konstanz nach Aufrechnung der Ausgleichsbeträge aus dem Gewerbesteuerausgleich noch einen Überschußbetrag von DM 200.- zur Verfügung statt eines Defizits von über DM 80.000.-. Diese Berechnungen, die zwar nur theoretischer Natur sind, da hier der Ausgleichshöchstbetrag angesetzt ist und der tatsächlichen Berechnung des Ausgleichsbetrages noch andere Faktoren zugrunde liegen, können auch für die anderen Grenzgängerwohngemeinden entsprechend durchgeführt werden. Insgesamt würden sich bei Zugrundelegung des Ausgleichshöchstbetrages von DM 50.- je Pendler und einer Zahl von 22.860 Grenzgängern (nach der schweizerischen Statistik) für das Jahr 1956 über 1,1 Mill.DM an ausfallenden Gewerbesteuerausgleichsbeträgen für die Grenzgängerwohngemeinden des südbadischen Grenzgebietes ergeben. Nach dem Beschluß des Landtages, der die Erhöhung des Ausgleichshöchstbetrages auf DM 75.- vorsieht, würde sich diese Summe noch erheblich erhöhen.

Die Gemeinden des Grenzgebietes haben sich in der letzten Zeit mehrmals mit Eingaben an den Verwaltungsausschuß des Landtags Baden-Württemberg gewandt, um einen Ausgleich für die Wohngemeinden der Grenzgänger aus Landesmitteln zu erreichen. Allerdings ist es bisher noch zu keiner Regelung gekommen. Eine Ausgleichsumlage auf Kreisebene würde den tatsächlichen Erfordernissen nicht gerecht werden, da einmal den grenzfernen Gemeinden im Inland die Ausgleichsbeträge geschmälert würden und anderer-

seits die Grenzgänger-Wohngemeinden, die auch gleichzeitig Betriebsgemeinden sind, wiederum mit herangezogen werden müßten.

Zwar bringen die Grenzgänger durch ihren höheren Verdienst in der Schweiz gegenüber einem Arbeitnehmer im Inland mehr Geld in die Gemeinden, aber den direkten Nutzen am Grenzgängerverkehr in finanzieller Hinsicht haben doch vor allen Dingen der Bund durch die Deviseneinnahmen und das Land durch das höhere Einkommensteueraufkommen. Auch die Zusammenballung der Grenzgänger in den Grenzgemeinden und der laufende Zuzug von neuen Grenzgängern stellen die Gemeinden im Wohnungsbau vor unlösbare Probleme. Hinzu kommt, daß infolge des Grenzgängerverkehrs großer Mangel an Bauarbeitern herrscht und die Baukosten sehr angestiegen sind. Dadurch verzögert sich auch der mit gemeindlichen Mitteln mögliche Wohnungsbau. Durch die ungenügende soziale Sicherung der Grenzgänger, die noch eingehend behandelt werden soll, entstehen den Gemeinden oft noch zusätzliche Lasten.

Jedenfalls bedarf der Gewerbesteuerenausgleich im Rahmen des Grenzgängerverkehrs einer Lösung, die den kommunalen Lasten, die die Grenzgemeinden zu tragen haben, gerecht wird.

Vierter Teil

Arbeits- und sozialversicherungs- rechtliche Probleme des Grenzgängerverkehrs

A. Die arbeitsrechtliche Stellung des deutschen Grenzgängers in der schweizerischen Wirtschaft

Da die Beschäftigung der deutschen Grenzgänger in der Schweiz nicht durch ein zwischenstaatliches Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz geregelt ist, unterliegen die Grenzgänger den Bestimmungen des internationalen Arbeitsrechts, die auch für die übrigen ausländischen Arbeitskräfte gelten. Die von der Internationalen Arbeitsorganisation IAO (International Labour Organization) ausgearbeiteten Richtlinien sind auch für die Schweiz, die dieser Organisation angehört, verbindlich. Danach gilt, wenn nicht anders vereinbart, grundsätzlich das Recht des Betriebssitzes für Arbeitsverträge. Weiterhin darf ein Staat zwar ausländische Arbeitnehmer im Vergleich zu inländischen unterschiedlich behandeln, aber er darf sie nicht willkürlich schlechter stellen.

Die Arbeitsaufnahme von Ausländern in der Schweiz ist an bestimmte Vorschriften gebunden, die auch für die Grenzgänger verbindlich sind. Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit und die eidgenössische Fremdenpolizei in Bern haben für die ganze Schweiz gültige Richtlinien aufgestellt und die kantonalen Behörden arbeiten nach diesen Weisungen. In einigen Ausnahmefällen weichen die kantonalen Behörden von diesen Vorschriften ab, so daß nicht in jedem Kanton genau die gleichen Bedingungen für Fremdarbeiter gegeben sind.

Eine Arbeitsbewilligung an einen Ausländer darf nur ausgestellt werden, wenn für die offene Stelle kein Personal in der Schweiz gefunden werden kann. Für männliche und weibliche Arbeitskräfte ist ein Mindestalter von 17 Jahren, in der Industrie von 18 Jahren, vorgeschrieben. Das Höchstalter beträgt für Männer 50 Jahre und für Frauen 35 Jahre. Die Mitnahme von Familienangehörigen ist nicht

gestattet und in einigen Kantonen müssen die weiblichen Arbeitskräfte unverheiratet und kinderlos sein, wenn sie zur Arbeitsaufnahme in der Schweiz zugelassen werden wollen.

Die Arbeitsbewilligungen werden im allgemeinen für 6 Monate ausgestellt und können immer wieder um weitere 6 oder 12 Monate verlängert werden, sofern die Arbeitsmarktlage eine Verlängerung rechtfertigt. Für Saisonarbeiter und Saisonarbeiterinnen wird die Arbeitsbewilligung für eine Saison aufgestellt und in der Regel nicht verlängert. Sie muß dann in der nächsten Saison erneut beantragt werden. Der schweizerische Arbeitgeber muß für den Fremdarbeiter, auch den Grenzgänger, die Arbeitsbewilligung beim zuständigen schweizerischen Arbeitsamt beantragen.

Grundsätzlich werden von den kantonalen Arbeitsämtern keine Grenzgänger in schweizerische Arbeitsplätze vermittelt. Falls die kantonalen Arbeitsämter offene Stellen, für die keine schweizerischen Arbeitskräfte zu finden sind, haben, teilen sie dies dem zuständigen deutschen Arbeitsamt mit. Dieses schreibt dann die offenen Stellen aus und vermittelt die Grenzgänger direkt an den schweizerischen Arbeitgeber, der wiederum bei seinem zuständigen Arbeitsamt die Arbeitsbewilligung beantragt oder dem Grenzgänger bescheinigt, daß er bei ihm eine Stelle antreten kann. Unter diesen Umständen kann auch der Grenzgänger selbst die Arbeitsbewilligung bei den kantonalen Arbeitsämtern beantragen. Weitere Stellenvermittlungen sind möglich durch staatlich konzessionierte Büros für Stellenvermittlung in der Schweiz. Die Stellenvermittlung durch Inserate in deutschen Zeitungen und Zeitschriften für Stellenangebote in der Schweiz ist an die Genehmigung der zuständigen deutschen Arbeitsämter gebunden. Nach einer Verordnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die "Vermittlung, Anwerbung und Verpflichtung von Arbeitnehmern nach dem Ausland" vom 28.6.1935 und eine Durchführungsverordnung vom 8.1.1936 müssen alle Zeitungen und Zeitschriften derartige Inserate den zuständigen Arbeits-

ämtern zur Genehmigung vorlegen.

In der Regel werden die Bestimmungen über die Arbeitsbewilligung für Fremdarbeiter bei den Grenzgängern großzügiger gehandhabt als bei den ausländischen Arbeitskräften, die in der Schweiz wohnen wollen und eine Aufenthaltsbewilligung brauchen. Diese Aufenthaltsbewilligung wird durch die kantonalen Arbeitsämter in Verbindung mit den Gemeindkanzleien und der eidgenössischen Fremdenpolizei nur in seltenen Fällen erteilt. Kommt ein Arbeitnehmer aus dem innerdeutschen Gebiet, der einen Arbeitsplatz in der Schweiz innerhalb der nordschweizerischen Kantone nachweist, so wird ihm nahegelegt, seinen Wohnsitz im deutschen Grenzgebiet zu nehmen, wenn das tägliche Pendeln zumutbar ist. Auf diese Weise soll vermieden werden, daß sich ausländische Arbeitskräfte endgültig in der Schweiz festsetzen. Hiermit soll eine sehr befürchtete Überfremdung der Schweiz vermieden werden. Daß diese Befürchtung nicht zu Unrecht besteht, ergeben die folgenden Zahlen. Bei einer Gesamtwohnbevölkerung von rund 5 Mill. (Ende 1955) waren in der Schweiz 1956 rund 300.000 kontrollpflichtige Arbeitskräfte und etwa 200.000 nicht meldepflichtige Ausländer vorhanden. Eine Sonderregelung für die Aufenthaltsbewilligung von Arbeitnehmern aus innerdeutschen Gebieten hat der Kanton Basel-Stadt geschaffen. Diese bekommen dann als Wochenendpendler eine nur jeweils von Montag bis Freitag befristete Aufenthaltsbewilligung, wenn sie über das Wochenende nach Hause fahren. Allerdings gelten sie dann nicht mehr als Grenzgänger und werden auch in der Schweiz besteuert. In den folgenden Ausführungen sollen die von den allgemeinen Richtlinien für Fremdarbeiter abweichenden Bestimmungen der Arbeitsämter der nordschweizerischen Kantone für die Grenzgänger erörtert werden.

Im Kanton B a s e l - S t a d t wird die Arbeitsbewilligung z.Zt. jedem Arbeitnehmer als Grenzgänger ausgestellt, der in der deutschen Grenzzone wohnt. Als Grenzzone wird hier ein Gebiet bis zu 60 - 70 km von der schweizerischen Grenze entfernt angenommen (z.B. einschließlich Kreis

Freiburg). Diese Regelung wird allgemein auch bei den übrigen kantonalen Arbeitsämtern gehandhabt. Die Arbeitsbewilligung des Grenzgängers wird bei der Arbeitsaufnahme zunächst auf drei Monate beschränkt. Sie kann dann auf ein halbes Jahr ausgedehnt werden und wenn der Grenzgänger mindestens zwei Jahre beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt gewesen ist, wird die Arbeitsbewilligung in der Regel jeweils für ein Jahr verlängert. Doch muß bei Ablauf der Arbeitsbewilligung immer die Verlängerung durch den Arbeitgeber beantragt werden. Die Arbeitsbewilligung gilt nur für eine Stelle. Wenn aus irgend einem Grund ein Stellenwechsel notwendig wird, muß vor Antritt der neuen Stelle dem kantonalen Arbeitsamt ein Stellenwechselgesuch eingereicht werden, das bei Vorliegen verständlicher Gründe bewilligt wird. Im allgemeinen wird verlangt, daß der Grenzgänger mindestens 6 Monate an einer Arbeitsstelle bleibt und nicht laufend den Arbeitgeber wechselt. Verläßt ein Grenzgänger ohne Einhaltung der Kündigungsfrist seinen Arbeitsplatz, so wird er für mindestens 6 Monate für den Kanton gesperrt, er darf dann dort vorläufig keine Arbeit mehr aufnehmen. Durch gegenseitige Unterrichtung der benachbarten Kantone wird vermieden, daß der Grenzgänger nach seiner Sperrung im Nachbarkanton eine Arbeitsbewilligung erhält.

Im Prinzip wird im Kanton Basel-Stadt die Arbeitsbewilligung für alle Gewerbebezüge erteilt, in denen ein Mangel an Arbeitskräften besteht. Dazu gehören z.Zt. fast alle Berufsgruppen mit wenigen Ausnahmen. Die chemische Industrie ist grundsätzlich für Grenzgänger gesperrt. Einmal werden hier sehr viele Hilfsarbeiter benötigt, die zum größten Teil der schweizerische Arbeitsmarkt selbst stellen kann. Andererseits liegen die Arbeitsbedingungen, die Bezahlung und die Sozialfürsorge in der chemischen Industrie bedeutend günstiger als in den übrigen Gewerbebezügen, so daß diese vorteilhaften Arbeitsplätze vorwiegend den schweizerischen Arbeitnehmern zugute kommen sollen. Infolge der günstigen Bedingungen in den chemischen Betrieben sind diese Arbeitsplätze bei den schweizerischen Arbeitnehmern sehr gefragt und daher besteht in der che-

mischen Industrie auch kein großer Mangel an Arbeitskräften.

Im Baugewerbe des Kantons Basel-Stadt bestehen gewisse Kontingentierungen, die je nach Bedarf festgesetzt werden. Außerdem soll die schon eingetretene Überhitzung der Konjunktur im Baugewerbe nicht noch verstärkt werden. Das Malergewerbe ist sehr streng kontingentiert. Für 1956 waren nur 40 Grenzgänger als Maler zugelassen. Auch der Handel unterliegt gewissen Beschränkungen. Hier werden z.B. weibliche Grenzgänger als Verkäuferinnen nur für Metzgereien und Lebensmittelgeschäfte eingestellt. In Einklang mit den allgemeinen Richtlinien für die Beschäftigung von Fremdarbeitern in der Schweiz werden Lehrlinge nicht als Grenzgänger aufgenommen. Einmal wegen der staatlichen Subventionen, die für die Lehrlingsausbildung aufgewandt werden müssen, und andererseits, weil ausländische Arbeitskräfte unter 17 bzw. 18 Jahren nicht zugelassen werden sollen. Hiervon ist in Basel das Bäckerhandwerk ausgenommen. In den Bäckereien ist der Mangel an Lehrlingen so groß, daß z.Zt. insgesamt 45 Lehrlinge als Grenzgänger aus Deutschland beschäftigt sind. Diese haben eine dreijährige Lehrzeit, die gleichzeitig die Ausbildung als Konditor einschließt.

Die Einschränkungen in der Zulassung von Grenzgängern werden vom kantonalen Arbeitsamt mit den Gewerkschaften und den Vertretern der Arbeitgeber ausgehandelt. Kommt kein Kompromiß zustande, so wird die letzte und endgültige Entscheidung über die Einschränkungen im Grenzgängerverkehr vom kantonalen Arbeitsamt gefällt. Die gleiche Verfahrensweise gilt auch für die übrigen kantonalen Arbeitsämter.

Im Kanton B a s e l l a n d sind weder einzelne Berufe noch bestimmte Gewerbebezüge für die Beschäftigung von Grenzgängern grundsätzlich kontingentiert oder gesperrt. Es werden lediglich zeitweilig etwa neue Grenzgänger nur unter gewissen Voraussetzungen zugelassen. So werden im Baugewerbe ab 1. November bis Ende Januar des folgenden

Jahres neuen Grenzgängern nur als Ersatz für ausgetretene Grenzgänger oder zusätzlich in besonders begründeten Ausnahmefällen Arbeitsbewilligungen erteilt.

Auch im Kanton A a r g a u besteht keine grundsätzliche Sperre für Grenzgänger in einzelnen Berufen oder Gewerbebezügen. Während der Wintermonate werden jedoch Arbeitskräfte des engeren Baugewerbes (Maurer, Gipser, Maler, Zimmerleute, Handlanger) nur in allernächster Nähe der Grenze in einer ca. 5 km breiten Zone als Grenzgänger bewilligt. Für das übrige Einzugsgebiet im Kanton Aargau gelten für die Grenzgänger im Baugewerbe dieselben Bestimmungen wie für die ausländischen Arbeitskräfte mit Aufenthaltsbewilligung, die die Arbeit erst ab 1. März wieder aufnehmen dürfen.

In den übrigen nordschweizerischen Kantonen liegen die Verhältnisse in bezug auf Einschränkungen im Grenzgängerverkehr ähnlich wie in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land und Aargau. Auch hier werden gewisse Einschränkungen bei Saisonberufen, vor allem im Baugewerbe, gemacht. Nur für die Berufe, die nicht als Mangelberufe zu bezeichnen sind, werden die Grenzgänger überhaupt nicht oder nur teilweise zugelassen. Die heutige Arbeitsmarktlage in der Schweiz hat es allerdings mit sich gebracht, daß solche Einschränkungen nicht mehr oder nur in den seltensten Fällen anzutreffen sind.

Es kann also festgestellt werden, daß der deutsche Grenzgänger im allgemeinen in der schweizerischen Wirtschaft dem schweizerischen Arbeitnehmer gleichgestellt ist, daß jedoch sein Einsatz immer von den kantonalen Arbeitsämtern, den Gewerkschaften und den Unternehmern nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Konstellation gelenkt wird.

B. Die Pflichtversicherungen des Grenzgängers

1) Das deutsch-schweizerische Sozialversicherungs- abkommen

Um für die in der Bundesrepublik arbeitenden schweizerischen und die in der Schweiz arbeitenden deutschen Erwerbstätigen die Heranziehung zu der in dem jeweiligen Land bestehenden Sozialversicherung zu regeln, ist zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz ein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen worden. Nach diesem Gegenseitigkeitsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über Sozialversicherung vom 24. Oktober 1950 (BGBl. II S. 145) haben deutsche Staatsangehörige in der schweizerischen Sozialversicherung die gleichen Pflichten und Rechte wie die schweizerischen Staatsangehörigen. Dasselbe gilt für die schweizerischen Staatsangehörigen gegenüber der deutschen Sozialversicherung.

Da die Sozialversicherungssysteme der Bundesrepublik und der Schweiz unterschiedlich aufgebaut sind, findet das Sozialversicherungsabkommen nur auf bestimmte Versicherungszweige Anwendung. Das Abkommen erstreckt sich in der Bundesrepublik auf die deutsche Rentenversicherung mit der Rentenversicherung der Arbeiter (Invalidenversicherung), der Rentenversicherung der Angestellten (Angestelltenversicherung) und der knappschaftlichen Rentenversicherung. In der Schweiz findet das Abkommen nur auf die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) und die Unfallversicherung Anwendung. Für die übrigen Sozialversicherungszweige gelten die allgemeinen innerstaatlichen Bestimmungen der schweizerischen Gesetze über die Sozialversicherung der Ausländer und der Ausländerbeschäftigung.

Das deutsch-schweizerische Sozialversicherungsabkommen findet auch für die Grenzgänger Anwendung, die in diesem Rahmen den in der Schweiz wohnenden deutschen Arbeitskräften gleichgestellt sind. Nach den Bestimmungen des Sozialversicherungsabkommens werden die Grenzgänger zur

Alters- und Hinterlassenenversicherung und zur Unfallversicherung als Pflichtversicherte herangezogen. Die Pflichtmitgliedschaften zur deutschen Rentenversicherung (Invalidenversicherung, Angestelltenversicherung, Knappschaftsversicherung) und Unfall-Versicherung entfallen hiermit.

Da die Heranziehung des deutschen Grenzgängers zu den übrigen Versicherungszweigen in der Schweiz nach den schweizerischen Bestimmungen geregelt wird, ist er nur der Mitgliedschaft zur Alters- und Hinterlassenenversicherung und zur Unfallversicherung unterworfen, die für schweizerische und ausländische Arbeitskräfte obligatorisch ist. In der Schweiz sind die Krankenversicherung, die Versicherung gegen Invalidität und die Arbeitslosenversicherung keine Pflichtversicherungen, so daß nach dem Abkommen der deutsche Grenzgänger zu diesen Versicherungszweigen weder von schweizerischer noch von deutscher Seite aus herangezogen werden kann. Er kann für diese Versicherungszweige freiwillige Versicherungen in der Schweiz oder Deutschland abschließen.

2) Die schweizerische Unfallversicherung

Die schweizerische Unfallversicherung ist durch das Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung vom 18.Juni 1911, die Ergänzung zum Bundesgesetz vom 18.Juni 1915, die Verordnungen I und II zum Gesetz vom 25.März 1916 und 3.Dezember 1917 sowie durch laufende Verordnungen über Verhütung und Bekämpfung von Berufskrankheiten geregelt. Träger der schweizerischen Unfallversicherung ist die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt Luzern (SUVAL).

Die obligatorische Unfallversicherung ist eine Versicherung gegen die wirtschaftlichen Schäden aus Unfällen. Sie umfaßt alle in der Schweiz beschäftigten Angestellten und Arbeiter, soweit sie in den vom Gesetz als unterstellungspflichtig bezeichneten Betrieben beschäftigt sind. Wenn ein Betrieb die im Gesetz vorgesehenen Bedingungen zur Unterstellungspflicht erfüllt, können weder der Arbeitgeber noch die Arbeitnehmer auf die obligatorische Unfallversicherung verzichten oder sich der Unterstellung unter sie entziehen.

Die Arten der Betriebe, deren Arbeitnehmer versichert sind, werden in Art.60 des Gesetzes und in den Artikeln 12 bis 23 der Verordnung I aufgeführt. Die Versicherungspflicht eines Betriebes hängt in der Regel nicht von der Zahl der Beschäftigten ab. Sobald eine Unternehmung, die eine die Unterstellungspflicht begründende Tätigkeit zum Gegenstand hat, einen einzigen Arbeitnehmer gegen Entgelt beschäftigt, ist sie versicherungspflichtig. Zu den versicherungspflichtigen Betrieben gehören sämtliche dem Fabrikgesetz vom 18.Juni 1914 unterstellten Betriebe, d.h. in der Regel alle Betriebe mit etwa 10 und mehr Arbeitnehmern. Weiterhin unterstehen dem Gesetz alle öffentlichen und privaten Verkehrs- und Transportunternehmungen sowie sämtliche Zweige des Bau- und Baunebengewerbes. Die Tabelle der versicherungspflichtigen Unternehmungen umfaßt fast alle Industriebetriebe und den größten Teil der gewerblichen Unternehmungen. Die öffentlichen Dienste (ohne

Verkehr und Transport), Heimarbeit und Hausindustrie sowie Land- und Forstwirtschaft, soweit es Privatbetriebe betrifft, sind von der obligatorischen Versicherung befreit.

Die Unfallversicherung besteht für Betriebsunfälle und für Nichtbetriebsunfälle. Die Versicherung der Nichtbetriebsunfälle ist ebenso obligatorisch wie die Versicherung der Betriebsunfälle. Nach Art. 67 des Gesetzes gelten als Betriebsunfälle Unfälle, die durch den versicherten Betrieb verursacht werden oder die dem Arbeitnehmer während der Arbeit für diesen Betrieb zustoßen. Ein obligatorisch versicherter Arbeitnehmer ist somit gegen alle Unfälle, die ihm zustoßen können, versichert. Allerdings ist die SUVAL befugt, außergewöhnliche Gefahren und Wagnisse von der Versicherung auszuschließen. In Anwendung dieser Gesetzesbestimmung sind vom Verwaltungsrat durch einen Beschluß vom 11. Juni 1942 verschiedene Risiken von der Versicherung der Nichtbetriebsunfälle ausgeschlossen worden. Zu den außergewöhnlichen Gefahren gehört hier als wichtigste Risikoausnahme das Motorradfahren, wobei es gleichgültig ist, ob der Versicherte Führer des Fahrzeugs ist oder nur Mitfahrer. Diese Bestimmung ist in Hinblick auf den Grenzgängerverkehr besonders wichtig, da ein Teil der deutschen Grenzgänger für die Anfahrt zur schweizerischen Arbeitsstelle ein Motorrad benutzt. Bei einem Unfall auf der Fahrt mit dem Motorrad vom und zum Arbeitsplatz hat also der Grenzgänger keinen Anspruch auf Leistung aus der schweizerischen Unfallversicherung. Er muß sich daher privat gegen derartige Unfälle versichern. Diese Tatsache wird von den Grenzgängern oft übersehen und erst bei Eintritt eines Schadensfalles durch Motorradunfall festgestellt.

Die Versicherungsleistungen der Unfallversicherung bestehen in der Krankenpflege, dem Krankengeld, den Invalidenrenten, der Bestattungsentschädigung und den Hinterlassenenrenten. Die Leistungen der SUVAL sind für die Betriebsunfälle und für die Nichtbetriebsunfälle gleich. Für die Differenz zwischen dem Krankengeld und dem vollen Ver-

dienst des Versicherten kann eine Ergänzungsversicherung abgeschlossen werden. Die Invaliden-Rente beträgt bei voller Erwerbsunfähigkeit 70 v.H. des Jahresverdienstes, bei beschränkter Erwerbsfähigkeit entsprechend weniger. An Hinterlassenenrente erhalten die Witwe 30 v.H. und jedes Kind 15 v.H. (als Vollwaise 25 v.H.) des Jahresverdienstes. Bei der Berechnung der Rente wird jedoch der Mehrbetrag des Jahresverdienstes über 9.000 Franken nicht berücksichtigt.

Nach Art.90 des Bundesgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung erhalten die ausländischen Versicherten und deren Hinterlassenen die vollen Versicherungsleistungen nur dann, wenn die Gesetzgebung ihres Landes über Fürsorge gegen Krankheit und Unfall der schweizerischen Gesetzgebung gleichwertig ist. Der Bundesrat hat am 18.Januar 1929 den Beitritt der Schweiz zum internationalen Übereinkommen über die Gleichbehandlung einheimischer und ausländischer Arbeitnehmer in der Entschädigung bei Betriebsunfällen erklärt. Da auch Deutschland der genannten Übereinkunft beigetreten ist, haben die Grenzgänger die gleichen Ansprüche auf Versicherungsleistungen wie die schweizerischen Versicherten. Das gleiche gilt für die Hinterlassenen der Grenzgänger, die in der Betriebsunfallversicherung dieselben Ansprüche geltend machen können, die den Hinterlassenen der schweizerischen versicherten Arbeitnehmer zustehen. Bei der Nichtbetriebsunfallversicherung haben ausländische Versicherte Anspruch auf das gleiche Krankengeld wie schweizerische Versicherte. Im allgemeinen erfahren die Invaliden- und Hinterlassenenrenten der ausländischen Versicherten eine Kürzung um ein Viertel, doch werden diese Renten den deutschen Arbeitnehmern und damit auch den deutschen Grenzgängern auf Grund des zwischenstaatlichen Abkommens über die Sozialversicherung nicht mehr gekürzt, so daß eine vollkommene Gleichstellung mit der Schweiz erreicht ist.

Die Schweizerische Unfallversicherungsanstalt erhebt jeweils besondere Prämien für die Betriebsunfälle und für

die Nichtbetriebsunfälle. Die Prämien für die Betriebsunfälle fallen ganz zu Lasten des Arbeitgebers, die Prämien für die Nichtbetriebsunfälle zu drei Vierteln zu Lasten des Versicherten und zu einem Viertel zu Lasten des Bundes. Der Arbeitgeber ist gegenüber der SUVAL der direkte Schuldner der von dem Versicherten zu entrichtenden Prämien für die Nichtbetriebsunfälle. Die Prämien werden von der SUVAL in Promillen der Lohnsumme festgesetzt, wobei die verschiedenen Betriebsarten in Gefahrenklassen eingeteilt und dementsprechend die Prämien erhoben werden. Für die Aufstellung des Prämientarifs der Nichtunfallversicherung werden die Versicherten ebenfalls in Gefahrenklassen eingeteilt. Die Nichtbetriebsunfallgefahren werden durch folgende Faktoren bedingt: das Geschlecht, die Dauer des Risikos der Nichtbetriebsunfälle (die im umgekehrten Verhältnis zur Dauer der Arbeit in den versicherten Betrieben steht) und die Natur der Beschäftigung außerhalb des Betriebes. Dementsprechend werden auch die Versicherten in einen bestimmten Tarif eingereiht. Im allgemeinen beträgt der vom Versicherten für die Nichtbetriebsunfallversicherung zu zahlende Anteil rund 1 v.H. des Bruttoeinkommens.

Der deutsche Grenzgänger ist also in der Schweiz gegen jegliche Art von Unfällen innerhalb und außerhalb des Betriebes versichert, wenn der Betrieb versicherungspflichtig ist, was jedoch für die gesamte Industrie zutrifft. Nicht versichert sind Motorradunfälle, für die der Grenzgänger eine freiwillige private Versicherung abschließen müßte. Weiterhin werden im Todes- oder Invaliditätsfalle, soweit durch Unfall verursacht und nicht als Risiko ausgeschlossen, dem Grenzgänger selbst oder seiner Familie die gleichen Invaliditäts- und Hinterlassenenrenten gewährt, die dem einheimischen Versicherten zustehen. Doch müssen sich diejenigen Grenzgänger, die in einem nichtversicherungspflichtigen Betrieb der Schweiz arbeiten, freiwillig in einer deutschen oder schweizerischen Unfallversicherung versichern lassen, wenn sie bei Unfällen Anspruch auf Leistungen geltend machen wollen.

3) Die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)

Die Sozialversicherung in der Schweiz besteht erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit und ging aus der Armenfürsorge der Gemeinden und Kantone hervor. Das Ergebnis der Bestrebungen zur Schaffung einer allgemeinen Sozialversicherung ist die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), die dem Bund untersteht und die Sozialversicherung für die gesamte Schweiz einheitlich regelt.

Die Bestrebungen zur Schaffung einer eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung gehen bis auf das Ende des 19. Jahrhunderts zurück, führten jedoch nicht zum Ziel. Aus Anlaß des Generalstreiks in der Schweiz nach dem ersten Weltkrieg erklärte sich der Bundesrat bereit, an die Verwirklichung der AHV heranzutreten. Die Voraussetzung der AHV war eine Verfassungsänderung, denn der Bund darf nur Aufgaben übernehmen, die ihm von den Kantonen zugewiesen werden. Die Verfassungsänderung wiederum ist nur durch ein Referendum (Volksentscheid) möglich, das auch 1925 durchgeführt wurde. Der Verfassungsartikel wurde angenommen und sah die Schaffung der AHV und nach Ermessen des Bundes auch die Einführung einer Invalidenversicherung vor. Ein vom Bundesrat ausgearbeitetes Projekt der AHV wurde jedoch in einer Volksabstimmung 1931 verworfen und die Weltwirtschaftskrise und der zweite Weltkrieg verzögerten die weitere Ausführung des Planes. Erst 1946 kam das Bundesgesetz über die AHV zustande, wurde 1947 durch Volksabstimmung angenommen und am 1. Januar 1948 wurde die AHV in Kraft gesetzt. Dagegen ist die obligatorische Invalidenversicherung nicht einmal in Vorbereitung, so daß sich jeder Berufstätige gegen dieses Risiko nach eigenem Ermessen versichern lassen muß.

Die Bestimmungen der AHV sind durch das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 und die Vollzugsordnung zum Bundesgesetz über die AHV vom 31. Oktober 1947 geregelt. Die AHV soll die kommunalen und kantonalen Sozialeinrichtungen nicht ersetzen. Daher sind die Renten auch nicht sehr

hoch bemessen und stellen im allgemeinen nur eine Ergänzung der sonstigen privaten und öffentlichen Fürsorgeeinrichtungen dar. Da die AHV-Rente jedem Einzahlenden ohne Rücksicht auf seine finanzielle Lage zusteht, ist sie nicht als eine Sozialrente im engeren Sinne des Wortes anzusehen, sondern eher eine obligatorische Rentenversicherung.

Die Aufbringung der Mittel für die AHV erfolgt durch die eingenommenen Beiträge und durch Zuschüsse des Bundes und der Kantone, wobei der Bund zwei Drittel und die Kantone ein Drittel der Beiträge der öffentlichen Hand zu leisten haben. Die Beiträge des Bundes werden vor allem durch die Erträge der Tabak- und Branntweinsteuer gedeckt, die als zweckgebundene Steuern allein der AHV zufließen. Die staatlichen Leistungen (Bund und Kantone) dürfen aber 50 v.H. der Versicherungsleistungen nicht überschreiten.

Die AHV ist für alle in der Schweiz wohnenden natürlichen Personen und alle in der Schweiz arbeitenden Erwerbstätigen obligatorisch. Daher sind die deutschen Grenzgänger in die AHV mit einbezogen. Der grundlegende Unterschied der AHV zur deutschen Rentenversicherung besteht darin, daß gleicherweise Arbeitnehmer und Arbeitgeber (soweit sie natürliche Personen sind) in der AHV pflichtversichert sind und dieser Pflichtversicherung alle Lohn- und Einkommensbezieher ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens unterliegen. Bei der deutschen Rentenversicherung besteht die Versicherungspflicht nur bei Arbeitnehmern und bei diesen auch nur bis zu einer bestimmten Einkommensgrenze. Weiterhin besteht bei der AHV keine umfassende Invalidenversicherung wie bei der deutschen Rentenversicherung, sondern lediglich die Versicherung gegen Altersinvalidität.

Von der AHV sind nur erwerbstätige Kinder unter 15 Jahren, Personen über 65 Jahre, mithelfende Familienangehörige, soweit sie keinen Barlohn erhalten, und nichterwerbstätige Ehefrauen von Versicherten befreit. Nicht erwerbstätige sonstige Personen sind beitragspflichtig, sobald

sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Können sie noch keinem Erwerb nachgehen (z.B. Hochschüler) oder beziehen sie keinen Barlohn, so müssen sie einen symbolischen Beitrag von einem Franken pro Monat entrichten. Nach dem deutsch-schweizerischen Sozialversicherungsabkommen kann der deutsche Grenzgänger, wenn er in Deutschland freiwillig einer gleichwertigen Sozialversicherung angehört, von der Beitragsverpflichtung zur AHV befreit werden, sofern er eine unzumutbare Doppelbelastung nachweisen kann. Eine unzumutbare Doppelbelastung ist im allgemeinen dann gegeben, wenn die Beiträge an die deutsche Rentenversicherung und an die schweizerische AHV zusammen sechs oder mehr Prozent des maßgebenden Lohnes oder des Einkommens aus unselbständiger Arbeit ausmachen. Dabei werden die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers so weit als möglich berücksichtigt. Die Befreiung von der Beitragspflicht zur AHV sprechen die zuständigen schweizerischen Ausgleichskassen aus.

Die Voraussetzungen für die Zahlung einer Rente durch die AHV bestehen in der Erfüllung der Wartezeit und dem Eintritt des Versicherungsfalles. Im Gegensatz dazu ist bei der deutschen Rentenversicherung außer diesen beiden genannten Faktoren noch die Erhaltung der Anwartschaft notwendig. Wird die Anwartschaft nicht durch die dafür gesetzlich festgelegten Beiträge erhalten, so verfallen sämtliche bisher geleisteten Beiträge. Mit einer wieder beginnenden Zahlung von Beiträgen beginnt auch eine neue Versicherung ohne Berücksichtigung der bisher geleisteten Beiträge. Dagegen bleibt bei der AHV nach Erfüllung der Wartezeit die Anwartschaft auf die Rente in jedem Falle erhalten, unabhängig davon, ob weiterhin Beiträge geleistet werden oder nicht.

Nach dem deutsch-schweizerischen Sozialversicherungsabkommen werden die von den Grenzgängern in der AHV zurückgelegten Beitragszeiten sowie die ihnen gleichstehenden Ersatzzeiten (Arbeitsdienst, Wehrmacht, Gefangenschaft, Internierung usw.) in der deutschen Rentenversicherung berücksichtigt:

1. für die Erfüllung der Wartezeit im Falle einer Altersrente, falls mindestens 260 Wochenbeiträge oder 60 Monatsbeiträge zu den deutschen Rentenversicherungen entrichtet wurden,
2. für die Erhaltung der Anwartschaft in den Fällen der Alters- und Hinterbliebenenrenten.

Die in der AHV zurückgelegten Versicherungszeiten bleiben jedoch bei der Feststellung eines Rentenanspruchs wegen Invalidität (Invalidenversicherung) oder Berufsunfähigkeit (Angestelltenversicherung) unberücksichtigt. Hierfür muß der Grenzgänger eine Wartezeit von mindestens 60 Beitragsmonaten zur deutschen Rentenversicherung belegen können und sich die Anwartschaft durch freiwillige Beiträge in der dem Einkommen entsprechenden Beitragsklasse erhalten. Diese betragen in der Invalidenversicherung pro Jahr mindestens 26 Wochenbeiträge einschl. Ersatzzeiten (Arbeitslosigkeit, Fürsorgebezug, Krankheit).

Die deutschen Grenzgänger erhalten die ordentliche Rente der AHV unter den gleichen Voraussetzungen wie schweizerische Versicherte, doch müssen sie mindestens für fünf volle Jahre Beiträge an die AHV abgeführt haben. Dasselbe gilt für die Hinterlassenenrenten der Angehörigen der Grenzgänger. Die Renten der AHV werden ohne Berücksichtigung der von den Grenzgängern bei deutschen Versicherungsträgern zurückgelegten Versicherungszeiten festgesetzt. Der Versicherungsfall tritt mit der Vollendung des 65. Lebensjahres oder dem Tod des versicherten Grenzgängers ein. Sind bei Eintritt des Versicherungsfalles die Voraussetzungen für den Bezug einer Rente der AHV nicht erfüllt, so werden die vom Grenzgänger und seinem schweizerischen Arbeitgeber entrichteten Beiträge auf Antrag an die deutsche Rentenversicherung überwiesen. Der deutsche Versicherungsträger gewährt für die überwiesenen Beiträge einen zusätzlichen Steigerungsbeitrag zu den deutschen Rentenleistungen. Besteht kein Rentenanspruch des Grenzgängers in Deutschland, so werden die überwiesenen Beiträge auf Antrag dem Grenzgänger oder seinen Hinterbliebenen ausgezahlt. Eine Rückver-

gütung ist allerdings erst mit dem Eintritt des Versicherungsfalles (Erreichung des 65. Lebensjahres oder Tod des Versicherten) und nicht vorzeitig möglich.

Die Höhe der Renten bestimmt sich nach:

1. Rentenart
2. Beitragsdauer (Übergangsrente = 0 Jahre, Teilrente = 1 - 19 Jahre, Vollrente = 20 Jahre und mehr)
3. durchschnittlichem Jahresbeitrag.

Als Rentenarten sieht die AHV die Altersrenten (einfache und Ehepaar-Altersrente), Witwenrenten und Waisenrenten vor. Alleinstehende Personen erhalten eine einfache Altersrente, für die ein jährlicher Mindestbetrag von 720 Franken und ein jährlicher Maximalbetrag von 1.700 Franken vorgesehen ist. Die Ehepaar-Altersrente beträgt 1.160 bis 2.720 Franken im Jahr. Diesen Zahlen liegt die Rentenerhöhung durch Revision der AHV im Jahre 1953 zugrunde, die seit 1. Januar 1954 gültig ist. Witwen- und Waisenrenten werden auf Grund der einfachen Altersrente berechnet. Die Übergangsrenten sind für diejenigen Personen vorgesehen, die bei Inkrafttreten des Gesetzes das bezugsberechtigte Alter erreicht hatten und für Witwen und Waisen, die keinen Anspruch auf eine durch Beiträge entstandene Rente haben.

Der Beitrag zur AHV beträgt, bis auf wenige Ausnahmen, für jeden Erwerbstätigen 4 v.H. des Bruttoeinkommens. Bei unselbständigen Erwerbstätigen trägt der Arbeitgeber die Hälfte, so daß sich der Arbeitnehmeranteil auf 2 v.H. des Bruttoeinkommens erniedrigt. Der Arbeitnehmeranteil für die schweizerische AHV liegt mit 2 v.H. des Bruttoeinkommens bedeutend niedriger als der Arbeitnehmeranteil von 5,5 v.H. des Bruttoeinkommens zur deutschen Invalidenversicherung. Doch muß hierbei berücksichtigt werden, daß in der deutschen Invalidenversicherung sämtliche Invaliditätsfälle einen Anspruch auf Rente begründen, während die AHV nur die Altersinvalidität berücksichtigt. Weiterhin liegen die schweizerischen AHV-Renten, gemessen an den Lebenshaltungskosten in der Schweiz, bedeutend niedriger als die Renten der

deutschen Invalidenversicherung, so daß der in der AHV Versicherte meist noch eine Zusatzversicherung irgendwelcher Art abschließen wird, um später in den Genuß einer ausreichenden Rente zu kommen. Der schweizerische Arbeitnehmer wird meistens in der vorgenannten Art verfahren, denn die Altersversorgung im Rahmen der privaten Versicherungen hat in der Schweiz, begünstigt durch die Neutralität in zwei Weltkriegen und die nur geringe Entwertung der Franken-Währung gegenüber anderen Währungen, schon immer eine bedeutende Rolle gespielt. Hier liegt für den Grenzgänger eine gewisse Gefahr, wenn er sich aus den Renten der AHV für das Alter genügend gesichert glaubt. Die AHV-Rente wird nur in Ergänzung zu einer betrieblichen oder privaten Altersversorgung eine ausreichende Altersrente darstellen.

C. Freiwillige Versicherungen des Grenzgängers

1) Die Krankenversicherung

Da eine gesetzliche Regelung für die Heranziehung der deutschen Grenzgänger zur Krankenversicherung nicht besteht und die Krankenversicherung auch nicht in das deutsch-schweizerische Sozialversicherungsabkommen einbezogen ist, gelten für die Krankenversicherung die innerstaatlichen Gesetze der Schweiz.

In der Schweiz besteht zum größten Teil für die Krankenversicherung keine Versicherungspflicht. Die Bestimmungen sind in den einzelnen Kantonen und Gemeinden unterschiedlich geregelt. Abgesehen von der Krankenpflichtversicherung in einigen wenigen Gebieten ist nur eine freiwillige Krankenversicherung bei einer eventuell vorhandenen öffentlichen Krankenkasse der Schweiz oder der Abschluß einer Versicherung bei einer privaten Krankenkasse möglich. Zwar sind schon seit einiger Zeit Bestrebungen im Gange, die Krankenversicherungspflicht auch für die Grenzgänger einzuführen, und zwar nach dem Wohnortsprinzip. Der Grenzgänger müßte danach der Allgemeinen Ortskrankenkasse seines deutschen Wohnorts oder einer entsprechenden Ersatzkasse angehören und an sie die gesetzlich festgelegten Beiträge abführen. Doch haben diese Bemühungen noch zu keinem Ergebnis geführt.

Der Grenzgänger kann, um Versicherungsschutz gegen Krankheit zu genießen, entweder bei einer deutschen oder einer schweizerischen Krankenkasse freiwillig versichert sein. Diese freiwillige Versicherung ist möglich bei den deutschen Allgemeinen Ortskrankenkassen, Ersatzkassen oder privaten Krankenversicherungsanstalten, weiterhin bei schweizerischen Krankenversicherungsanstalten. Im Gegensatz zu den deutschen Krankenversicherungen kennen die schweizerischen Krankenversicherungen die Mitversicherung der Familie nicht. Der Grenzgänger muß, wenn er Mitglied einer schweizerischen Krankenkasse ist, seine Angehörigen extra versichern. Weiterhin sind, wie auch bei der schweizerischen Unfallversicherung, Motorradunfälle nicht in den Versicherungsschutz der schweizerischen Kranken-

versicherungen eingeschlossen.

Da für die Krankenversicherung zwischen der Bundesrepublik keine durch zwischenstaatliche Abkommen geregelten Gegenseitigkeitserklärungen abgegeben wurden, ist eine gegenseitige Anrechnung von in beiden Staaten zurückgelegten Versicherungszeiten unzulässig. Daher müssen sich die deutschen Grenzgänger zur Erhaltung ihrer Ansprüche aus der deutschen Krankenversicherung bei der für ihren Wohnort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse freiwillig versichern. Die Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz sind allerdings an eine Pflichtversicherung geknüpft, so daß den Grenzgängerinnen in diesem Falle auch bei einer freiwilligen Versicherung keine Ansprüche gegen die deutsche Krankenkasse zustehen.

Die Krankenkassen des deutschen Grenzgebietes gehen in der Regel von dem Grundsatz aus, daß der Grenzgänger nicht schlechter und nicht besser gestellt sein soll, als wenn er seine Tätigkeit auf deutscher Seite ausüben würde und hier pflichtversichert wäre. Im allgemeinen können sich die deutschen Grenzgänger bei der für ihren Wohnort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse gegen Krankheit mit oder ohne Kranken- und Hausgeldanspruch versichern lassen. Eine Leistungseinschränkung besteht insofern, als der Anspruch des Grenzgängers an einen Versicherungsträger in der Schweiz dem Anspruch an die deutsche Krankenkasse vorgeht und die deutsche Krankenkasse nur so weit leistungspflichtig ist, als in der Schweiz bestimmte Leistungen überhaupt nicht oder nicht in demselben Umfang gewährt werden wie von der deutschen Krankenkasse.

Auf dem Gebiet der Krankenversicherung ergibt sich für den Grenzgänger eine Reihe von Problemen. Ist der Grenzgänger in der Schweiz gegen Krankheit pflichtversichert oder gehört einer Krankenversicherung freiwillig an, so muß er, um die Familie in den Schutz gegen Krankheit mit einzubeziehen, sich zusätzlich bei der deutschen Krankenkasse freiwillig versichern lassen. Hier hat er auch auf die in der Schweiz nicht gewährten Leistungen

für Motorradunfälle Anspruch. Durch diese doppelten Beitragszahlungen können dem Grenzgänger große Belastungen entstehen. Weiterhin gehen dem Grenzgänger die Arbeitgeberanteile verloren, so daß er für denselben Beitrag, den er als Arbeitnehmeranteil bei einer Beschäftigung in Deutschland entrichten würde, als freiwillig Versicherter einen geringeren Leistungsanspruch an die deutsche Krankenkasse hat.

Für die Feststellung, in welchem Umfang und wo die Grenzgänger gegen Krankheit versichert sind, fehlt jede Möglichkeit. In der Schweiz sind zahlreiche öffentliche, betriebliche und private Krankenkassen an der Versicherung der Grenzgänger beteiligt. In Deutschland besteht neben der freiwilligen Versicherung bei den Ortskrankenkassen auch noch die Möglichkeit für den Grenzgänger, sich bei Berufs-, Innungs- oder Privatkrankenkassen versichern zu lassen. Die Vielfalt der an der Versicherung des Grenzgängers beteiligten Krankenversicherungsanstalten läßt keine Erfassung der Grenzgänger nach den von ihnen eingegangenen Krankenversicherungen zu. Auch in den Ortskrankenkassen werden die Grenzgänger unter den gesamten freiwillig Versicherten geführt, so daß hier keine Aussonderung möglich ist. Doch ergeben sich, da wahrscheinlich eine gewisse, wenn auch nicht festzustellende Zahl von Grenzgängern keine freiwillige Versicherung gegen Invalidität und Krankheit abgeschlossen hat, für die Wohngemeinden dieser Grenzgänger unter Umständen große Belastungen durch Fürsorgeleistungen.

2) Die Arbeitslosenversicherung

Nach einem Übereinkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Deutschen Reich über die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger vom 4. Februar 1928 (RGBl. II S. 311) unterstehen die Grenzgänger hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung dem Wohnsitzstaat (Art. 1) und dürfen im Beschäftigungsstaat zur Arbeitslosenversicherung nicht herangezogen werden (Art. 2). Der deutsche Arbeitsminister kann, nach dem Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927 in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 8. Oktober 1947, Beschäftigungen, die im In- oder Ausland im Bezirk des Grenzverkehrs ausgeübt werden, von der Versicherungspflicht befreien. Die weiteren rechtlichen Voraussetzungen für die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger sind in der Verordnung über die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger an der deutsch-schweizerischen Grenze vom 25. Mai 1928 (RGBl. I S. 157) und durch den dazugehörigen Erlaß des Bundesministers für Arbeit vom 11. Mai 1953 gegeben. Danach unterliegen die Grenzgänger nach der Schweiz nicht der Arbeitslosenversicherung, aber ihre Anwartschaft bleibt erhalten, wenn sie sich freiwillig weiter gegen Arbeitslosigkeit auf deutscher Seite versichern.

Durch die vorgenannte Verordnung hat der Grenzgänger nach der Schweiz bei Zahlung seines Beitragsanteils dieselben Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung, als wenn für ihn der Arbeitgeberanteil mit geleistet worden wäre. Die Bemessung der Unterstützung nach den vorausgeleisteten Beiträgen, wie sie bei der Invaliden- und Krankenversicherung erfolgt, trifft für die Arbeitslosenversicherung nicht zu.

Eine freiwillige Beitragsentrichtung zur Arbeitslosenversicherung ist nur bei den Beschäftigungsverhältnissen möglich, die nach deutschem Recht der Arbeitslosenversicherungspflicht unterliegen. Grenzgänger, die als land- und forstwirtschaftliche Arbeitnehmer oder als Hausgehilfinnen in der Schweiz beschäftigt sind, können

durch freiwillige Beitragszahlungen keine Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erwerben, da sie nach deutschem Recht versicherungsfrei sind.

Der Beitrag für die Arbeitslosenversicherung ist von dem Grenzgänger bei der für ihn zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse einzuzahlen. Der Grenzgänger muß den gleichen Beitrag entrichten, den er zu zahlen hätte, wenn er auf deutscher Seite der Pflicht zur Arbeitslosenversicherung unterliegen würde. Da z.Zt. der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung in der Bundesrepublik 3 v.H. des Bruttoeinkommens des Versicherungspflichtigen beträgt, wovon Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte zu tragen haben, hat der Grenzgänger bei freiwilliger Arbeitslosenversicherung 1,5 v.H. seines Bruttoeinkommens als Beitrag abzuführen. Für den Erwerb der Anwartschaft aus Arbeitslosenunterstützung bleibt jedoch eine Beschäftigungszeit außer Betracht, für die der Beitrag nicht innerhalb vier Wochen seit dem Zahltag entrichtet wird, den die Satzung der Krankenkasse bestimmt.

Als Leistungen werden dem freiwillig versicherten Grenzgänger die Arbeitslosenunterstützung und Krankenversicherungsschutz während der Dauer des Unterstützungsbezuges gewährt. Unter bestimmten Voraussetzungen können auch Leistungen gewährt werden, die für die Beendigung der Arbeitslosigkeit von Bedeutung sind (Umschulung, Fortbildung usw.). Die Arbeitslosenunterstützung setzt sich aus der Hauptunterstützung und den Familienzuschlägen zusammen. Die Höhe der Hauptunterstützung wird aus dem Lohn- einkommen des Grenzgängers in den letzten 13 Wochen (3 Monaten) vor der Meldung der Arbeitslosigkeit errechnet.

Seit kurzem ist nach dem Gesetz zur Änderung und Ergänzung der AVAVG vom 16.3.1956 (BGBl.I S.243) und der zugehörigen Durchführungsverordnung vom 31.Juli 1956 seit 4.April 1956 rückwirkend die Arbeitslosenhilfe eingeführt worden. Danach können Arbeitnehmer, die gegen Arbeitslosigkeit nicht pflichtversichert sind, im Falle der unverschuldeten Arbeitslosigkeit Arbeitslosenhilfe

erhalten. Die Voraussetzung für den Anspruch auf Arbeitslosenhilfe wird durch 10 Wochen Arbeitnehmertätigkeit im In- oder Ausland vor der Arbeitslosmeldung erfüllt, sofern der Arbeitnehmer seinen Wohnsitz in der Bundesrepublik hat. Infolgedessen können auch Grenzgänger, die nicht freiwillig in der Bundesrepublik gegen Arbeitslosigkeit versichert sind, Arbeitslosenhilfe erhalten. Jedoch liegen die Leistungen aus Arbeitslosenhilfe niedriger als die Leistungen aus der Arbeitslosenunterstützung.

Die Zahl der in der Arbeitslosenversicherung freiwillig versicherten Grenzgänger ist nicht genau festzustellen. Zudem hat der Grenzgänger noch die Möglichkeit, bei den schweizerischen Gewerkschaften und anderen Institutionen, die eine Arbeitslosenversicherung unterhalten, eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit abzuschließen. Bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen werden die Grenzgänger in der allgemeinen Kartei der freiwillig Versicherten geführt, so daß eine Auszählung nur von Amts wegen möglich ist. Eine Umfrage des Arbeitsamtes Lörrach im Januar 1954 bei den Allgemeinen Ortskrankenkassen Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut ergab für den Arbeitsamtsbezirk Lörrach folgende Situation:

A O K	Anzahl der Grenzgänger	davon Bei- tragszahler	in v.H.
Müllheim	349	32	9,2
Lörrach	3.661	212	5,8
Säckingen	1.303	151	11,6
Waldshut	3.357	980	29,0
zusammen	8.688	1.375	15,8
=====			

Auch bei einer Sondererhebung über die Grenzgänger in den Gemeinden Jestetten, Lottstetten und Altenburg im Juli 1955 durch das Arbeitsamt Lörrach waren von 772 Grenzgängern bei der zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse nur 180 Grenzgänger gegen Arbeitslosigkeit versichert, was einem Anteil von 23,3 v.H. entspricht.

Die schon angeführten Gründe lassen jedoch eine Aussage über den Umfang der Nichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit bei den Grenzgängern nicht zu. Die jetzt mögliche Unterstützung des arbeitslosen Grenzgängers durch Arbeitslosenhilfe wird den bisher noch nicht versicherten Grenzgänger noch weniger geneigt machen, freiwillige Beiträge zur deutschen Arbeitslosenversicherung zu entrichten. Befragungen einzelner Grenzgänger haben ergeben, daß vor allem die nichtversicherten Grenzgänger, die einer saisonalen Arbeitslosigkeit unterliegen (z.B. im Baugewerbe), mit Hilfe der Arbeitslosenhilfe und aufgesparter Mittel sowie zusätzlicher Schwarzarbeit die Zeit der Arbeitslosigkeit überbrücken. Oft führen diese Grenzgänger auch das Argument an, daß sie in den Wochen der Arbeitslosigkeit endlich diejenigen Reparaturen im eigenen Haus oder der Wohnung ausführen, für die sie während der Saison keine Zeit finden konnten.

Bei der augenblicklichen Arbeitsmarktlage bedeutet die Nichtversicherung von Grenzgängern gegen Arbeitslosigkeit keine Gefahr. Bei einem Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten würden die Grenzgänger, die keine Arbeitslosenversicherung abgeschlossen haben, wiederum den Gemeinden als Fürsorgeempfänger in gewissem Umfang zur Last fallen.

Das Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das am 1. April 1957 in Kraft treten wird, bringt auch wesentliche Änderungen für die deutschen Grenzgänger nach der Schweiz mit sich. Nach den Bestimmungen des Gesetzes kann der Bundesminister für Arbeit die Beschäftigung von Grenzgängern im Ausland der allgemeinen Versicherungspflicht unterwerfen. Es bleibt abzuwarten, ob und wann eine entsprechende Rechtsverordnung über die Arbeitslosenversicherung der Grenzgänger erlassen wird. Für die Übergangszeit bis zum Erlass einer Rechtsverordnung ändert sich am bisherigen Zustand der freiwilligen Beitragsleistung nichts.

3) Betriebliche Sozialversicherung der Grenzgänger

Viele Grenzgänger sind, vor allem wenn sie in größeren Unternehmungen der Schweiz arbeiten, gegen die einzelnen Risiken des Berufs- und Privatlebens durch betriebliche Sozialversicherungen gedeckt. Dies gilt vorwiegend für diejenigen Grenzgänger, die schon seit längerer Zeit in ein und demselben schweizerischen Betrieb arbeiten. Die betrieblichen Versicherungszweige der schweizerischen Unternehmungen können die Versicherungszweige Krankenversicherung, Alters- und Invaliden-Rentenversicherung sowie Betriebssparkassen und Zuschüsse bei Notlagen und in Form von Sterbegeld umfassen. Die Rentenversicherung gewährt in der Regel Renten im Invaliditätsfalle, Altersrenten, Witwen- und Waisenrenten als Zusatzrenten zu den AHV-Renten. Als Beispiel für die Art der betriebseigenen Sozialversicherungen sollen die Betriebskrankenkasse und die Arbeiter-Rentenkasse der Georg Fischer Aktiengesellschaft in Schaffhausen herangezogen werden, die auch für die über 700 dort beschäftigten deutschen Grenzgänger verbindlich sind.

In die Arbeiter-Rentenkasse der Georg Fischer Aktiengesellschaft werden alle mindestens 20 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen aufgenommen, die in einem ordentlichen Dienstverhältnis mit dieser Firma stehen. Das Reglement der Arbeiter-Rentenkasse vom 1.1.1956 sieht eine Vorversicherung und eine Hauptversicherung vor. Die Vorversicherung gilt vor Ablauf von 10 Dienstjahren. Danach werden bei Tod oder Invalidität des Versicherten einmalige Abfindungen ausgezahlt. Wird der Versicherte vollständig und voraussichtlich dauernd invalid, so erhält er eine einmalige Abfindung von 1.000 bis 5.000 Franken, die nach den Dienstjahren berechnet wird. Beim Tode des Versicherten erhält die Abfindung seine Witwe. Für Kinder sind bei invaliden oder verstorbenen Versicherten zusätzliche Abfindungen vorgesehen, z.B. für ein Kind 480 Franken, für 4 Kinder 1.200 Franken. Die Hauptversicherung tritt in Kraft, wenn ein Arbeiter 10 Jahre oder länger in der Firma beschäftigt gewesen ist.

Danach hat der Versicherte bei Invalidität vor Erreichung des Rücktrittsalters Anspruch auf lebenslängliche Invalidenrente und bei Dienstaustritt nach Erreichung des Rücktrittsalters (65 Jahre bei Arbeitern, 60 Jahre bei Arbeiterinnen) Anspruch auf eine lebenslängliche Altersrente. Die jährlichen Alters- und Invalidenrenten setzen sich aus einer Grundrente von 800 Franken und einer Zusatzrente von einem Fünftel der vom Versicherten bis zum Alters- oder Invaliditätsrücktritt insgesamt geleisteten Beiträge zusammen, wozu noch die Kinderrenten kommen. Bei Tod eines Versicherten erhält die Witwe eine Witwenrente und die Kinder erhalten Waisenrenten.

Eine Bestimmung, die besonders für die Grenzgänger von Bedeutung ist, behandelt die Austrittsleistungen. Wenn ein Versicherter vorzeitig aus dem Dienst der Georg Fischer AG. ausscheidet, d.h. ohne Anspruch auf eine Kassenleistung wegen Alters oder Invalidität, so hat er Anspruch auf Rückerstattung der von ihm geleisteten Beiträge ohne Zins. Kein Grenzgänger, der etwa nach einigen Beschäftigungsjahren bei der Georg Fischer AG. wieder in Deutschland eine Beschäftigung annimmt, geht der an die Arbeiter-Rentenkasse gezahlten Beiträge verlustig. Die Versicherten leisten zur Kasse jährliche Beiträge von 2 v.H. des für die AHV beitragspflichtigen Lohnes. Die weitere Finanzierung erfolgt mittels einer Gründungseinlage von 10 Mill.Franken und eines jährlichen Beitrags durch die Firma in mindestens der Höhe des Gesamtbetrages der Beiträge der Arbeiter. Ähnliche Regelungen gelten auch für die von der Georg Fischer AG. eingerichtete Angestellten-Pensionskasse.

Die Betriebskrankenkasse der Georg Fischer AG. bezweckt die Unterstützung ihrer Mitglieder und der mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder. Die Betriebskrankenkasse ist also, im Gegensatz zu den Gepflogenheiten der sonstigen schweizerischen Krankenkassen, die nur dem Versicherten selbst Krankenschutz gewähren, eine Familienversicherung. Mitglieder der Betriebskrankenkasse können alle Angestellten, Arbeiter,

Arbeiterinnen, die bei der Firma in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sowie die pensionierten und in den Ruhestand getretenen Firmenmitglieder sein. Die Zugehörigkeit zur Betriebskrankenkasse ist für Arbeiter obligatorisch, Angestellten ist sie freigestellt. Die Mitgliedschaft erlischt durch den Austritt aus der Georg Fischer AG. und durch Wegzug ins Ausland außerhalb eines Umkreises von 20 km von der Stadt Schaffhausen.

Die Betriebskrankenkasse gewährt nach den Statuten vom 1.1.1956 ihren Mitgliedern je nach Gruppeneinteilung im Erkrankungsfalle die nach dem Statut festgelegten Leistungen. Der Anspruch auf Leistungen erstreckt sich auf die ambulante Behandlung, besondere Pflegeleistungen, Krankengeld, Wöchnerinnenhilfe, Krankenhaus-, Heil- und Kuraufenthalte. Der Versicherte ist an die Behandlung durch die Vertragsärzte der Georg Fischer AG. gebunden, nur in besonders festgelegten Ausnahmefällen können andere Ärzte zur Behandlung hinzugezogen werden. Freiwillige Leistungen der Betriebskrankenkasse werden für Zahnpflege, Röntgenbehandlungen, Bäder, Massagen und orthopädische Mittel gewährt.

Die Höhe der Beiträge wird jährlich festgesetzt und so bemessen, daß aus den Einnahmen voraussichtlich die Ausgaben bestritten werden können. Die Beiträge werden allen Mitgliedern am Lohn oder am Krankengeld zum Abzug gebracht. Die Einteilung in die entsprechenden Beitragsklassen der Krankengeldversicherung erfolgt in drei Gruppen auf Grund des Jahres-Durchschnittsverdienstes. Im Jahre 1954 betrug der Beitrag zur Betriebskrankenkasse der Georg Fischer AG. rund 4,5 v.H. des Bruttoeinkommens.

Das Reglement für die Familienversicherung umreißt den Kreis der Familienversicherten und den Umfang der Leistungen aus der Betriebskrankenkasse. Im allgemeinen werden dieselben Leistungen für die Familienmitglieder gewährt, die auch der Versicherte aus der Betriebskrankenkasse der Georg Fischer AG. erhält.

Die gesamten Sozialleistungen der Georg Fischer AG. bestehen gemäß Verbandsabreden in Kinderzulagen, bezahlten Ferien, Feiertagsvergütungen, Arbeitgeberbeiträgen zu den verschiedenen Versicherungen und als freiwillige Leistungen in der Arbeiter-Rentenkasse, der Angestellten-Pensionskasse, der Alterssparkasse, der Betriebskrankenkasse, Gratifikationen und verschiedenen Regelungen des betrieblichen Sozialdienstes.

Der Einblick in die betriebseigene Sozialversicherung der Georg Fischer Aktiengesellschaft in Schaffhausen zeigt, daß die Grenzgänger, die in größeren Betrieben in der Schweiz arbeiten, durch die dort bestehenden vorbildlichen Sozialeinrichtungen als sozial voll gesichert gelten können. Hierbei muß aber gleich wieder darauf hingewiesen werden, daß dies in erster Linie auf die strukturellen Grenzgänger zutrifft, die schon seit Jahren in der gleichen Unternehmung beschäftigt sind.

E r g e b n i s u n d A u s b l i c k

Der Grenzgängerverkehr nach der Schweiz hat sich seit dem Jahre 1951 in sehr großem Umfang verstärkt. Dabei zeichnen sich in der gleichmäßigen Aufwärtsentwicklung von 1952 bis 1956 die saisonalen Schwankungen, die hauptsächlich durch die im Baugewerbe der Schweiz beschäftigten Grenzgänger verursacht werden, innerhalb der absoluten Steigerung deutlich ab. An Hand der Kreis- und Gemeindestatistik kann auch eine bedeutende Ausweitung des Grenzgänger-Einzugsgebietes in den südbadischen Landkreisen und Gemeinden festgestellt werden. Selbst aus grenzferneren Kreisen und Gemeinden, die in den ersten Nachkriegsjahren noch keine Grenzgänger aufzuweisen hatten, pendelten in den letzten Jahren viele Erwerbstätige nach der Schweiz. Dagegen hält sich der Grenzgängerverkehr Schweiz-Deutschland ziemlich konstant und in geringen Grenzen. Den Hauptanteil des Grenzgängerverkehrs tragen bei den Kreisen die Landkreise Lörrach und Waldshut, bei den Gemeinden die Städte Konstanz, Lörrach, Rheinfelden und Waldshut sowie die Gemeinden Weil und Tiengen.

Der für die Landkreise Lörrach und Müllheim sowie für die Stadt Waldshut ermittelte Altersaufbau der Grenzgänger ergibt, daß drei Viertel aller Grenzgänger jünger als 35 Jahre sind und fast die Hälfte aller hier ermittelten Grenzgänger in der Altersgruppe zwischen 20 und 30 Jahren liegt. Da bei dieser Untersuchung über 40 v.H. aller Grenzgänger erfaßt sind, darf der ermittelte Altersaufbau wohl als typisch für den gesamten Grenzgängerverkehr angesehen werden. Die weiteren Ermittlungen nach dem Familienstand der Grenzgänger zeigen, daß vorwiegend junge und unverheiratete Grenzgänger, die keine eigene Familie zu versorgen haben, eine Arbeit in der Schweiz angenommen haben.

Die Aufgliederung der Grenzgänger nach den Wirtschaftszweigen bzw. Berufsgruppen, in denen sie in der Schweiz

beschäftigt sind, spiegelt die überragende Bedeutung der Metallindustrie und des Bau- und Baunebengewerbes in der Schweiz für den Grenzgängerverkehr wider. Diesen beiden Wirtschaftsabteilungen, in denen fast die Hälfte aller deutschen Grenzgänger arbeitet, folgt erst mit großem Abstand die Textil- und Bekleidungsindustrie, während die übrigen Industrie- und Wirtschaftszweige sowie die Land- und Forstwirtschaft eine untergeordnete Rolle spielen. Der überwiegende Teil der Grenzgänger setzt sich aus Facharbeitern zusammen, die in der Schweiz bevorzugt aufgenommen werden und für die im Lohngefälle Schweiz-Deutschland der größte Anreiz zur Arbeitsaufnahme in der Schweiz besteht. Die Ermittlungen im Landkreis Müllheim und im oberen Wiesental bestätigten dieses.

Das größte geschlossene Einpendlerzentrum des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ist das Gebiet Basel und Umgebung. Weitere zentrale Arbeitsorte der deutschen Grenzgänger in der Schweiz sind vor allem die Städte Baden im Kanton Aargau, Schaffhausen im Kanton Schaffhausen und Kreuzlingen im Kanton Thurgau. Die Aufteilung der Grenzgänger nach den Berufsgruppen in den einzelnen Kantonen ergibt immer ein Spiegelbild der jeweils in diesem Kanton vorherrschenden Industrie, die sowieso meistens in Grenznähe liegt.

Im Berufsverkehr legt der größte Teil der Grenzgänger selten mehr als 10 oder 15 km vom Wohnort zur Arbeitsstelle zurück. Zum Teil liegen die deutschen Wohngemeinden und schweizerischen Betriebsgemeinden so nahe zusammen, daß hier schon fast von einer innerstädtischen Pendelwanderung gesprochen werden kann. Nur ein kleiner Teil der Grenzgänger hat eine Anfahrtstrecke von 50 km und mehr vom deutschen Wohnort zur schweizerischen Arbeitsstelle zurückzulegen. Die Höhe des Kraftradbestandes in den südbadischen Grenzkreisen, die zum Teil weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegt, läßt in Verbindung mit den guten Verdienstmöglichkeiten der Grenzgänger und den steuerlichen Erleichterungen, die ihnen für eine Fahrzeughaltung im Berufsverkehr einge-

räumt werden, Schlüsse auf eine starke Motorisierung der Grenzgänger zu.

Für den Grenzgänger bestehen in der Schweiz nur zwei Pflichtversicherungen, die Unfallversicherung und die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Zu deutschen Versicherungen kann der Grenzgänger als Pflichtmitglied nicht herangezogen werden. Durch diese Ausnahmestimmungen für den Grenzgängerverkehr ist dem Grenzgänger gegenüber dem inländischen Arbeitnehmer ein hohes Maß von Eigenverantwortung auferlegt worden, das er jedoch nicht immer erfüllt, wie es die Umfrage bei den Ortskrankenkassen nach freiwillig gegen Arbeitslosigkeit versicherten Grenzgängern beweist. Allerdings genießt der strukturelle Grenzgänger vielfach in betriebseigenen Renten- und Krankenkassen genügenden Versicherungsschutz.

Der Grenzgänger ist in der Schweiz im allgemeinen dem inländischen Arbeitnehmer gleichgestellt. Bei den Arbeitsbewilligungen wird in der Regel sehr großzügig verfahren, und Einschränkungen werden nur für einige Saisonberufe gemacht. Jedoch sind bei der augenblicklichen Arbeitsmarktlage der Schweiz derartige Einschränkungen relativ selten. Der Einsatz der Grenzgänger wird von schweizerischer Seite aus immer nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes und der jeweiligen wirtschaftlichen Konstellation gelenkt.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ergibt sich aus seinen Ursachen und Auswirkungen. Es muß zunächst einmal zwischen dem konjunkturellen und dem strukturellen Grenzgängerverkehr unterschieden werden. Vor dem letzten Weltkriege war ein struktureller Grenzgängerverkehr vorhanden, der immer verhältnismäßig konstant blieb. Dieser auch heute noch bestehende strukturelle Grenzgängerverkehr, der natürlich in seinem Umfang nicht genau zu bestimmen ist, wird in erster Linie durch die geographische Lage der Wohngemeinden der Grenzgänger und ihrer Arbeitsplätze bedingt. Für viele Einwohner des deutschen Grenzgebietes

liegt ein schweizerischer Arbeitsplatz näher als ein solcher auf deutscher Seite. Doch geht die Entwicklung des Grenzgängerverkehrs in den letzten Jahren weit über diese Gegebenheiten hinaus, so daß der Grenzgängerverkehr Deutschland-Schweiz in seiner heutigen Form zum größten Teil als konjunktureller Grenzgängerverkehr anzusehen ist. Die Entwicklung des konjunkturellen Grenzgängerverkehrs liegt in erster Linie im Lohngefälle Deutschland-Schweiz begründet. Der Lohnvergleich zwischen Deutschland und der Schweiz ergibt, daß die in DM umgerechneten Bruttostundenlöhne in der Schweiz erheblich über denen Baden-Württembergs liegen. Die größte Differenz liegt bei den Facharbeitern vor, deren Löhne in der Schweiz um fast 50 v.H. höher sind als in Baden-Württemberg. Weiterhin macht der deutsche Grenzgänger einen Kaufkraftgewinn von 20 v.H., d.h. er muß für eine bestimmte Lebenshaltung in Deutschland 20 v.H. weniger aufwenden als ein Arbeitnehmer in der Schweiz für dieselbe Lebenshaltung.

Die positiven Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs lagen in den ersten Nachkriegsjahren in der Entlastung des südbadischen Arbeitsmarktes und den durch die Grenzgänger hereingebrachten erheblichen Devisenbeträgen. Die Deviseneinbringung hat in der augenblicklichen Situation ihren Vorteil verloren, und die Abwanderung von Arbeitskräften nach der Schweiz verschärft den z.Zt. bestehenden Facharbeitermangel noch mehr. Infolgedessen versuchen Industrie, Handwerk und Handel im deutschen Grenzraum mit sehr hohen Löhnen die Abwanderung aufzuhalten und werden dadurch in ihrer wirtschaftlichen Position geschwächt. Auch eine Erhöhung des Preisniveaus in deutschen Grenzgebiet ist eine Folge des zunehmenden konjunkturellen Grenzgängerverkehrs. Weitere negative Auswirkungen ergeben sich für die Gemeinden des Grenzgebietes, die zwar für alle Grenzgänger die kommunalen Lasten zu tragen haben, aber für sie keine Ausgleichsbeträge aus dem Gewerbesteuerenausgleich erhalten. Weiterhin ist durch den Anreiz der hohen schweizerischen Löhne ein

erheblicher Zuzug aus dem Inland in die Grenzgemeinden entstanden, der den ohnehin im Grenzgebiet schon großen Wohnungsmangel verstärkt und die Gemeinden außerstande setzt, die für den Wohnungsbau notwendigen finanziellen Mittel aufzubringen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Grenzgängerverkehr zwischen Deutschland und der Schweiz in seiner konjunkturellen Entwicklung vorwiegend negative Auswirkungen für die Wirtschaft und die Gemeinden des südbadischen Grenzgebietes zeigt, die sich durch eine weitere Zunahme des Grenzgängerverkehrs noch verstärken würden. Da die Ursachen des konjunkturellen Grenzgängerverkehrs hauptsächlich im Lohngefälle Schweiz-Deutschland zu suchen sind, dürfte allerdings bei einem Anhalten der in den letzten Jahren beobachteten Lohnentwicklung in Deutschland und der Schweiz eine weitere Nivellierung der deutschen und schweizerischen Löhne eintreten und damit der Hauptanreiz für die Abwanderung deutscher Arbeitskräfte nach schweizerischen Arbeitsplätzen mit der Zeit verloren gehen.

Den am meisten durch den Grenzgängerverkehr betroffenen Gemeinden sollten dieselben Ausgleichsbeträge gewährt werden, die die im Inland gelegenen Auspendlergemeinden aus dem Gewerbesteuerenausgleich erhalten. Eine Ausgleichsumlage auf Kreisebene würde jedoch den tatsächlichen Erfordernissen nicht gerecht werden, da diejenigen Grenzgängerwohngemeinden, die zugleich Betriebsgemeinden sind, hierbei wiederum mit herangezogen würden. Daher müßten die Ausgleichsbeträge für Grenzgängerwohngemeinden aus Landesmitteln gewährt werden; denn das Land ist durch das höhere Steueraufkommen aus der Einkommensteuer der Grenzgänger der finanzielle Nutznießer des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz. Weiterhin ist eine größere Zuweisung von Mitteln für den sozialen Wohnungsbau an die durch den Grenzgängerverkehr besonders betroffenen Gemeinden erforderlich, um die durch den Grenzgängerverkehr bestehende Lücke in dem zur Verfügung stehenden Wohnraum zu schließen.

Eine Steuerung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz ist von deutscher Seite aus sehr schwierig, da keinesfalls die im Grundgesetz festgelegte Freizügigkeit und freie Wahl des Arbeitsplatzes eingeschränkt werden darf. Daher sind jegliche diskriminierenden Maßnahmen oder gesetzlichen Regelungen, die diesen Grundrechten oder den Prinzipien der Marktwirtschaft widersprechen, unbedingt zu vermeiden. Weiterhin könnten unpopuläre Maßnahmen das gutnachbarliche Verhältnis zur Schweiz trüben, was keinesfalls im Interesse der Wirtschaft und der Öffentlichkeit des südbadischen Grenzgebietes liegt. Einige Korrekturen wären vor allem auf dem Gebiet des Sozialversicherungswesens angebracht. Durch neue Vereinbarungen oder Ergänzungsabkommen zu den bisherigen Abmachungen zwischen Deutschland und der Schweiz sollte der Status der Grenzgänger in der Sozialversicherung demjenigen der innerdeutschen Arbeitnehmer angeglichen werden. Dies gilt vor allem für die Kranken- und Invalidenversicherung. Eine doppelte Belastung durch sowohl in der Schweiz als auch in Deutschland abgeführte Beiträge, die heute noch möglich ist, würde damit entfallen. Da den Grenzgängerinnen, auch wenn sie bei einer deutschen Krankenkasse sich freiwillig versichern, keine Ansprüche auf Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz zustehen, müßte auch hier eine Änderung zu Gunsten der weiblichen Grenzgänger getroffen werden.

Durch zweckmäßige Maßnahmen, wie z.B. Aufklärungsschriften, Merkblätter und sonstige Popularisierung sowie durch eine eventuelle Verpflichtung zur Sozialversicherung in der Grenzgängerbewilligung könnten die Grenzgänger noch mehr als bisher auf die Unzulänglichkeit der in der Schweiz für sie bestehenden Pflichtversicherungen hingewiesen und in gewissem Umfang zur deutschen Sozialversicherung herangezogen werden. Da der Grenzgänger in der Arbeitslosenversicherung, auch wenn er nur seinen Arbeitnehmeranteil als Beitrag leistet, dieselben Arbeitslosenunterstützungsbeträge beanspruchen kann, als wenn der Arbeitgeberanteil mit abgeführt worden wäre, ist eine Versicherungspflicht der Grenzgänger zur deutschen Arbeitslosenversicherung durchaus gerechtfertigt.

Um einen Teil des Zuzugs von konjunkturellen Grenzgängern in das deutsche Grenzgebiet abzufangen, könnten die Wartezeiten in der Grenzzone für die Bewilligung der Arbeitsaufnahme in der Schweiz (bisher 6 Monate) in Einklang mit den schweizerischen kantonalen Arbeitsämtern verlängert werden. Weiterhin könnte der Begriff der Grenzzone, der von den schweizerischen Arbeitsämtern sehr großzügig gehandhabt wird - so gehört Freiburg nach schweizerischer Auslegung noch zur Grenzzone - auf bestimmte, tatsächlich grenznahe liegende Gebiete eingeschränkt werden.

Alle diese Maßnahmen sind jedoch nur in Verbindung mit den zuständigen schweizerischen Organen durchzuführen, deren Zustimmung und Unterstützung für den Erfolg derartiger Maßnahmen ausschlaggebend ist. Die weitgehende Dezentralisierung in der Schweiz, die den Kantonen eine sehr große Eigenbestimmung auf fast allen Gebieten des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens einräumt, ist für die Durchführung genereller Maßnahmen ein großes Hindernis. Auch sonst wird verständlicherweise auf schweizerischer Seite recht wenig Interesse für eine Einschränkung des Grenzgängerverkehrs vorliegen, da ein Teil der Industrie der nordschweizerischen Grenzkantone auf die Beschäftigung von deutschen Grenzgängern angewiesen ist und mit Hilfe der Grenzgänger die auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt bestehenden Lücken geschlossen werden konnten, ohne daß man diese Arbeitskräfte auch im eigenen Lande aufnehmen mußte. Andererseits besteht für die schweizerischen Unternehmungen des Grenzgebietes die Möglichkeit, je nach Produktion und Absatz sowie der gerade bestehenden wirtschaftlichen Lage die Belegschaftszahlen zu korrigieren.

Abkommen über die Sozialversicherung sind immer an Gegenseitigkeitserklärungen gebunden, so daß erst mit Einführung einer umfassenden zentralen Sozialversicherungspflicht in der Schweiz, die sich nicht nur auf einzelne Kantone beschränkt und der deutschen Sozialversicherung weitgehend gleichkommt, eine generelle Lösung der Sozialversicherungsfrage im Rahmen des Grenzgängerverkehrs mög-

lich ist. Weitere Schwierigkeiten bei einer Umgestaltung der Sozialversicherung für die Grenzgänger liegen darin, daß der Arbeitgeberanteil für eventuell einzuführende Pflichtversicherungen der Grenzgänger in Deutschland entfällt. Hier müßte entweder von deutscher Seite ein Ausgleich oder eine Sonderstellung für die deutschen Grenzgänger eingeführt werden, wie schon auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung, oder durch ein zwischenstaatliches Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz der schweizerische Unternehmer zur Abführung des Arbeitgeberanteils für die verschiedenen Versicherungszweige an die deutschen Versicherungsträger verpflichtet werden.

Ein langsames Abbremsen und ein Zurückführen des Grenzgängerverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz auf einen vorwiegend strukturellen Grenzgängerverkehr, der immer in gewissem Umfang bestehen wird und muß, wäre im Interesse des deutschen Grenzraumes wünschenswert. Mit Hilfe der schon angedeuteten möglichen Maßnahmen und durch eine zweckmäßige und der Gesamtwirtschaft des Grenzgebietes zuträglichen Industrieansiedlung könnte der weiteren Ausweitung des konjunkturellen Grenzgängerverkehrs vielleicht erfolgreich entgegengetreten werden. Bisher sind die Auswirkungen des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz nur gebietswirtschaftlicher Natur und Wirtschaft und Gemeinden nur zum Teil in außergewöhnlichem Maße betroffen, wenn auch das gesamte Grenzgebiet eine ganze Reihe von Nachteilen gegenüber dem Inland in Kauf nehmen muß. Doch würden bei einem plötzlichen Konjunkturumschwung in der Schweiz einige tausend Arbeitskräfte frei, die der südbadische Arbeitsmarkt nicht aufzunehmen in der Lage wäre. Die Auswirkungen einer derartigen Situation könnten, wenn eine Zurückführung des Grenzgängerverkehrs auf das normale Maß nicht möglich ist und die erwähnten Umstände eintreten, für das deutsche Grenzgebiet nicht abzusehende Folgen annehmen. Nur eine weitgehende Integration des europäischen Wirtschaftsraumes, die eine Abkehrung von der national orientierten Volkswirtschaft mit sich bringen müßte, könnte die Probleme des Grenzgängerverkehrs gänzlich beseitigen.

TABELLEN - ANHANG

Tabelle 1

Die Entwicklung der Pendelwanderung in den südbadischen
Grenzkreisen

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden - Landesplanung

Landkreis	1950	1953	1955
<u>E i n p e n d l e r</u>			
Müllheim	2.989	3.485	3.843)
Lörrach	10.863	12.629	14.340
Säckingen	4.403	6.021	6.506
Waldshut	5.110	4.756	5.458
Konstanz	8.485	9.596	12.311
<u>A u s p e n d l e r</u>			
Müllheim	4.088	4.837	5.607)
Lörrach	12.472	15.781	18.436
Säckingen	4.558	6.973	8.563
Waldshut	5.566	7.269	8.873
Konstanz	8.050	10.538	13.656
<u>Auspendlerüberschuß</u>			
Müllheim	1.099	1.352	1.764)
Lörrach	1.609	3.152	4.096
Säckingen	155	952	2.057
Waldshut	456	2.513	3.415
Konstanz	- 435	958	1.345

Tabelle 2Zunahme der Pendelwanderung 1955 in v.H.

Landkreis	gegen 1950	gegen 1953
<u>E i n p e n d l e r</u>		
Müllheim	29	10)
Lörrach	32	14
Säckingen	48	9
Waldshut	7	15
Konstanz	45	28
<u>A u s p e n d l e r</u>		
Müllheim	37	16)
Lörrach	48	17
Säckingen	88	23
Waldshut	59	22
Konstanz	69	30

Tabelle 3Pendelwanderer und Grenzgänger in den
südbadischen Grenzkreisen

Stichtag: 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden - Landesplanung

Landkreis	Auspendler über die Kreisgrenze	davon Grenz- gänger	Grenzgänger in v.H. der Auspendler
(Müllheim	2.333	438	19)
Lörrach	5.438	3.950	73
Säckingen	3.279	2.151	66
Waldshut	3.946	3.488	88
Konstanz	3.720	3.415	92
zusammen	- 18.716	13.442	Ø 72

Tabelle 4Wohnbevölkerung und Industriebeschäftigte in den
südbadischen Grenzkreisen

Zeitpunkt: Juni des angegebenen Jahres

(Wohnbevölkerung 1950 im September)

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden - Landesplanung

Landkreis	Jahr	Wohnbe- völkerung	Industrie- beschäftigte	in v.H.
(Müllheim)	1950	47.068	2.900	6,16
	1953	50.536	3.141	6,22
	1955	51.871	3.306	6,37
Lörrach	1950	107.101	18.898	17,65
	1953	117.429	20.761	17,68
	1955	124.420	21.650	17,40
Säckingen	1950	50.263	9.483	18,87
	1953	55.610	11.128	20,01
	1955	58.271	11.441	19,63
Waldshut	1950	54.407	5.968	10,97
	1953	58.426	6.347	10,86
	1955	60.909	6.663	10,94
Konstanz	1950	123.210	16.100	13,07
	1953	134.922	20.837	15,44
	1955	142.793	23.658	16,59

Tabelle 5

Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der SchweizVierteljährliche Auszahlungen der Arbeitsämter Lörrach
und Konstanz

Zahl der ausgezahlten Grenzgänger			
Jahr	Stichtag	Arbeitsamtsbezirk Lörrach	Arbeitsamtsbe- zirke Lörrach und Konstanz
1946	30.6.	441	
	30.9.	1.220	
	31.12.	1.271	
1947	31.3.	1.807	
	30.6.	1.660	
	30.9.	2.486	
	31.12.	2.527	
1948	31.3.	1.848	
	30.6.	2.205	
	30.9.	3.304	4.059
	31.12.	3.301	4.047
1949	31.3.	3.239	3.908
	30.6.	3.057	3.688
	30.9.	2.850	3.495
	31.12.	2.650	3.286
1950	31.3.	2.480	3.050
	30.6.	2.450	3.076
	30.9.	2.405	3.101
	31.12.	2.786	3.662
1951	31.3.	3.614	4.695
	30.6.	5.635	7.037
	30.9.	6.992	8.783
	31.12.	7.607	9.597
1952	31.3.	7.559	9.152
	30.6.	8.128	9.779
	30.9.	7.975	9.590
	31.12.	7.741	9.292
1953	31.3.	7.395	8.982
	30.6.	7.911	9.626
	30.9.	8.346	10.227
	31.12.	8.431	10.301
1954	31.3.	8.235	10.279
	30.6.	8.930	11.150
	30.9.	9.319	11.549
	31.12.	- *)	- *)
1955	31.3.	9.384	11.780
	30.6.	10.698	13.193
	30.9.	11.407	14.058
	31.12.	11.647	14.265
1956	31.3.	12.129	14.881
	30.6.	13.043	- **)
	30.9.	13.261	16.256

*) keine Zählungen durchgeführt

**) beim Arbeitsamt Konstanz keine Zählungen durchgeführt

Entwicklung des Grenzgängerverkehrs nach der Schweiz

Auszählungen der Arbeitsämter Lörrach und Konstanz

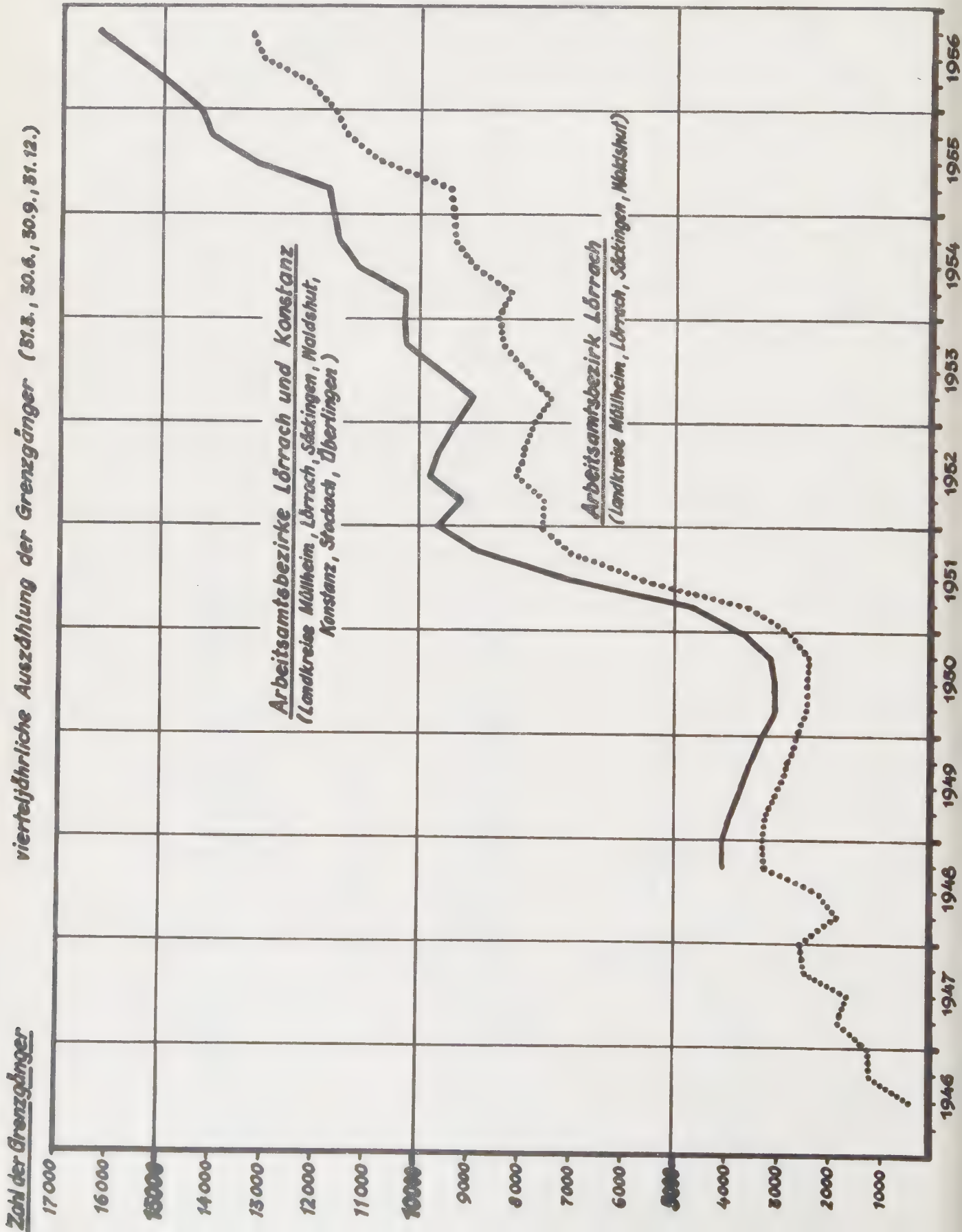


Tabelle 7Grenzgänger nach der Schweiz

Auszählungen der Arbeitsämter Lörrach, Konstanz, Freiburg, Villingen und Ravensburg

Stichtage: 30.September 1955
30.September 1956

1 9 5 5

Grenzgänger insgesamt: männlich 9.595
weiblich 5.071
zusammen 14.666
=====

Aufteilung nach Arbeitsamtsbezirken

Grenz- gänger	Arbeitsamtsbezirk				
	Lörrach	Konstanz	Freibg.	Vill.	Rav.
männl.	7.688	1.327	105	277	198
weibl.	3.719	1.324	-	1	27
zusammen	11.407	2.651	105	278	225
=====					

1 9 5 6

Grenzgänger insgesamt: männlich 11.165
weiblich 5.792
zusammen 16.957
=====

Aufteilung nach Arbeitsamtsbezirken

Grenz- gänger	Arbeitsamtsbezirk				
	Lörrach	Konstanz	Freibg.	Vill.	Rav.
männl.	9.021	1.493	184	277	190
weibl.	4.240	1.502	1	1	48
zusammen	13.261	2.995	185	278	238
=====					

Tabelle 8Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des
Landkreises Müllheim

(Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern)

Stichtage: 13.9.1950 - 21.9.1953 - 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden

Stichtag: 30.9.1956

Auszählung der Kartei des Arbeitsamtes Lörrach,
Nebenstelle Müllheim

Wohngemeinde	G r e n z g ä n g e r			
	1950	1953	1955	1956
Auggen	4	4	26	23
Badenweiler	2	5	3	14
Bamlach	4	9	14	14
Bellingen	3	13	15	27
Buggingen	-	5	5	11
Heitersheim	-	2	7	10
Hertingen	-	1	8	11
Hügelheim	-	1	12	12
Kandern	2	32	80	80
Liel	1	17	20	19
Müllheim	1	28	59	86
Neuenburg	1	23	45	34
Rheinweiler	4	2	14	21
Schliengen	12	31	53	62
Steinenstadt	2	4	14	17
übrige Gemeinden	5	38	63	74
zusammen	41	215	438	515

Tabelle 9Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des
Landkreises Lörrach

(Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern)

Stichtage: 13.9.1950 - 21.9.1953 - 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden

Stichtag: 30.9.1956

Auszählung der Kartei des Arbeitsamtes Lörrach

Wohngemeinde	G r e n z g ä n g e r			
	1950	1953	1955	1956
Adelhausen	1	4	8	11
Atzenbach	1	1	6	11
Binzen	20	26	-	62
Blansingen	1	-	5	12
Brombach	36	90	169	198
Degerfelden	4	26	33	54
Efringen-Kirchen	35	71	85	106
Egringen	15	21	25	10
Eichsel	2	7	8	17
Eimeldingen	27	15	27	44
Fahrnau	13	20	50	44
Grenzach	70	179	141	312
Haagen	15	41	74	86
Hägelberg	3	10	11	13
Haltingen	148	101	155	238
Hauingen	20	58	97	114
Hausen	2	21	29	25
Herten	13	58	105	104
Höllstein	12	39	59	55
Huttingen	10	3	7	12
Inzlingen	15	52	81	102
Istein	6	11	27	42
Kleinkems	-	5	-	20
Langenau	-	8	13	14
Lörrach	274	922	1.190	1.724
Märkt	8	-	2	11
Maulburg	10	42	-	105
Ötlingen	1	-	14	18
Rümmingen	-	10	17	10
Schopfheim	27	48	128	185
Steinen	7	73	97	124
Weil	675	632	772	1.170
Wiechs	-	15	28	24
Wieslet	1	3	8	14
Wittlingen	-	7	17	16
Wollbach	2	11	20	25
Wyhlen	62	41	317	412
Zell	2	39	40	56
übrige Gemeinden	24	50	85	119
zusammen	1.562	2.760	3.950	5.719

Tabelle 10Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des
Landkreises Säckingen

(Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern)

Stichtage: 13.9.1950 - 21.9.1953 - 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden

Wohngemeinde	G r e n z g ä n g e r		
	1950	1953	1955
Binzgen	3	19	30
Harpolingen	-	-	23
Hauenstein	-	-	11
Karsau	12	30	84
Laufenburg	10	62	131
Luttingen	1	7	11
Minseln	3	25	33
Murg	8	38	61
Niederhof	4	8	28
Oberhof	1	3	10
Öflingen	5	12	54
Rheinfelden	121	732	1.176
Säckingen	51	198	316
Schachen	-	9	11
Schwörstadt	3	32	38
Wallbach	-	-	22
Wehr	17	16	48
übrige Gemeinden	18	35	64
zusammen	257	1.226	2.151
=====			

Tabelle 11Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des
Landkreises Waldshut

(Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern)

Stichtage: 13.9.1950 - 21.9.1953 - 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden

Wohngemeinde	G r e n z g ä n g e r		
	1950	1953	1955
Albbruck	7	46	110
Altenburg	113	168	176
Amrigschwand	-	2	10
Baltersweil	1	28	32
Bechtersbohl	3	17	28
Berau	-	6	15
Bergöschingen	1	12	17
Birkingen	-	9	15
Birndorf	-	4	17
Bühl	-	19	24
Dangstetten	9	23	49
Degernau	-	13	15
Dettighofen	2	12	28
Dogern	5	36	110
Erzingen	25	105	154
Eschbach	-	3	13
Geißlingen	-	18	21
Grießen	10	36	79
Hohentengen	53	117	104
Horheim	1	8	19
Jestetten	142	257	284
Kadelburg	18	8	28
Lienheim	8	74	70
Lottstetten	87	167	206
Nöggenschwihl	-	5	10
Oberlauchringen	4	23	116
Rechberg	4	10	16
Reckingen	4	17	21
Rheinheim	30	40	98
Riedern a.S.	2	10	16
Schwerzen	-	11	20
Stetten	36	47	65
Stühlingen	10	51	77
Tiengen	11	315	533
Uhlingen	-	16	25
Unteralpfen	-	11	10
Unterlauchringen	1	20	65
Waldshut	12	600	600
Weisweil	2	8	15
Wutöschingen	-	26	38
übrige Gemeinden	20	125	139
zusammen	621	2.523	3.488

Tabelle 12Grenzgänger nach der Schweiz aus den Gemeinden des
Landkreises Konstanz

(Gemeinden mit 10 und mehr Grenzgängern)

Stichtage: 13.9.1950 - 21.9.1953 - 20.9.1955

Quelle: Regierungspräsidium Südbaden

Wohngemeinde	G r e n z g ä n g e r		
	1950	1953	1955
Bankholzen	1	6	14
Bietingen	11	31	62
Binningen	-	8	11
Böhringen	3	5	11
Büdingen	233	245	241
Büßlingen	6	6	37
Dingelsdorf	-	-	12
Ebringen	3	13	12
Gaienhofen	6	15	57
Gailingen	27	175	238
Gottmadingen	3	80	134
Gundholzen	3	4	13
Hilzingen	4	-	18
Horn	1	7	21
Konstanz	257	901	1.607
Moos	-	6	11
Öhningen	68	149	195
Radolfzell	2	50	99
Randegg	-	25	63
Reichenau	2	11	53
Rielasingen	27	32	89
Schienen	4	12	16
Schlatt a.R.	3	7	20
Singen	21	212	151
Tengen	-	5	13
Wangen	14	57	92
Weiler	1	3	10
Wiechs	9	31	30
übrige Gemeinden	24	103	85
zusammen	733	2.199	3.415

Tabelle 13Aufteilung der Grenzgänger nach der Schweiz
nach Männern und Frauen

Stichtag: 30. September 1956

Zählungen der Arbeitsämter Freiburg, Lörrach, Konstanz,
Villingen und Ravensburg

K r e i s	G r e n z g ä n g e r		
	männlich	weiblich	zusammen
Freiburg (Stadt und Land)	184	1	185
Müllheim	425	90	515
Lörrach	4.323	1.396	5.719
Säckingen	1.112	809	1.921
Waldshut	3.161	1.945	5.106
Donaueschingen	277	1	278
Konstanz	1.455	1.493	2.948
Stockach	2	-	2
Überlingen	36	9	45
Tettnang	190	48	238
insgesamt	11.165	5.792	16.957

Tabelle 14Grenzgänger nach Altersgruppen im Landkreis Müllheim

Stand: 1. August 1956

Auszählung der Kartei der Arbeitsamtsnebenstelle
Müllheim und Stichproben in einzelnen Gemeinden

Lebensalter in Jahren	männlich	weiblich	zusammen
16 - 20	55	12	67
21 - 25	107	14	121
26 - 30	91	17	108
31 - 35	57	12	69
36 - 40	21	7	28
41 - 45	36	7	43
46 - 50	19	7	26
51 - 55	9	2	11
56 - 60	11	-	11
über 60	1	-	1
insgesamt	407	78	485

Tabelle 15Grenzgänger nach Altersgruppen im Landkreis Lörrach

Stand: 30. September 1956

Auszählung der Karteien des Arbeitsamtshauptamtes
Lörrach und der Nebenstelle Zell sowie Stichproben
in einzelnen Gemeinden

Lebensalter in Jahren	männlich	weiblich	zusammen
bis 15	8	13	21
16 - 20	620	338	958
21 - 25	1.186	356	1.542
26 - 30	894	192	1.086
31 - 35	470	138	608
36 - 40	313	67	380
41 - 45	293	109	402
46 - 50	255	104	359
51 - 55	178	45	223
56 - 60	65	24	89
über 60	41	10	51
insgesamt	4.323	1.369	5.719

Tabelle 16Grenzgänger nach Altersgruppen in der Stadt Waldshut

Stand: 20. September 1956

Quelle: Stadtverwaltung Waldshut

Lebensalter in Jahren	männlich	weiblich	zusammen
16 - 20	97	106	203
21 - 25	109	86	195
26 - 30	88	48	136
31 - 35	71	54	125
36 - 40	43	24	67
41 - 45	38	18	56
46 - 50	38	18	56
51 - 55	21	11	32
56 - 60	12	12	24
über 60	7	-	7
insgesamt	524	377	901

Altersaufbau der Grenzgänger nach der Schweiz

in den Landkreisen Lörrach und Müllheim

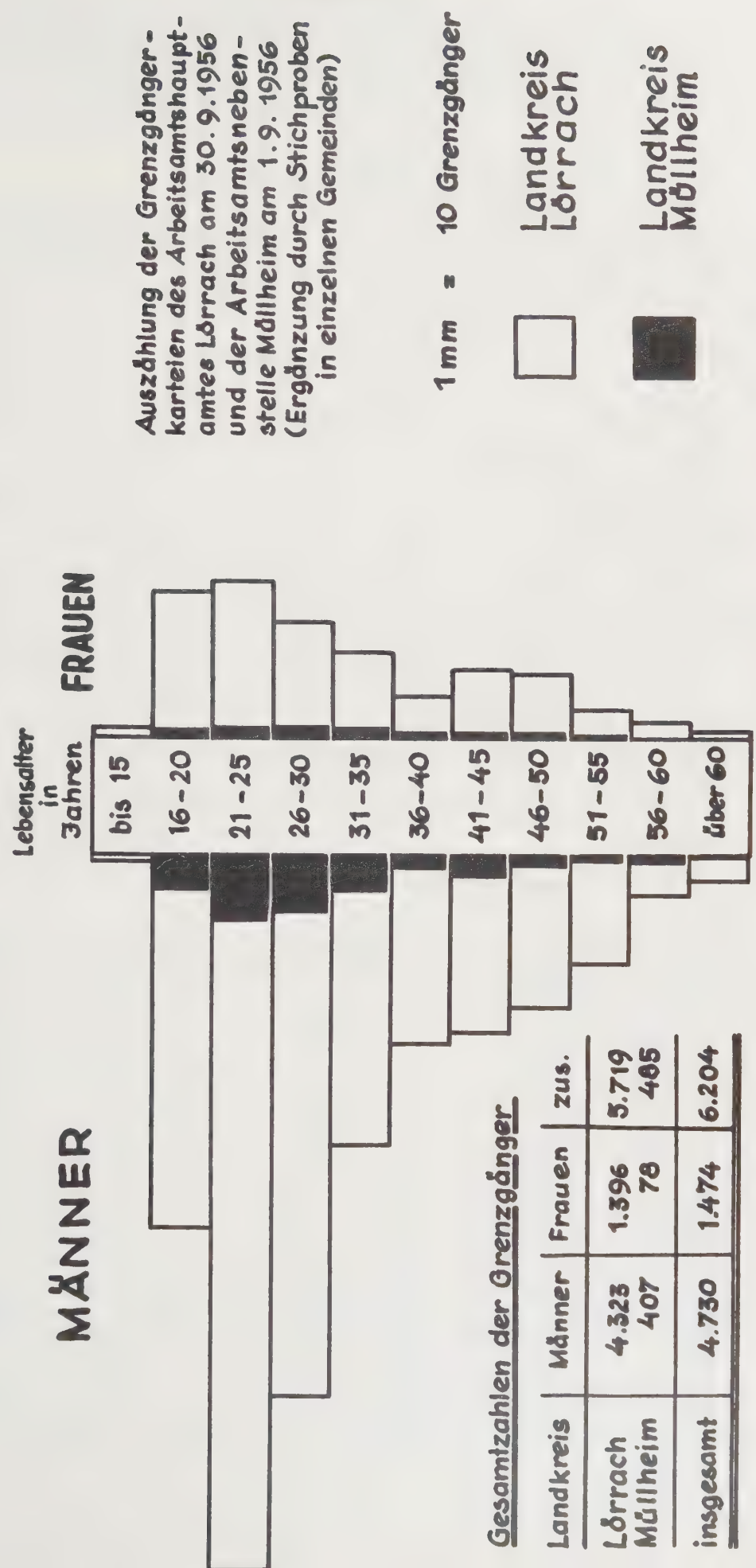


Tabelle 18Grenzgänger nach Familienstand und Kindern (unter 14 J.
in den Landkreisen Müllheim und Lörrach

Stand: Landkreis Müllheim 1.8.1956
Landkreis Lörrach 30.9.1956

Auszählungen der Karteien der Arbeitsamtshauptstelle
Lörrach und der Nebenstellen Müllheim und Zell sowie
Stichproben in einzelnen Gemeinden

Landkreis Müllheim

Familienstand	männlich	weiblich	zusammen
ledig, verwitwet, geschieden	290	43	333
verheiratet			
ohne Kinder	44	32	76
mit 1 Kind	40	3	43
mit 2 Kindern	22	-	22
mit 3 Kindern	6	-	6
mit 4 und mehr Kindern	5	-	5
insgesamt	407	78	485

Landkreis Lörrach

Familienstand	männlich	weiblich	zusammen
ledig, verwitwet, geschieden	2.989	593	3.582
verheiratet			
ohne Kinder	627	677	1.304
mit 1 Kind	338	86	424
mit 2 Kindern	246	27	273
mit 3 Kindern	79	11	90
mit 4 und mehr Kindern	44	2	46
insgesamt	4.323	1.369	5.719

Tabelle 19

Grenzgänger nach der Schweiz aus den Landkreisen
Müllheim, Lörrach, Säckingen und Waldshut nach
den wichtigsten Wirtschaftszweigen

Stichtag: 30.9.1956

Auszählung der Kartei des Arbeitsamtes Lörrach

Wirtschaftszweig	Grenzgänger in den Landkreisen			
	Müllh.	Lörr.	Säck.	Waldsh.
Landwirtschaft	-	15	8	35
Gärtnerei	5	58	11	12
Brannt-u. Formstein-herstellung	3	47	84	51
Eisen- und Stahl-gießerei	3	29	6	441
Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustrie	10	141	41	275
Schmiederei, Schlosserei	12	135	14	24
Maschinen, Apparate- und Armaturenbau	27	517	107	222
Lokomotivbau	-	-	111	-
Stahl- und Eisenbau	15	123	18	80
Straßenfahrzeugbau	5	103	15	28
Elektrotechnik	18	165	29	1.134
Keramische Industrie	2	3	33	76
Chemische Industrie	7	97	24	38
Textilgewerbe	7	248	130	399
Druck- und Vervielfältigungsgewerbe	4	72	18	12
Säge- u. Furnierwerke, Holzbearbeitung	-	14	20	183
Tischlerei	30	114	65	232
Bäckerei	3	47	7	15
Fleischerei	2	77	6	14
Schneiderei, Näherei, Kleider- und Wäscheherstellung	5	220	49	109
Schuhmacherei und Schuhindustrie	1	79	208	332
Sonstiges Bekleidungs-gewerbe	1	33	7	277
Klempnerei, Rohr-installation	28	235	28	67
Hoch- und Tiefbau	159	1.145	282	502
Baunebengewerbe	24	374	86	119
Handel und Handels-hilfsgewerbe	23	501	21	26
Gaststättenwesen	4	61	64	34
Friseurgewerbe	3	58	9	18
Häusliche Dienste	51	490	255	139
Krankenpflege	2	27	19	19

Grenzgänger nach der Schweiz
nach Wirtschaftsgruppen
im Arbeitsamtsbezirk Lörrach
Auszahlung jeweils am 30. September

Grenzgänger

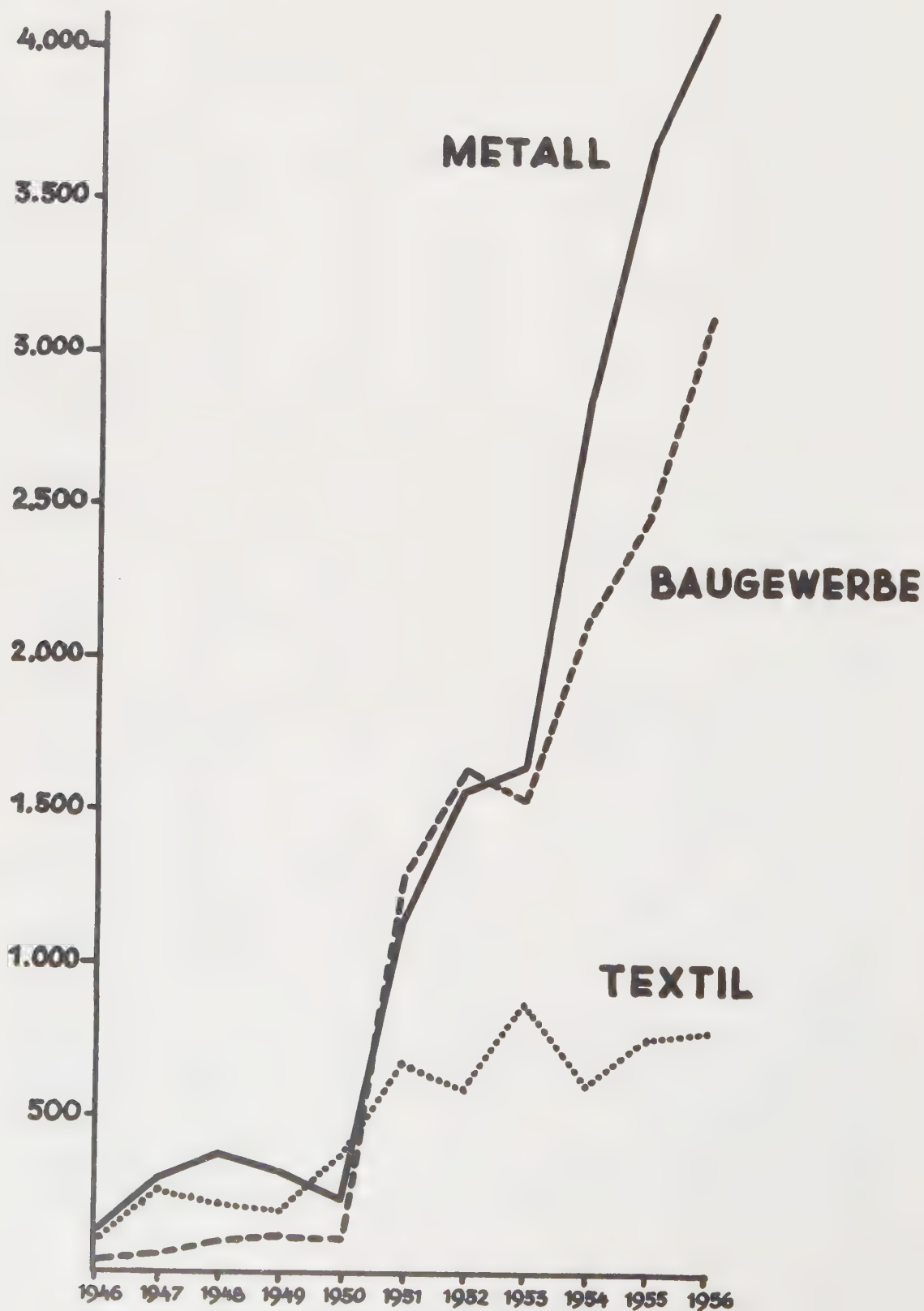


Tabelle 21Deutsche Grenzgänger nach der Schweiz
nach Berufsgruppen

Stand: Mitte August 1956

Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und
Arbeit in: "Die Volkswirtschaft", Bern, Heft 10 - 1956

Berufsgruppe	männl.	weibl.	zusammen
Landwirtschaft, Gärtnerei	148	99	247
Forstwirtschaft, Fischerei	31	1	32
Lebens- und Genußmittel	202	459	661
Bekleidung und Reinigung	181	1.519	1.700
Lederindustrie	203	904	1.107
Baugewerbe	4.597	54	4.651
Holz- u. Glasbearbeitung	1.328	245	1.573
Textilindustrie	213	1.241	1.454
Graphisches Gewerbe	148	53	201
Metall- u. Masch. Industrie	6.351	953	7.304
Handel und Verwaltung	91	411	502
Hotel und Gastwirtschaft	27	242	269
Freie und gelehrte Berufe	334	65	399
Haushalt	-	966	966
Übrige Berufsgruppen	1.315	529	1.844
insgesamt	15.169	7.741	22.910

Tabelle 22Deutsche Arbeitskräfte in der Schweiz
nach Berufsgruppen

Stand: Mitte August 1956

Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und
Arbeit in: "Die Volkswirtschaft", Bern, Heft 10 - 1956

Berufsgruppe	Saison- arbeiter	Nicht- saison- arbeiter	Grenz- gänger
Landwirtschaft, Gärtnerei	523	1.982	247
Forstwirtschaft, Fischerei	6	9	32
Lebens- und Genußmittel	166	1.921	661
Bekleidung und Reinigung	139	1.387	1.700
Lederindustrie	2	331	1.107
Baugewerbe	2.182	475	4.651
Holz- und Glasbearbeitung	282	1.320	1.573
Textilindustrie	7	601	1.454
Graphisches Gewerbe	8	875	201
Metall- u. Maschinenindustrie	151	5.624	7.304
Handel und Verwaltung	5	814	502
Hotel und Gastwirtschaft	2.444	5.983	269
Freie und gelehrte Berufe	161	3.809	399
Haushalt	51	13.687	966
Übrige Berufsgruppen	145	1.198	1.844
insgesamt	6.272	40.016	22.910

Tabelle 23Grenzgänger nach der Schweiz nach Einpendlerkantonen

Quellen: Zahlen der Kantone Basel-Stadt, Baselland, Aargau, Zürich und Thurgau nach Mitteilung der zuständigen kantonalen Arbeitsämter

Zahlen des Kantons Schaffhausen nach der Statistik des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit in: "Die Volkswirtschaft", Bern, Heft 10 - 1955 und Heft 10 - 1956

Stichtage: Kanton Basel-Stadt 15.8.1955 - 15.8.1956
 Kanton Baselland 31.7.1955 - 1.8.1956
 Kanton Aargau 15.8.1955 - 15.8.1956
 Kanton Zürich 31.8.1955 - 31.8.1956
 Kanton Thurgau 15.8.1955 - 15.8.1956
 Kanton Schaffhausen 15.8.1955 - 15.8.1956

August 1955

K a n t o n	G r e n z g ä n g e r		
	männlich	weiblich	zusammen
Basel-Stadt	2.436	771	3.207
Baselland	2.823	1.724	4.547
Aargau	2.978	1.870	4.848
Zürich	1.254	495	1.749
Thurgau	1.283	1.167	2.450
zusammen	10.774	6.027	16.801
Schaffhausen	nicht aufgeteilt		2.601
insgesamt			19.402

August 1956

K a n t o n	G r e n z g ä n g e r		
	männlich	weiblich	zusammen
Basel-Stadt	3.483	1.043	4.526
Baselland	2.699	617	3.316
Aargau	4.010	2.831	6.841
Zürich	1.652	643	2.295
Thurgau	1.302	1.362	2.664
Schaffhausen	2.033	1.185	3.218
insgesamt	15.179	7.681	22.860

Kontrollpflichtige deutsche Grenzgänger nach Berufsgruppen

August 1956

131

Tabelle 24

Berufsgruppe	Kanton Basel-Stadt			Kanton Baselland			Kanton Aargau			Kanton Zürich			Kanton Thurgau		
	abncl.	weibl.	Zusammen	abncl.	weibl.	Zusammen	abncl.	weibl.	Zusammen	abncl.	weibl.	Zusammen	abncl.	weibl.	Zusammen
Bergbau	-	-	-	7	-	7	15	-	15	-	-	-	-	-	-
Landwirtsch., Gärtnerei	45	-	45	19	5	24	32	2	34	8	31	39	18	17	35
Forstwirtsch., Fischerei	1	-	1	1	-	1	22	1	23	-	-	-	1	-	1
Lebens- u. Genussmittel	78	11	89	6	58	64	86	39	125	6	2	8	17	19	36
Bekleidung u. Reinigung	97	251	348	9	28	37	19	484	503	9	126	135	33	564	597
Lederindustrie	39	-	39	25	54	79	70	464	534	3	70	73	24	139	163
Baugewerbe	713	1	714	1367	10	1377	844	10	854	842	3	845	406	-	406
Holz- u. Glasbearbeitung	121	-	121	125	2	127	530	209	739	125	18	143	316	3	319
Textilindustrie	54	21	75	22	179	201	31	362	393	49	352	401	40	102	142
Graphisches Gewerbe	65	8	73	10	2	12	35	19	54	1	-	1	8	2	10
Papierindustrie	3	2	5	23	40	63	8	25	33	2	1	3	11	21	32
Chemische Industrie	2	-	2	70	5	75	46	13	59	16	-	16	8	6	14
Metall- u. Masch. Industrie	1174	-	1174	924	24	948	2120	491	2611	541	3	544	374	346	720
Uhrenindustrie, Bijouterie	24	-	24	-	1	1	13	29	42	2	-	2	2	-	2
Handel u. Verwaltung	51	198	249	4	16	20	12	130	142	3	9	12	2	48	50
Hotel u. Gastwirtschaft	12	49	61	2	3	5	11	130	141	-	16	16	-	1	1
Verkehrsdienst	15	-	15	19	-	19	1	-	1	4	-	4	-	-	-
Freie u. gelehrte Berufe	124	24	148	47	-	47	63	13	76	28	-	28	24	14	38
Haushalt	-	161	161	-	180	180	-	399	399	-	12	12	-	78	78
Übrige Berufsarten	865	317	1182	19	10	29	52	11	63	13	-	13	18	2	20
Total	3483	1043	4526	2699	617	3316	4010	2631	6641	1652	643	2295	1302	1362	2664

nach der amtlichen Statistik der schweizerischen kantonalen Arbeitsämter

Tabelle 25Indexziffer der Bruttostundenverdienste in der Schweiz
und Baden-Württemberg

Quellen: "Die Volkswirtschaft", Bern, Jg.1951 - 1955
 "Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955",
 Hrsg. Eidgenössisches Statistisches Amt,
 Verlagsort Basel.
 Erhebungen des Statistischen Landesamtes
 Baden-Württemberg.

Stand: Schweiz = Oktober des Berichtsjahres.
 Baden-Württemberg = 1949 Dezember, 1950 und
 1951 September, 1952 - 1955 November des
 Berichtsjahres.

S C H W E I Z *)

Juni 1939 = 100

Arbeiter- gruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
A l l e	199	201	204	212	218	223	227
Gelernte u. angelernte Arbeiter	186	187	190	196	204	209	212
Ungelernte Arbeiter	203	204	209	217	221	227	233
Jugendliche Arbeiter	256	252	263	278	283	281	297
Frauen	223	224	228	239	242	247	251

BADEN - WÜRTTEMBERG **)

1938 = 100

Arbeiter- gruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
A l l e	153	161	190	200	206	213	230
Männliche Facharbeiter	146	153	180	191	196	204	219
Männl.angel. Arbeiter	152	162	191	201	207	215	233
Männl.Hilfs- arbeiter	163	167	198	208	213	220	240
Alle weiblichen Arbeiter	165	174	206	215	224	234	250

*) Industrie, Handwerk, Handel, priv.Verkehrsanstalten

**) Industrie

Tabelle 26Indexziffer der Bruttostundenverdienste in der Schweiz
und Baden-Württemberg nach Industriegruppen

Quellen: "Die Volkswirtschaft", Bern, Jg.1951 - 1955.
 "Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955",
 Hrsg. Eidgenössisches Statistisches Amt,
 Verlagsort Basel.
 Erhebungen des Statistischen Landesamtes
 Baden-Württemberg.

Stand: Schweiz = Oktober des Berichtsjahres.
 Baden-Württemberg = 1949 Dezember, 1950 und
 1951 September, 1952 - 1955 November des
 Berichtsjahres.

S C H W E I Z

Juni 1939 = 100

Erwerbs- zweig	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Metall- und Maschinen- Industrie	193	194	203	211	214	218	227
Uhren- und Bijouterie- Industrie	213	214	225	234	238	240	244
Textil- Industrie	224	227	237	240	244	249	253
Bekleidung, Ausrüstung	220	221	228	232	236	239	246

BADEN - WÜRTTEMBERG

September 1938 = 100

Gewerbe- gruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Metall- verarbeitende Industrie	144	152	182	196	198	208	226
Textil- Industrie	166	176	209	216	229	239	249
Bekleidungs- gewerbe	163	174	202	206	219	224	240
Schuh- Industrie	154	156	187	197	200	207	215

Tabelle 27Durchschnittliche Bruttostundenverdienste in der Schweiz
und Baden-Württemberg

Quellen: "Die Volkswirtschaft", Bern, Jg.1951 - 1955.
 "Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955",
 Hrsg. Eidgenössisches Statistisches Amt,
 Verlagsort Basel.
 Erhebungen des Statistischen Landesamtes
 Baden-Württemberg.

Stand: Schweiz = Oktober des Berichtsjahres
 Baden-Württemberg = 1949 Dezember, 1950 und
 1951 September, 1952 - 1955 November des
 Berichtsjahres.

S C H W E I Z *)

Löhne in Rappen. Werte in Klammern: Schweizerische Löhne
 in Pf, umgerechnet nach dem jeweiligen Wechselkurs

Arbeiter- gruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Gelernte Arbeiter	283 (386)	286 (367)	298 (354)	308 (339)	311 (309)	316 (313)	325 (315)
Angelernte u.ungelernte Arbeiter	234 (319)	235 (301)	246 (292)	254 (280)	258 (256)	263 (260)	272 (264)
Jugendliche Arbeiter	123 (167)	127 (162)	139 (161)	146 (161)	145 (144)	148 (146)	154 (149)
Frauen	167 (228)	168 (215)	175 (208)	180 (198)	183 (182)	184 (182)	188 (183)

BADEN - WÜRTTEMBERG **)Löhne in Pf

Arbeiter- gruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Männliche Facharbeiter	144	151	178	188	193	200	216
Männliche angelernte Arbeiter	131	139	165	173	179	187	202
Männl.Hilfs- arbeiter	112	116	137	144	147	152	167
Alle weiblichen Arbeiter	85	88	105	109	115	120	129

*) Industrie, Handwerk, Handel, priv.Verkehrsanstalten

**) Industrie

Tabelle 28Durchschnittliche Bruttostundenverdienste der Facharbeiter
in der Schweiz, Baden-Württemberg und Südbaden

Quellen: "Die Volkswirtschaft", Bern, Jg.1951 - 1955
 "Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955."
 Erhebungen des Statistischen Landesamtes
 Baden-Württemberg.

Stand: Schweiz = Oktober des Berichtsjahres
 Baden-Württemberg und Südbaden = 1949 Dezember,
 1950 und 1951 September, 1952 - 1955 November
 des Berichtsjahres.

S C H W E I Z

Löhne in Rappen. Werte in Klammern: Schweizerische Löhne
 in Pf, umgerechnet nach dem jeweiligen Wechselkurs.

Erwerbszweig	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Metall-u.Masch. Industrie	273 (373)	277 (355)	290 (344)	300 (330)	305 (303)	311 (308)	323 (313)
Uhren-u.Bijou- terie-Industrie	330 (451)	328 (421)	343 (407)	359 (395)	365 (362)	371 (367)	378 (367)
Textil- Industrie	266 (363)	271 (347)	288 (342)	295 (325)	300 (298)	305 (302)	313 (304)
Bekleidung, Ausrüstung	288 (393)	289 (371)	300 (356)	303 (333)	309 (307)	314 (311)	328 (318)

BADEN - WÜRTTEMBERGLöhne in Pf

Gewerbegruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Metallindustrie	146	155	183	197	199	208	225
Textilindustrie	125	133	154	160	169	174	183
Bekleidungsgew.	128	135	151	152	158	163	174
Schuhindustrie	145	149	179	191	191	200	204

S Ü D B A D E NLöhne in Pf

Gewerbegruppe	1949	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Metallindustrie	138	142	176	183	188	191	206
Textilindustrie	117	121	148	149	158	169	193
Bekleidungsgow.	117	121	148	149	158	169	177
Schuhindustrie	125	125	172	170	172	178	179

KAUFKRAFTVERGLEICH DEUTSCHLAND - SCHWEIZ

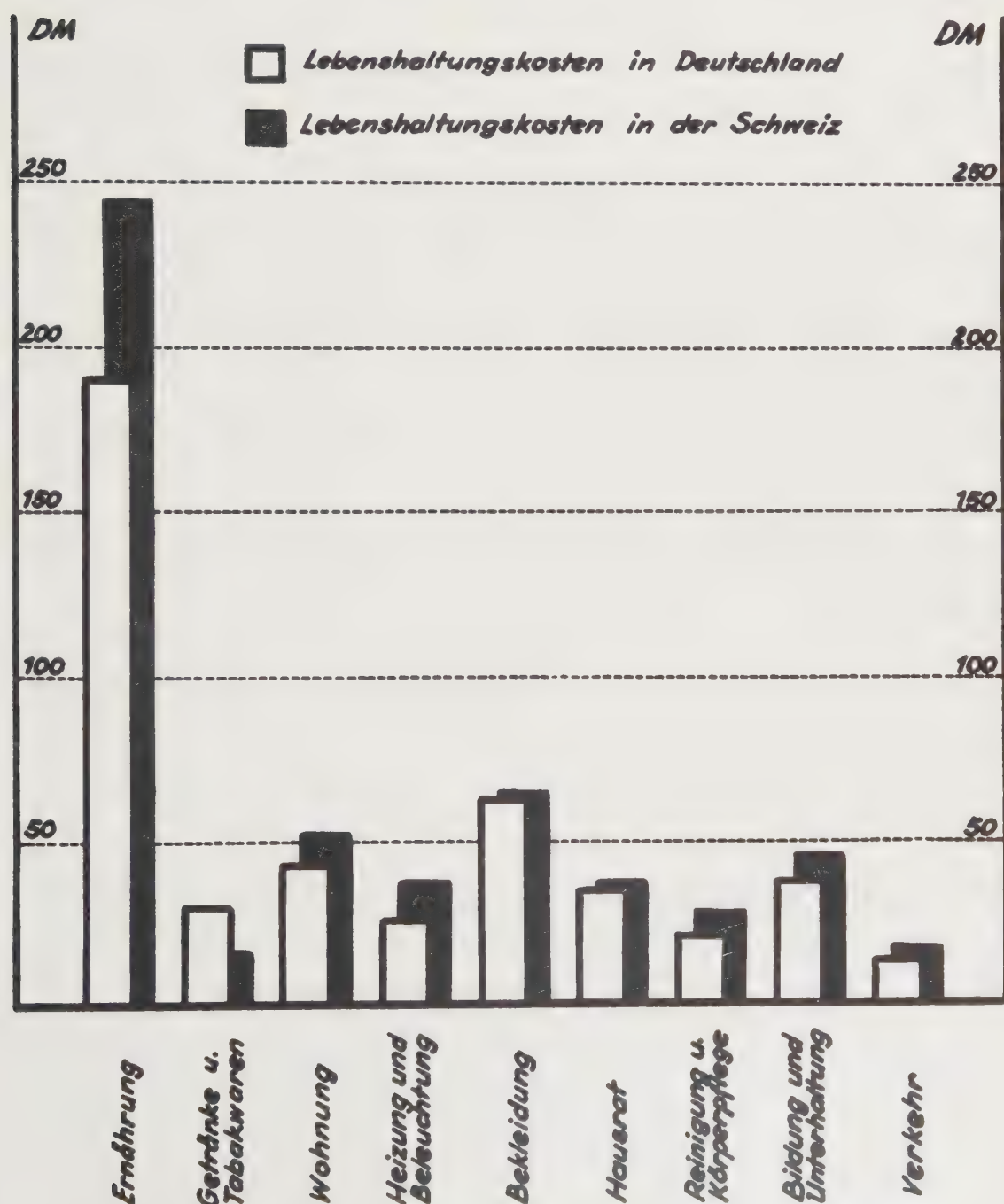
ERHEBUNGS- ART	MONATLICHE AUSGABEN EINER ARBEITNEHMERHAUSHALTUNG MIT VIER PERSONEN MITTLERE VERBRAUCHERGRUPPE									
	LEBENS- HALTUNG GESAMT	ERNÄH- RUNG	GETRÄNKE UND TABAKWAREN	WOHNUNG (MIETE ALTBAU)	HEIZUNG UND BELEUCHTUNG	BEKLEI- DUNG	HAUSRAT	REINIGUNG UND KÖRPERPFLEGE	BILDUNG UND UNTERHALTUNG	VERKEHR
LEBENSHALTUNG IN DEUTSCHLAND JAHR 1955 (DM)	485.41	190.05	29.68	43.04	25.47	62.70	35.21	20.81	37.90	13.55
GLEICHE LEBENSHALTUNG IN DER SCHWEIZ (FR.)	575.43	257.43	16.75	54.65	40.56	66.97	38.00	32.68	46.98	18.68
UMRECHNUNG IN DM (100 FR. = 96 DM.)	552.41	247.13	16.08	52.46	38.94	65.39	36.48	31.37	45.10	17.93
KAUFKRAFTGEWINN ABSOLUT IN DM	94.-	57.08	-13.60	9.42	13.47	2.69	1.27	10.56	7.20	4.38
RELATIV (IN V.H. DER AUSGABEN)	20,5	30,0	-45,8	21,9	52,9	4,3	3,6	50,7	19,0	32,3

Quellen: „Wirtschaft und Statistik“, Heft 11 - 1954, S. 516 ff. und Heft 5 - 1956, S. 276 ff.

Tabelle 30Lebenshaltungskosten

Monatliche Ausgaben einer deutschen Arbeitnehmerhaushaltung mit vier Personen (mittlere Verbrauchergruppe) in den einzelnen Gruppen der Waren und Leistungen der Lebenshaltung in DM, Ausgaben bei gleicher Lebenshaltung in der Schweiz umgerechnet in DM (100 Franken = 96 DM).

Jahresdurchschnitt 1955



L i t e r a t u r -
V e r z e i c h n i s

Schrifttum

B i n s w a n g e r , B.:

"Kommentar zum Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung." Zürich 1950.

Bundesamt für Sozialversicherung:

"Eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung. Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946. Vollzugsverordnung vom 31. Oktober 1947." Bern 1955.

D o e b e l i , Arthur:

"Die Vorschriften über die Arbeit in den industriellen Betrieben und der Entwurf eines schweizerischen Arbeitsgesetzes unter Bezugnahme auf das geltende Fabrikgesetz" in: Basler Studien zur Rechtswissenschaft, Nr. 39, Basel 1954.

Eidgenössisches Statistisches Amt:

"Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1955." Basel 1956.

F i s c h e r , Edgar:

"Der Oberrhein als Planungsobjekt in Vergangenheit und Gegenwart" in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2, Bad Godesberg 1950.

Georg Fischer Aktiengesellschaft Schaffhausen:

"Die deutschen Grenzgänger in der Schweiz." Werksrundschriften vom 4.6.1955.

- "Arbeiter-Rentenkasse der Georg Fischer Aktiengesellschaft in Schaffhausen - Reglement." Schaffhausen 1955.
- "Statuten und Reglemente der Betriebskrankenkasse der Georg Fischer Aktiengesellschaft in Schaffhausen." Schaffhausen 1956.

Gewerbeverband Basel-Stadt:

"Sammlung der wichtigsten eidgenössischen und baselstädtischen Erlasse über das Arbeitsrecht." Basel 1948.

- "Basel und sein Gewerbe." Festgabe Gustav Bohny. Basel 1956.

H a a g , Josef:

"Die Träger der Sozialversicherung mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz." Diss. rer. pol. Zürich 1945.

Handwörterbuch der Sozialwissenschaften.

H i n d e r m a n n , W.E.:

"Grundlagen und Verbesserungsmöglichkeiten der AHV." Zürich 1951.

H ü n e r w a d e l , Hans:

"Die Sozialversicherung in der Schweiz." Hrsg. Schweizerischer Betriebskrankenkassenverband. Winterthur 1952.

Industrie- und Handelskammer Konstanz:

"Bericht über die Abwerbung von deutschen Arbeitskräften in der deutschen Grenzzone durch Unternehmen in der Schweiz." Konstanz 1955.

- "1.Nachtrag zum Bericht über die Abwerbung von deutschen Arbeitskräften in der deutschen Grenzzone durch Unternehmen in der Schweiz." Konstanz 1955.

- "Jahresbericht 1955." Konstanz 1956.

L e h m a n n , Wolfgang:

"Die Entwicklung der Standorte der schweizerischen Industrien seit dem Ende des 19.Jhd." Diss.rer.pol. Zürich 1952.

M a i e r , Albert:

"Zur Frage der Beschäftigung deutscher Grenzgänger in der Schweiz" in: Deutschland-Schweiz Schweiz-Deutschland, Nr.9, Solothurn 1955.

M u e l l e r , Johann:

"Soziales Wirken. Eine Darstellung der Sorge um den Menschen in den Georg-Fischer-Werken." Schriftenreihe zum 150-jährigen Bestehen der Georg-Fischer-Werke AG. Schaffhausen 1949.

P a u l s s e n , Hans Constantin:

"Die Grenzgänger in deutscher und schweizerischer Sicht" in: Deutschland-Schweiz Schweiz-Deutschland, Nr.12, Solothurn 1955.

Rhein - Main - Bank:

"Internationale Steuern." 2.Lieferung - Schweiz. Frankfurt 1955.

S c h m i d - R u e d i n , Ph. und W e l t e r , R.:

"AHV-Wegweiser und Merkbüchlein." Hrsg. Schweizerischer Kaufmännischer Verein. Zürich 1955.

S c h r e u r s , Lothar:

"Die soziale Entwicklung des Arbeitsrechts." Bern 1946.

S c h w e i n g r u b e r , Edwin:

"Das Arbeitsrecht in der Schweiz. Seine Gestalt und seine Gestaltung." Zürich 1951.

Schweizerische Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft:

"Handbuch der schweizerischen Volkswirtschaft." Bern 1955.

Schweizerische Unfallversicherungsanstalt:

"Führer durch die obligatorische Unfallversicherung. Für Betriebsinhaber und Versicherte." Luzern 1955.

Schweizerischer Gewerkschaftsbund:

"Kleiner AHV-Führer für Versicherte nach dem Stand vom 1.1.1954." o.O., o.J.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg:

"Statistisches Handbuch Baden-Württemberg 1955." Karlsruhe 1955.

- "Amtliches Gemeindeverzeichnis Baden-Württemberg 1956." Stuttgart 1956.

T h o e n e n , Ulrich Peter:

"Die Übereinkommen und Empfehlungen der Internationalen Arbeitskommission über die Behandlung der ausländischen Arbeitnehmer und deren Stellung in der Schweiz." Diss.rer.pol. Bern 1953.

U l r i c h , Peter:

"Der Standort der schweizerischen Industrie unter besonderer Berücksichtigung von Sinn und Möglichkeit einer schweizerischen Standortspolitik." Diss.rer.pol. Basel 1949.

Zeitschriften und Berichte

"Das Arbeitsamt." Hrsg. Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung u.Arbeitslosenversicherung. Verlagsort Nürnberg.

"Das Basler Gewerbe." Hrsg. Gewerbeverband Basel-Stadt. Verlagsort Basel.

"Deutschland-Schweiz Schweiz-Deutschland." Offizielles Organ der Handelskammer Deutschland-Schweiz in Zürich. Verlagsort Solothurn.

"Grenzgänger." Mitteilungsblatt und Leitfaden der Interessengemeinschaft der Grenzgänger Kreisausschuß Waldshut. Verlagsort Waldshut.

"Grenzzeitung." Unabhängiges Nachrichtenblatt für die Grenzbevölkerung am Hochrhein mit Beilage "Der Grenzgänger." Verlagsort Säckingen.

"Die Industrie- und Handelskammer." Mitteilungsblatt der badischen Handelskammern Baden-Baden - Freiburg - Konstanz - Schopfheim. Verlagsort Freiburg.

"Statistische Berichte aus Baden-Württemberg."

"Statistische Monatshefte Baden-Württemberg."

Hrsg. Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. Verlagsort Stuttgart.

"Die Volkswirtschaft." Wirtschaftliche, sozialstatistische und arbeitsrechtliche Mitteilungen. Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung. Hrsg. Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement. Verlagsort Bern.

"Wirtschaft und Statistik." Hrsrg. Statistisches Bundesamt. Verlagsort Wiesbaden.

Sonstige Unterlagen

"Kreismappe" des Instituts für Raumforschung Bonn in Bad Godesberg.

Niederschrift über die Besprechung des Grenzgängerproblems am Hochrhein in Waldshut am 17. Dezember 1955 (nach Tonbandaufnahme).

Amtliche Erhebungen des Regierungspräsidiums Südbaden - Landesplanung - über die Pendelwanderung, Industriebeschäftigte und Industriebetriebe 1950, 1953 und 1955.

Amtliche Statistik der Arbeitsämter Lörrach, Freiburg, Konstanz, Villingen und Ravensburg.

Amtliche Statistik der schweizerischen kantonalen Arbeitsämter Basel-Stadt, Baselland, Zürich, Aargau und Thurgau.

EINZUGSGEBIET DER GEORG FISCHER AG SCHAFFHAUSEN IM DEUTSCHEN GRENZRAUM

- Wohnorte der 730 deutschen Grenzgänger der Georg Fischer AG (August 1956)



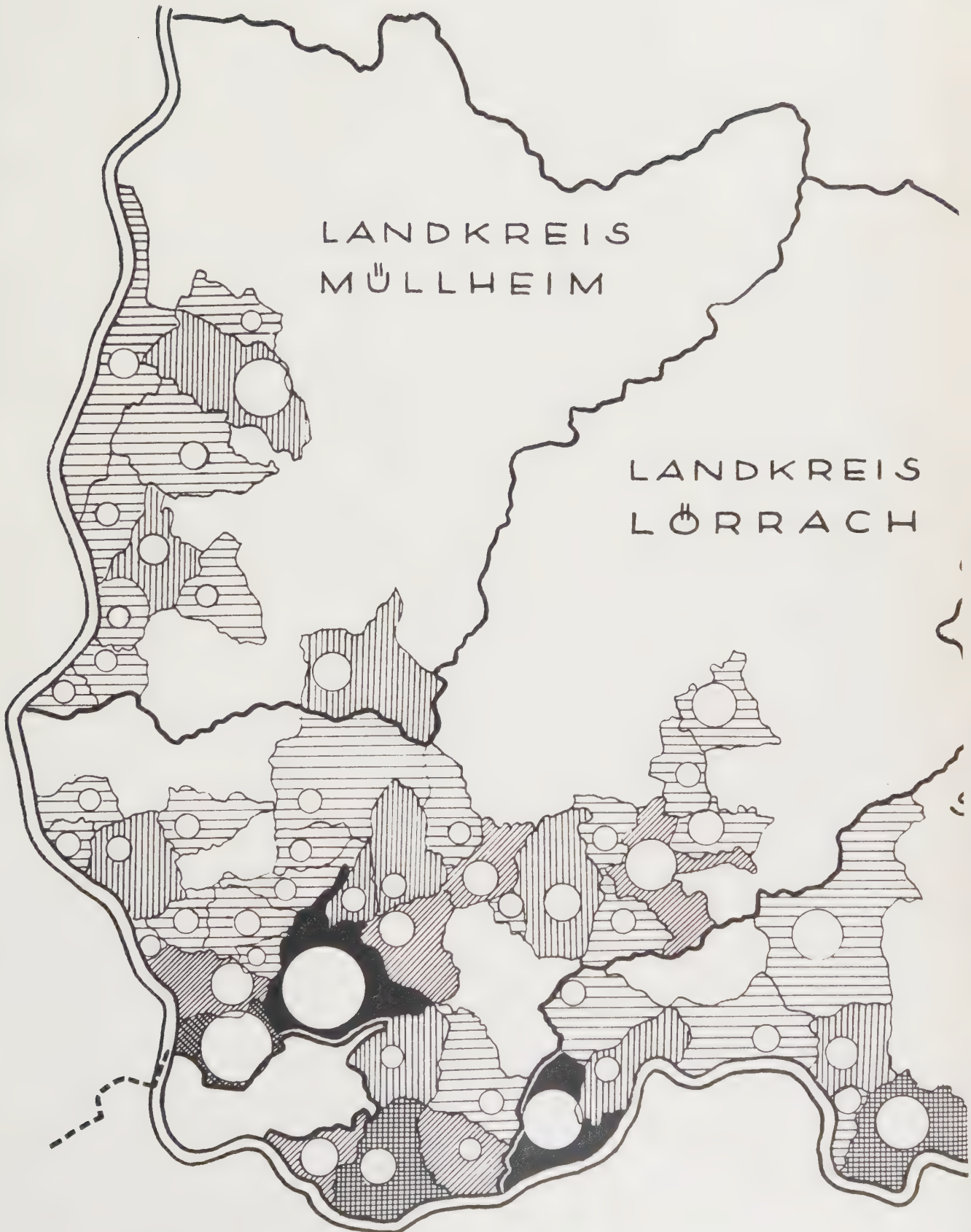
MASSTAB 1 : 300 000

LINIENVERKEHR DER ÖFFENTLICHEN VERKEHRSMITTEL

IM SÜDBADISCHEN GRENZRAUM 1956



GRENZ



ZGÄNGER NACH

SEPTEMBER

1955



L e b e n s l a u f

Am 4. Mai 1925 wurde ich als Sohn des Ingenieurs Rudolf Weber und seiner Ehefrau Susanne geb. Gérard in Mannheim geboren.

In Magdeburg besuchte ich die Grundschule und die Otto-von-Guericke Oberrealschule, die ich 1942 wegen der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst verließ. Nach Ableistung der Arbeitsdienstpflicht wurde ich zur Luftwaffe eingezogen und kehrte 1945 aus der Gefangenschaft zurück.

Nach Ablegung der Reifeprüfung 1946 in Magdeburg nahm ich an einem Vorsemester der Technischen Hochschule in Berlin teil. Von 1947 bis 1949 besuchte ich die Lehrerseminare Köthen/Anhalt und Magdeburg und war nebenberuflich als Rundfunkreporter tätig. Nach Ablegung der Abschlußprüfung als Fachlehrer übte ich von 1949 bis 1950 meine Lehrtätigkeit an einer Grundschule in Oschersleben/Bode aus.

Im Wintersemester 1950 wurde ich an der Universität Freiburg/Br. immatrikuliert, studierte 7 Semester Volkswirtschaft und legte, nachdem ich 3 Semester wegen Krankheit aussetzen mußte, Ende 1955 die Diplomprüfung für Volkswirte ab. Während der Studienzeit arbeitete ich insgesamt über zwei Jahre in Industrie und Großhandel auf kaufmännischem Gebiet.

